



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Januar/Februar-Heft vom 28.02.2021

Nr. 01/2021

**Kunst als Katalysator für
Aufstände und
Revolutionen**

Am Beispiel der Trilogie:
„Die Tribute von Panem“

(Fortsetzung aus dem Heft
05/20)

- von J. M. Hackbarth

**Interview mit Rainer
Mausfeld**

Frage zum Thema
Eigentum und Besitz

- von J. M. Hackbarth

**Diktaturvisionen – eine
Gefahr für die Freiheit!
Begleitung der Zeitschrift
„philosophie“**

- von Holger Thurow-N.

**Was ist aus der radikal-
demokratischen Jugend
der FDP geworden?**

(Fortsetzung aus Nr. 5/20)

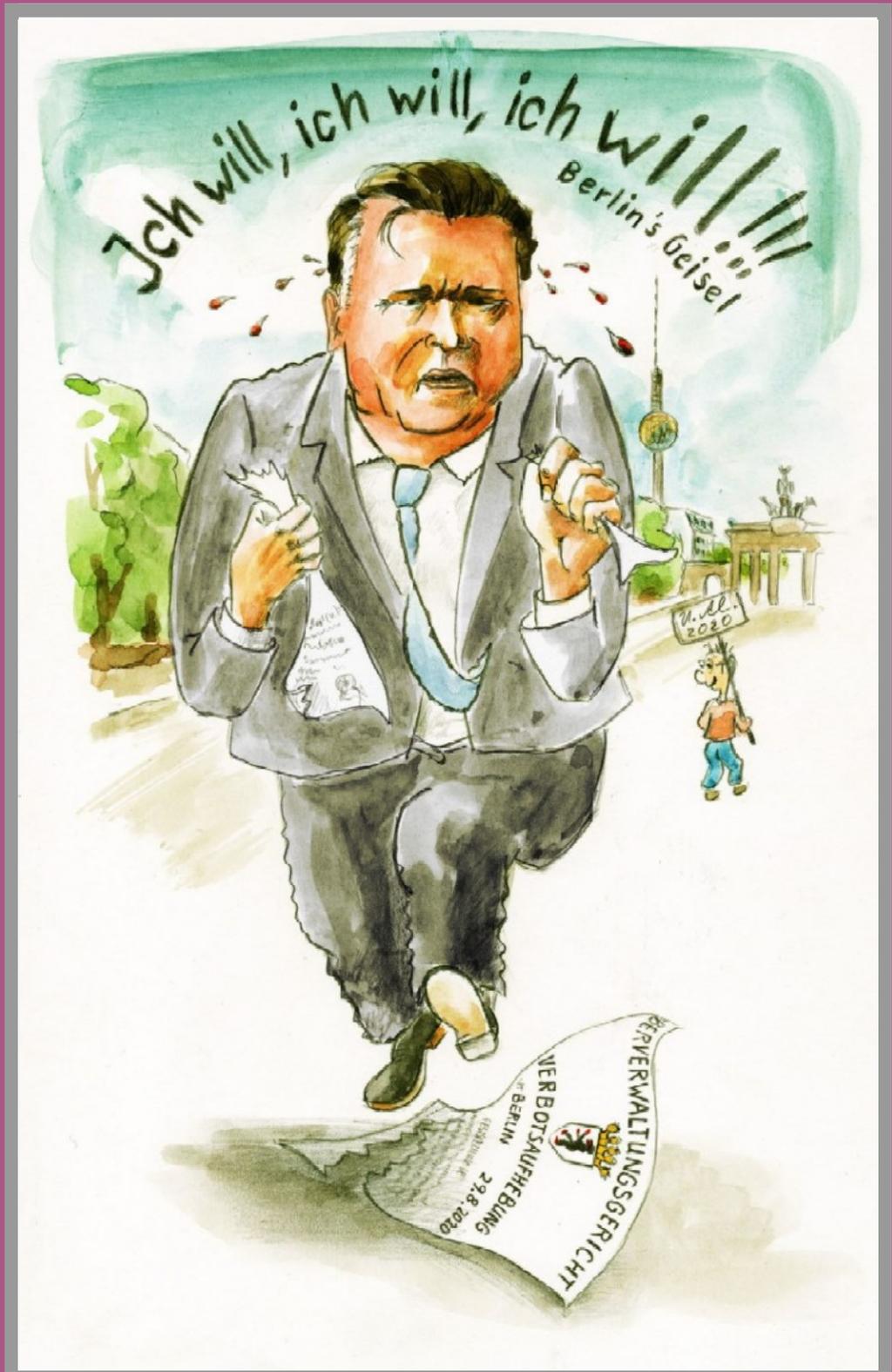
- von J. M. Hackbarth

**Der freie Fall in die
Diktatur? Oder gibt es
Alternativen?**

- von Johannes Schubert

Ein Projekt
unter Schirm-
herrschaft der
„Gesellschaft der
Gleichen“
(GdG)

<http://deraufstand.wihuman.de>





Als Uwe Albert wurde ich 1959 in Zerbst geboren. Ich lebe und arbeite als Maler, Grafiker und Buchkünstler in Magdeburg. Eine künstlerische und auch menschliche Prägung erhielt ich durch den Maler Günter Glombitza (1938 bis 1984), den man der „Leipziger Schule“ zurechnet. Bei ihm besuchte ich Zeichenkurse und nahm auch privat Zeichenunterricht. Und er gab mir, handwerklich streng, aber zugleich locker im Umgang, wichtige künstlerische und kunstgeschichtliche Anregungen, Einblicke in philosophische und psychologische Zusammenhänge und die Sprache der Symbole sowie manchen guten Rat fürs Leben. Einen lebenden Lehrer, der zeitlose Werte vermittelt, braucht der Mensch im Leben wohl. Denn die zeitgeistgemäßen Werte, die häufig bloß zu Pawlowschen Reflexen führen, sind ja doch immer zweifelhaft.

Es sind viel zu viele heimatlose Bilder in der Welt, die ich einzufangen versuche und in meinen Arbeiten ein Zuhause geben möchte. Dazu zählen auch hin und wieder, seit 2019 verstärkt Karikaturen, in denen die Übeltäter des gegenwärtigen Weltenbrandes und deren Wasserträger ihr Zuhause in der Geschichte zugewiesen bekommen sollen.

Die **Weberknecht-Edition** umfasst von mir gefertigte Unikate, Buchobjekte sowie konventionell gebundene Kunstbücher in kleinen Auflagen. Diese selbst gestalteten, gedruckten und fadengebundenen Bücher integrieren zumeist eigene Bilder und Texte, aber auch solche anderer Autoren. Einige sind in Besitz der Landessammlung Künstlerbücher der Anhaltischen Landesbibliothek Dessau und in der „Edition Das Labor“

(<http://www.editiondaslabor.de/blog/?tag=uwe-albert>) veröffentlicht.

Als Kind waren Bäume für mich so etwas wie große Brüder, zu denen ich mit innerer Stimme sprach und es war, als sogen sie meine Sorgen auf, die dann derart einverleibt zu Falten in ihrer Rinde wurden. Heute ist es so, als würden die Bäume etwas von mir zurückverlangen wollen. Des Öfteren spüre ich dies, indem mir ein bestimmtes Holzstück bei der Verarbeitung zu Heizmaterial Einhalt gebietet. Ich muss



Bäume vergessen nicht, Mai 2018,
Buchobjekt, Holz, Größe ca. 30,5 x 15 x 10 cm

dieses Stück dann vom Hackeklotz nehmen und aufbewahren, bis die Auflösung des in ihm verborgenen Rätsels seine Verwendung als Buchobjekt bestimmt. Hier ist es eine bildtextliche Dokumentation verbrecherischer Kriege und Geheimdienstaktivitäten von Iran bis Syrien, die das Holz dieses Baumes in sein Gedächtnis einverleiben möge und vielleicht in ferner Zukunft, wenn Bilder und Texte nicht mehr existieren, als Information entschlüsselt werden kann.

Geschriebenes ist vergänglich, der Baum vergisst nicht.

Kasten

Holz und andere organische Materialien
Zeichnungen und Texte: Aquarell und Tusche
Größe ca. 19 x 11 x 8 cm
Jahre: 2007, 2008, 2009, 2010, ...



Dieses Buch würde ich auf die Reise zu einem fernen Planeten mitnehmen. Es enthält Samen von Moos, Gräsern und Bäumen sowie genetisches Material niederer und höherer Tiere. In der rechten Kammer befinden sich irdische Beobachtungen von über- und unterirdischen Wesen, die von Zeit zu Zeit erweitert werden. Ich erfülle mir damit einen Traum, nämlich ein Buch zu schaffen, das nie fertig wird.



Kontakt: Uwe Albert, Geschwister-Scholl-Straße 16, 39116 Magdeburg

Tel.: (0391)40595803 E-Mail: uwealbert@aauz.de

Inhaltsverzeichnis:

Seite Thema

- 2 **Der Künstler der Titelseite stellt sich vor**
- 3 **Inhaltsverzeichnis/Einleitung/
Impressum**
- 4 **Kunst als Katalysator für Aufstände und
Revolutionen**
**Am Beispiel der Trilogie:
„Die Tribute von Panem“**
(Fortsetzung aus dem Heft 05/20)

- von J. M. Hackbarth
- 9 **Interview mit Rainer Mausfeld**
(Fortsetzung vom Juniheft 2020)
Frage zum Thema Eigentum und Besitz

- von J. M. Hackbarth
- 10 **Anmerkungen zum Thema
Eigentum und Besitz als
Machtverhältnisse
und ihre Bedeutung für Fragen einer
egalitären Demokratie**

- von Rainer Mausfeld
- 13 **Diktaturvisionen – eine Gefahr für die
Freiheit!**
Echo auf das Interview des Magazins
„philosophie“ mit **Luisa Neubauer**
(Klimaaktivistin in der Fridays-for-Future-
Bewegung) und **Wolfram Eilenberger**,
(ehemaliger Chefredakteur des
Philosophiemagazins und Moderator der
Sendung „Sternstunde Philosophie“ im
Schweizer Fernsehen)

- von: Holger Thurow-N.
- 23 **Was ist aus der radikaldemokratischen
Jugend der FDP geworden?
Radikaldemokratie** **Broschüre**
(Fortsetzung aus Nr. 5/20)
vorgestellt und kommentiert von
J.M.Hackbarth
- 32 **Der freie Fall in die Diktatur? Oder gibt
es Alternativen?**

- von Johannes Schubert
- 35 **Der Aufstand**
Titelseiten der letzten 9 Ausgaben

Einleitung

Diese erste Ausgabe des Jahres

entstand unter Bedingungen zunehmender staatlicher Repression. Repression ist abgeleitet von lateinisch reprimere (zurückdrängen) und bedeutet „[gewaltsame] Unterdrückung von Kritik, Widerstand, politischen Bewegungen, individueller Entfaltung, individuellen Bedürfnissen“ (Zitat aus dem Duden). Damit ist die gegenwärtige politische Situation in Deutschland treffend erfasst. Das Ende dieser Spirale ist zum Glück noch nicht erreicht. Aber sie dreht sich nicht von allein zurück, sondern immer weiter vor. Diese Politik wird von Menschen gemacht, was auch den Künstler der Titelseite inspiriert hat. Wir bedanken uns bei **Uwe Albert** für das Bild. Wir bedanken uns auch bei Rainer Mausfeld für die Antwort im Rahmen des Interviews, das wir mit dem Juniheft 2020 begonnen haben und wollen gern weitermachen. Aus Antworten wachsen neue Fragen, die darauf abzielen, die Welt in der wir leben, besser zu verstehen und unser Handeln auf eine gut begründete Basis zu stellen. Jede Hilfe dafür ist uns willkommen und wird dankbar angenommen.

Gleich zwei Beiträge befassen sich mit dem Herausziehen einer drohenden Diktatur. Das Thema ist allgegenwärtig in Gesprächen und in den sozialen Medien. Dabei verschwimmen die Grenzen zwischen „Repräsentativer „Demokratie“ und Diktatur immer mehr. Oder sind wir schon im freien Fall in eine Diktatur? Die Historiker werden das später beantworten. Aber heute teilen viele Menschen die Angst davor. „Die Tribute von Panem“ ist eine Filmtrilogie, in der die Endlösung einer Diktatur und ihrer Dekadenz spektakulär präsentiert wird. Der Beitrag „Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen“ widmet sich dem Thema, um der kulturellen Spiegelung der Entwicklung des gegenwärtigen Herrschaftssystems auf den Grund zu kommen. Radikaldemokratie ist das Gegenmittel. Was einige Menschen schon erkannt haben. Auch die Jugend der FDP hat sich diesem Thema in einer Broschüre im Jahre 2003 ernsthaft gewidmet. Wir wollen das Brainstorming zu diesem Thema wiederbeleben, und vor allem eine Komponente, die untrennbar mit Radikaldemokratie verbunden ist, ohne die Radikaldemokratie nicht funktionieren kann, hinzufügen: Das Besitzrecht. Wer sich an der Debatte beteiligen möchte, kann seine Beiträge hierzu gern bei der Redaktion einreichen, die natürlich immer in voller Länge und unverändert in die Debatte eingehen werden.

Holger Thurow-N.

IMPRESSUM V.i.S.d.P.

Herausgeber: Holger Thurow-N.

Redaktion, gestellt vom Philosophenclub unter
Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GbR)

Tel.: 0171-2080710

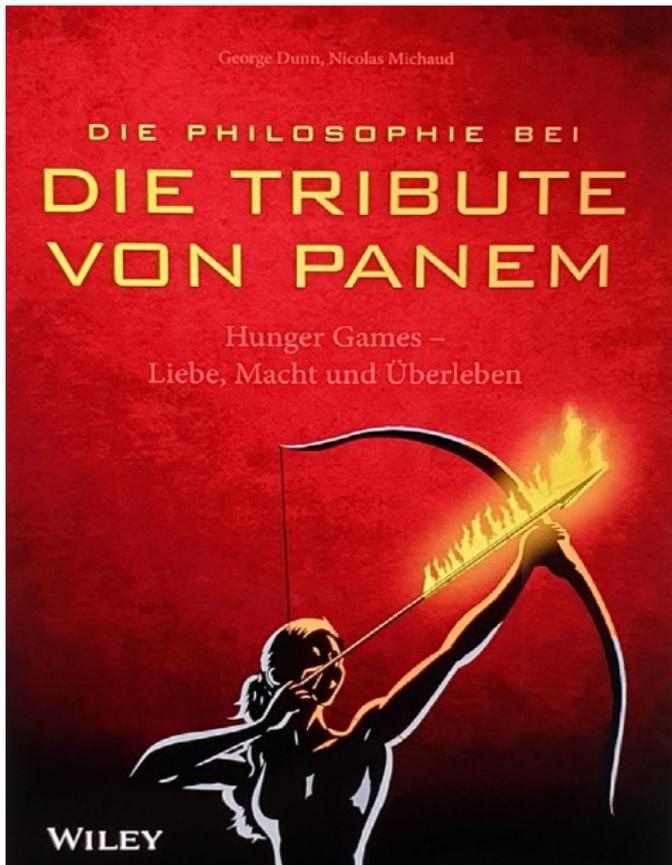
Anschrift: Holger Thurow-N.,

Reclamstr. 30, 22111 Hamburg

Email an die Redaktion:

r&b@wihuman.de





Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“

(Fortsetzung aus dem Heft 05/20)

Zum Autor des 4. Kapitels, Andrew Shaffer

Andrew war wirklich eine schwere Enttäuschung für mich und so fällt es mir schwer da noch ein paar positive Aspekte zu seiner Person zu erwähnen und so fang ich mal möglichst „harmlos“ an.

Lebenslauf von Andrew Shaffer

Andrew Shaffer ist Autor zahlreicher New York Times Bestseller u. a. »The Day of the Donald: Trump trumps America« und »Fifty Shames of Earl Grey«. Er lebt mit seiner Frau, der Autorin Tiffany Reisz, in Lexington, Kentucky. Er unterrichtet am Carnegie-Center for Literary and Learning. »Hope Never Dies« ist sein Krimi-Debüt.
Quelle: Verlag / vlb

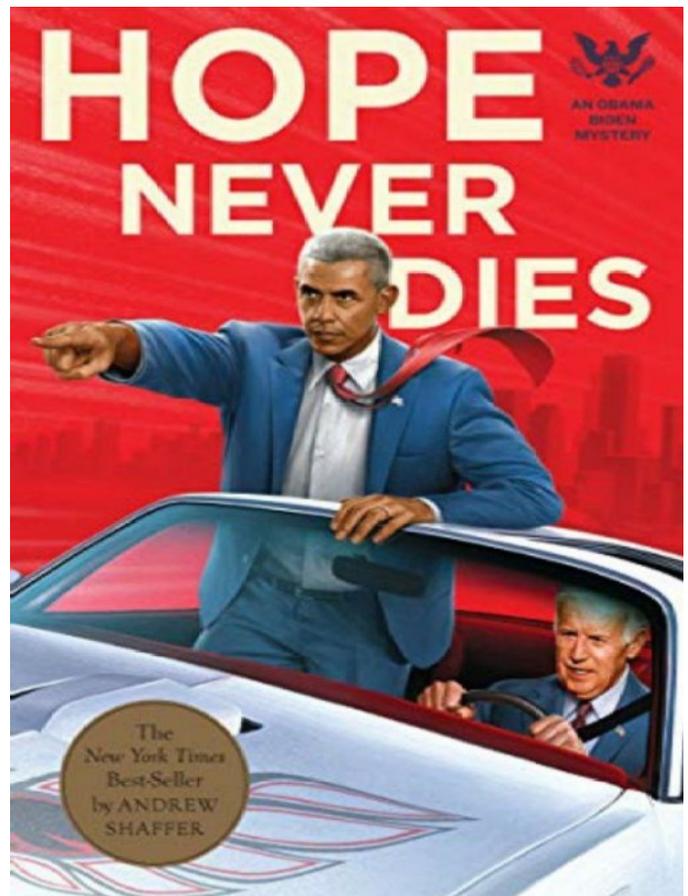
Tiffany Reisz and Andrew Schaffer –



Seine Frau ist auch im schreibenden Gewerbe tätig und hat sogar eine Auszeichnung für die Art ihrer „Literatur“ bekommen:

Auszeichnungen: [RITA Award for Best Erotic Romance](#)

Na gut, das hat ja noch nichts zu sagen, also schauen wir uns doch mal seine Werke an:



Über dieses E-Book

Action-Heroes aufgepasst, hier kommen Obama und Biden! Halb Noir-Krimi, halb „Bromance“ macht dieser »New York Times«-Bestseller vor allem eines: jede Menge Spaß! Ex-Vize-Präsident Joe Biden kann sich so gar nicht damit abfinden, ein Ex-Vize-Präsidenten-Leben zu führen. Er langweilt sich auf seinem Anwesen mit Hund und Frau beinahe zu Tode, außerdem vermisst er sein Idol und besten Freund, Ex-Präsident Barack Obama. Der scheint sich derweil prächtig zu amüsieren, ob beim Bungee-Jumping von einem Hochhaus in Hongkong oder beim Speedboot-Fahren vor der Küste Südafrikas. Doch dann führt der Tod eines alten Bekannten das Dream-Team Obama und Biden wieder zusammen: Bidens Lieblings-Zugbegleiter hat sich ausgerechnet vor einen Zug geworfen. Und das ist nicht das einzig Seltsame: Der alte Mann war vollgepumpt mit Drogen – und er hatte eine Karte bei sich, auf der Bidens Anwesen markiert war. Eines ist Obama und Biden sofort klar: Dies ist ein Fall von höchster Tragweite. Ein Fall von höchster Komplexität. Ein Fall für die Ex-Präsidenten Obama und Biden! Bestseller-Autor Andrew Shaffer hat mit »Hope Never Dies« einen ebenso amüsanten wie geistreichen Noir-Krimi geschrieben, in dem alle auf ihre Kosten kommen, die spannende Unterhaltung mit einem Schuss Gesellschafts-Kritik lieben.

Eine sehr zutreffende Rezension zum Buch:



Rezension zu *„Hope Never Dies“* von [Andrew Shaffer](#)

Hanebüchener Klamauk....

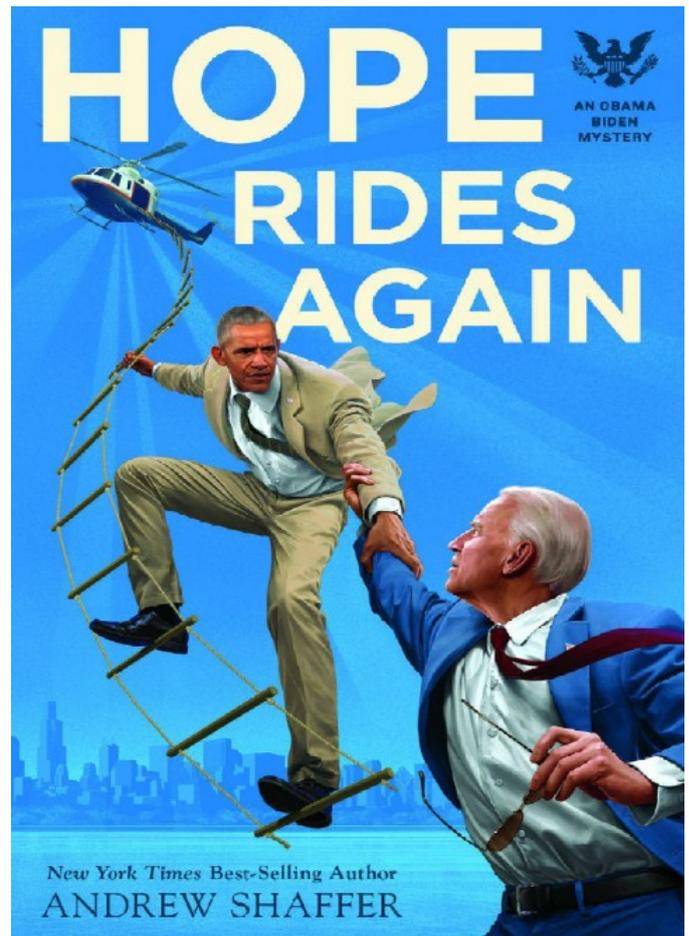
★★★★★

will_nur_lesen vor 9 Monaten

Der Blick der Buchhändlerin, als ich fragte, ob sich dieses Buch lohne, hätte mir eine Warnung sein sollen. An den Haaren herbeigezogener Unsinn, flache Witze, keine Spannung. Vielleicht wäre es besser gewesen, die Geschichte nicht aus der Sicht von Joe Biden zu schreiben, sondern von einem neutralen Erzähler. Ich versuche nicht zu spoilern, aber am Schlimmsten und vor allem am Unglaublichsten fand ich die Szene im Zug am Schluss.

Ich hatte gehofft, dieses Buch ist eine interessante Abwechslung zu den Krimis, die ich sonst lese, aber es hat mich leider nicht gefesselt.

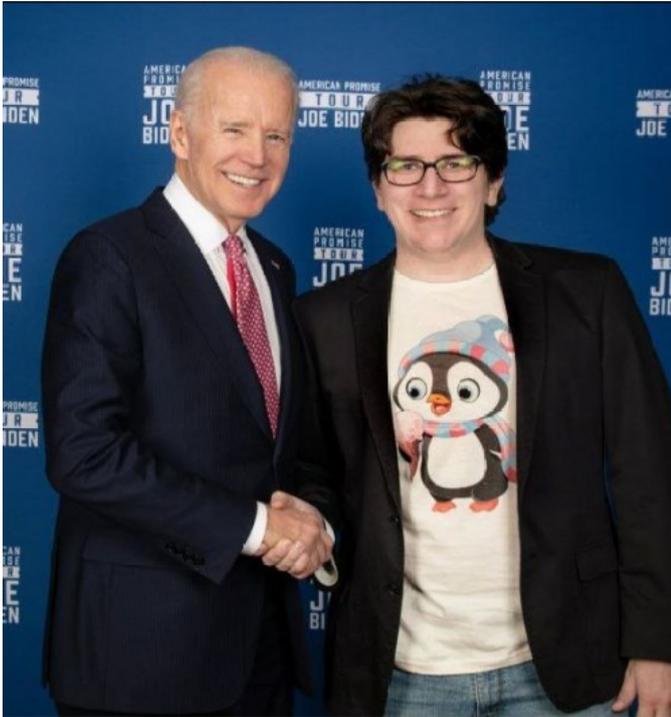
Und weil der erste Klamauk über die beiden Politiker so gut bei der New York Times ankam, hat er noch einen drauf gesetzt:



Über dieses E-Book

Bromance never dies – die Ex-Präsidenten Barack Obama und Joe Biden lösen ihren 2. Fall! Herrlich absurde Unterhaltung für Fans satirischer Noir-Krimis mit einem ordentlichen Schuss Gesellschaftskritik Was ist bloß los mit Ex-Präsident Barack Obama? Ex-Vize Joe Biden macht sich ernsthaft Sorgen um seinen Super-Freund, der in einem untypisch scheußlichen Anzug zu einer Konferenz in Chicago auftaucht. Als dann auch noch Obamas Blackberry aus dem Tagungsraum verschwindet, überschlagen sich die Ereignisse – schließlich sind darauf die Nummern sämtlicher Machthaber dieser Welt gespeichert! Die Jagd nach dem Uralt-Handy führt die best friends Barack Obama und Joe Biden in die Unterwelt von Chicago, mitten ins Reich der Gangs, zu undurchsichtigen Priestern, vorbestraften Jugendlichen und in eine russische Sauna. Die wichtigste Frage bleibt jedoch: Wann bekommt Joe Biden endlich sein Eis? Ironisch, komisch, geistreich: Mit »Hope Rides Again« legt der amerikanische Bestseller-Autor Andrew Shaffer die geniale Fortsetzung seines Noir-Krimis »Hope Never Dies« vor und beschert damit der berühmtesten Bromance, seit es das Internet gibt, einen großartigen zweiten Auftritt. Denn wenn irgendjemand diese Welt noch retten kann, dann sind es die Ex-Präsidenten Barack Obama und Joe Biden!

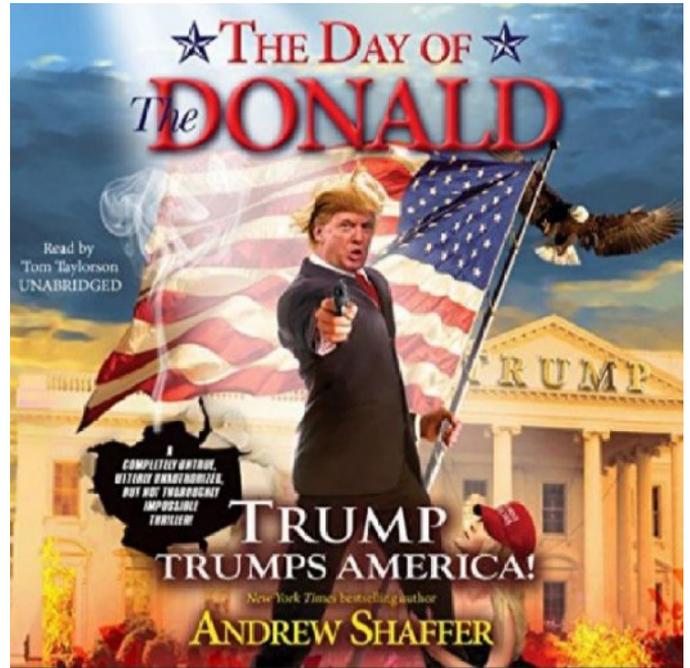
Wenn man so nette Bücher über ganz bestimmte politische Eliten schreibt, wird man natürlich in die Gruppe der besten Freunde dieser Typen aufgenommen:



Irgendwie war das Teeshirt von Andrew dann aber doch zu albern und so ist es dann später verschwunden worden:



Wenn man als „bester“ Freund von Obama und Biden gilt, muss man natürlich dessen politische Gegner in den Dreck treten. Damit kann man schließlich auch ein paar Dollar verdienen:



Über dieses E-Book

Summer 2018: Two years into President Donald J. Trump's first term in office, America has never been greater. The Even Greater Wall along the Mexican border is under construction, paid for by Mexico. Americans have more money in their pockets thanks to lower taxes and the president's creative money-raising strategies. (Who else would have thought to pay for FEMA's budget by suing the Catholic Church over property damage caused by acts of God?) And while Trump's detractors may call him a tyrant, the American people love bullies when the victim is Congress: every time they impeach the president, his approval rating skyrockets.

Ever conscious of his hugely important historical legacy, The Donald plucks disgraced tabloid reporter Jimmie Bernwood—the man responsible for publishing the infamous Ted Cruz sex tape—from the depths of anonymity to become his official biographer, giving him enviable access to the gold-plated White House and all of its secrets.

When Trump's previous biographer turns up dead, Bernwood must do some real investigative reporting, get to the bottom of a long series of murders...and, if it's absolutely unavoidable, save the country. *The Day of the Donald* is a hilariously hair-raising look at the (possible) future of America.

Als ich das alles verdaut hatte, sprang mir ein Wort ins Bewusstsein, für das ich noch nie eine praktische Verwendung hatte, aber bei Andrew muss ich da leider eine Ausnahme machen (Zitat aus Wikipedia):

Hofschranze (die, in älterer Zeit auch *der Hofschranz(e)*) ist eine seit dem 16. Jahrhundert gebräuchliche abwertende Bezeichnung für einen **Höfling** am Hof eines Fürsten, deren Bedeutung negative Charakterzüge und Verhaltensweisen umfasst, die innerhalb der sehr hierarchischen Hofgesellschaft in einer durch Gunst-Konkurrenz geprägten Gruppe entstehen können. Zu typischen Verhaltensweisen gegenüber dem Gunstgeber zählen beispielsweise **Gefallsucht**, **Schmeichelei** und **Heuchelei**; gegenüber Konkurrenten **Intrigantentum**, **Demütigungen**, **Verleumdung**, **üble Nachrede**. Übertragen wird das Wort auch für Personen im nicht-höfischen Umfeld einer hochgestellten oder einflussreichen Persönlichkeit gebraucht.

Es tut mir leid, dass ich zu so einem harten Urteil kommen musste, aber Andrew ließ mir gar keine andere Wahl. Aber schauen wir doch mal, was eine Person seines Schlages zum Thema „Tribute von Panem“ zu schreiben hatte. Er konzentriert sich bei diesem Thema auf das Wort „Schadenfreude“ und klagt pauschal die Spezies Mensch an, was ich sehr misanthropisch empfinde, weil wir angeblich zur Freude am Schaden anderer Menschen neigen. Dazu bemüht er andere Philosophen aus der Geschichte, die zu seiner Klasse zählten und in ähnlicher Weise argumentierten. Natürlich darf da der Freund der Reichen und Mächtigen, Aristoteles nicht fehlen.

Ihm dämmert natürlich schon, dass Schadenfreude aus der vorherigen Verletzung des Gerechtigkeitsgefühls der Menschen resultiert und das es etwas mit sozialen Unterschieden zu tun hat, aber das tut er, wie fast alle Vertreter der oberen sozialen Klassen, als schnöden „Neid“ ab.

Damit folgt er genau dem Muster was er selbst anprangert, er entmenschlicht die „Neider“ und tritt sie noch weiter in den Dreck. Nur die Kinder sind unschuldig, aber alle Anderen sind moralische Schufte. Das ist ein all zu bekanntes Bild von Menschen, die zu nah bei den Reichen und Mächtigen ihren Lebensmittelpunkt verorten. Der Rest der Menschheit sind für sie all zu oft nur eine graue Masse von entbehrlichen Habenichtsen und Neidern, die sich freuen, wenn einer der ihren mal einen Misserfolg erleiden muss.

Wer sich mit dem Thema „Schadenfreude“ auf der philosophischen Ebene beschäftigt und die alte Literatur dazu durchforstet, der wird vielleicht auf die Verletzung der sozialen Gerechtigkeit als Kern des Problems aufmerksam und damit auf den Ursprung des Problems durch die soziale Teilung der Menschen in Klassen mit Hilfe der Gewalt des Staates der reichen Eigentümer-Klasse.

Natürlich landet man dann auch bei Rousseau, der als einer der wenigen Philosophen die Ursache des „Kampfes aller gegen alle“ in der Entstehung der Eigentumsgesellschaft vor ca. 5.000 Jahren erkannte, als die Urgesellschaft, die nur Besitzrechtsverhältnisse und keine sozialen Klassen kannte, durch die Entstehung von Kriegerkasten mit Königen an der Spitze, gewaltsam verdrängt wurde.

Rousseau vergaloppierte sich zwar in einen „Volkswillen“ (volonte Generale) den es nie unter souveränen Staatsbürgern geben kann, aber ihm war klar geworden, dass ein modernes Gemeinwohl nur auf der Grundlage des Besitzrechts und auf einer demokratischen Republik errichtet werden kann, die keine Vertretung ihrer Staatsbürgerrechte in Form von Repräsentanten aus Parteien in Parlamenten dulden darf. Das Repräsentationssystem hat nichts mit einer Demokratie zu tun, sondern ist die Grundlage der Herrschaft reicher Oligarchen.

Zur Natur einer Demokratie gehört natürlich die soziale Gerechtigkeit, also ein Zustand, in dem „kein Staatsbürger so reich sein darf, um sich einen anderen kaufen zu können, noch so arm, um sich verkaufen zu müssen.“ (Rousseau, Gesellschaftsvertrag, Seite 59)

Um die oligarchische Eigentumsgesellschaft in eine Demokratie mit Besitzrecht zu verwandeln, muss die Klasse der „Habenichtse und Neider“, die in einer Gesellschaft mit sozialer Ungerechtigkeit leben und ständig wächst, systematisch auf die Herstellung demokratischer Verhältnisse hinwirken. Dies machen sie bereits und werden immer besser darin, aber sie können jede Hilfe aus den oberen Klassen gebrauchen, besonders von Seiten der Intellektuellen, die sich Philosophen nennen. Es kommt nur darauf an, für welche Ziele sie ihre philosophischen Kräfte verwenden. Andrew Shaffer ist jedenfalls noch nicht auf unserer Seite und hat die gesellschaftliche Problematik die von dem Buch „Die Tribute von Panim“ auch nur angekratzt wurde, noch gar nicht philosophisch erfasst.

Andrew Shaffer lebt in seinem privilegierten „Capitol“ und beweihräuchert sich damit, dass der durchschnittliche Mensch von Natur aus ja sowieso schlecht ist und er vermutlich noch zu den harmloseren Exemplaren gehört, der es schafft, seine Anflüge von Schadenfreude richtig einordnen zu können und sich Nietzsche,s Duktus zu bedienen, ein „Übermensch“ ist.

Nachbetrachtung zum Thema Dekadenz

Die Führungselite der USA vergleicht ihr Staatengebilde gerne mit dem antiken römischen Imperium und sie haben durchaus Parallelen zu diesem aufzuweisen. Tatsächlich sind sie im Verhältnis zu Rom seit einer kurzen Zeit zu einem Imperium aufgestiegen. Leider laufen heute gesellschaftliche

Prozesse viel schneller ab wie in der Antike und so hat die USA offensichtlich schon die letzte Phase eines Imperiums erreicht, die Dekadenz.

Andrew Shaffer weiß, dass sich die Story von „Die Tribute von Panem“ an der Dekadenz des römischen Imperiums anlehnen und natürlich auf die Dekadenz in den USA verweist, doch dieses Thema streift er nur ganz ängstlich mit dem Verweis auf die Schadenfreude, die er natürlich auch in den USA beobachtet und sehr oberflächlich kritisiert. Er hat seinen Raum in dem Buch nicht genutzt, um die Dekadenz der USA und deren Ursachen tiefer zu hinterfragen. Er hat sich in dieser Sache eben nicht als Philosoph erwiesen und seine philosophische Pflicht nicht erfüllt. Eine vertane Chance für ihn, wirklich ein Philosoph zu sein und Antworten auf die brennenden Fragen seiner Zeit zu liefern.

Der Begriff Dekadenz kann nicht ohne eine gesellschaftliche Orientierung an eine bessere gesellschaftliche Gesamtsituation verwendet werden und so stellt sich die Frage, ob die USA schon bessere Zeiten erlebt hat?

Eine Orientierung zurück zu den besseren Zeiten der USA ist ebenfalls subjektiv und als Lösung genauso fraglich, darum orientiere ich mich persönlich an einer anderen gesellschaftlichen Perspektive, jenseits des gerade zusammenbrechenden Gesellschaftssystems reicher Oligarchen. In dieser Zeitschrift habe ich meine Perspektive bereits hinreichend entwickelt und will an dieser Stelle nicht näher darauf eingehen und es bei den Begriffen „Radikaldemokratie und Besitzrecht“ belassen.

Der Begriff Dekadenz zielt aber meistens auf eine bessere Vergangenheit und misst daran den zu kritisierenden Verfallsprozess. Diesen Bezug kann ich mit meiner Perspektive natürlich auch herstellen und muss dann bis zur Urgesellschaft zurück gehen die nur Besitzrecht und keine sozialen Spaltungen kannte, aus der die Menschen vor ca. 5.000 Jahren allmählich mit Gewalt herausgerissen wurden.

Natürlich möchte die Mehrheit der „modernen“ Menschen nicht in die Urgesellschaft der Klans zurück und so ist eine Orientierung nach Rückwärts in der Geschichte nur dialektisch möglich und damit verweise ich auf Hegel,s Theorie von „These, Gegentese und Synthese“. Wir benötigen zur Überwindung der inhumanen Eigentums-gesellschaft eine Synthese aus dem Besitzrechtssystem der Urgesellschaft und der so genannten „modernen Zivilisation“ in der das gegenseitige Abschlagen aus niederen Beweggründen immer noch nicht aufgehört hat.

Unter den vielen Philosophen, die sich über Dekadenz Gedanken gemacht haben, möchte ich mich vor allem von Rousseau distanzieren, der Hegel,s dialektische Methode noch nicht kannte und deswegen in eine Position verfallen ist, die ich als „Zurück zur Natur“ kennzeichnen würde und die eine fatale Zerstörung der gesellschaftlichen Errungenschaften der letzten 5.000 Jahre zur Folge hätte. Leider begegnet man dieser „Natursehnsucht“ auch heute bei vielen Aussteigergruppen die auf vielfältigen Wegen zur menschlichen Ursprünglichkeit zurückkehren wollen. Rousseau,s Position fasst sich wie folgt zusammen:

„Nehmt uns unsere unheilvollen Fortschritte, nehmt uns unsere Irrtümer und Laster, nehmt uns das Menschenwerk, und alles ist gut.“ (aus Wilhelm Weischedel „Die philosophische Hintertreppe, Rousseau oder der unglückliche Gefühlsdenker“)

Kommen wir aber wieder zur Gegenwart und versuchen die Erscheinungen der Dekadenz ganz nüchtern und sachlich zu

betrachten. Die geheimen Schreiber der „Wikipedia Deutschland“ verweisen dabei auch auf die Dekadenz-Kritik eines erkonservativen Ex-Nazis Arnold Gehlen (1904 Leipzig bis 1976 Hamburg, Cousin des ersten Chefs des BND und ebenfalls Ex-Nazis Reinhard Gehlen). Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich hier mit eigenen kritischen Betrachtungen mit dessen Kritik an den Dekadenzerscheinungen der großbürgerlichen Oligarchie auseinandersetzen.

Der Ausgangspunkt für die Kritik von A. Gehlen ist eine Gesellschaft von gezüchteten Übermenschen, die nie die Gelegenheit haben dürfen, diktatorische Institutionen in Frage zu stellen. Darin ähnelt seine Ideologie auffallend der Marxistischen, die immer einen „Menschen neuen Typus“ formen wollen und der ebenfalls nie ihre diktatorischen Institutionen in Frage stellen darf. Beide Ideologien setzen auf die Diktatur einer kleinbürgerlichen Kaste und während die Faschisten immer nur die politische Macht der Oligarchen übernehmen wollen, gehen die Marxisten einen Schritt weiter und verwandeln deren Eigentum in staatliches Eigentum, ohne das Eigentumsrecht und die daraus resultierende Lohnsklaverei zu beenden. Wenn die Oligarchen in einer Krisensituation noch die Wahl haben, werden sie natürlich immer die Faschisten unterstützen, um wenigstens ihre Eigentumsansprüche zu sichern, woraus sie später neue politische Macht generieren können.

Wenn A.Gehlen in seinem Spätwerk „Moral und Hypermoral“ die Übersteigerung bestimmter gesellschaftlicher Verhaltensweisen zu Ungunsten anderer kritisiert, dann fällt mir sofort der Begriff „Cancel Culture“ ein, bei dem Höflinge der großbürgerlichen Oligarchen regelmäßig hypermoralische Hexenjagden auf Abweichler veranstalten, denen sie kulturelle Ketzerei vorwerfen. Diese Erscheinung der Dekadenz als „Gesinnungsmoral“ und damit als Gesinnungskontrolle, zersetzt den politischen Diskurs bis zur Unmöglichkeit, was am Ende auf individuelle und auch auf staatliche Gewalt hinausläuft.

Natürlich kann man seit geraumer Zeit in der großbürgerlichen Oligarchie einen beschleunigten Verfall der schon immer politisch beschnittenen Streitkultur beobachten und eine sich immer mehr verengende Redefreiheit, deren Existenz in Deutschland von Rechtswegen sowieso ausgeschlossen ist und gesetzlich beschränkte Meinungsfreiheit genannt wird. Diesem betreuten Denken springen Moralwächter aus fremdfinanzierten NGO,s eifrig bei und helfen gerne nach, wo der großbürgerliche Staat nicht hinlangen kann. Wo führt das letztendlich aber hin?

Der großbürgerliche Staat, also der Staat reicher Oligarchen, wird immer offensichtlicher als Staat zur Durchsetzung der Interessen reicher „Wirtschaftsführer“ erkannt und verliert seine Maske als Sicherheitsgarant für „alle“ Bürger. Viele NGO,s werden durch die Oligarchen finanziert, oder durch diese oder ihren Staat gleich selbst gegründet und fungieren neben dem bürgerlichen Staat als die Kettenhunde für,s Grobe.

Auch wenn A.Gehlen die Herrschaft der Oligarchen vom Standpunkt des Philosophen einer kleinbürgerlichen Diktatur kritisiert, so ist er durchaus dazu in der Lage gewesen, Erscheinungen von Dekadenz in der gegenwärtigen Herrschaft zu erkennen und so hat er einen echten Vorgriff auf die von ihm erahnte Zukunft formuliert, die wir heute erleben:

„Wenn die Gaukler, Dilettanten, die

leichtfüßigen Intellektuellen sich vordrängen, wenn der Wind allgemeiner Hanswursterei sich erhebet, dann lockern sich auch die uralten Institutionen und strengen professionellen Körperschaften: das Recht wird elastisch, die Kunst nervös, die Religion sentimental. Dann erblickt unter dem Schaum das erfahrene Auge schon das Medusenhaupt, der Mensch wird natürlich und alles wird möglich.“ (*Der Mensch im Lichte der Modernen Anthropologie. In: ders: Philosophische Anthropologie und Handlungslehre. Gesamtausgabe Band 4, hgg. Von Karl-Siegbert Rehberg, S.133. Für den Freyer-Schüler Gehlen, Freyer war auch ein Nazi, bedeutet „natürlich“ einen Rückbezug auf Rousseau, und damit darauf, dass Rousseauisten »die Jakobiner« wie Robespierre welche die Guillotine bedenkenlos gebrauchen.*)

Wenn sich Andrew Shaffer dieses Zitat selbstkritisch durchlesen würde, könnte er sich vielleicht an mehreren Stellen selbst darin entdecken. Ich gehe nicht davon aus, dass dies geschehen wird, aber vielleicht lesen seine Artverwandten.

Zum Abschluss möchte ich noch ein Zitat anführen, dass sogar auf einen Kolumnisten der New-York-Times verweist, von der A.Shaffer ja als Bestseller gekürt wurde

Unter Berufung auf Barzun charakterisierte der [New-York-Times-Kolumnist Ross Douthat](#) im Februar 2020 Dekadenz als einen Zustand der ökonomischen Stagnation, des Verfalls von Institutionen sowie kultureller und intellektueller Erschöpfung – bei hohem Niveau materiellen Wohlstands und technischer Entwicklung. Douthat sieht den Westen im 21. Jahrhundert in einem von Blockade und Stillstand gekennzeichneten „Zeitalter der Dekadenz“.^[59] Er ist Autor des 2020 bei [Simon & Schuster](#) in [New York](#) erschienenen Buches *The decadent society*. Dem US-amerikanischen [Nachrichtenportal Vox](#) zufolge ist "Douthats Definition einer 'dekadenten Gesellschaft' (...), dass wir in einem abgestandenen System gefangen sind, das sich fortwährend auf der Stelle dreht und die immergleichen Debatten und Verdrossenheiten reproduziert".^[60]

(Zitat aus [Wikipedia Deutschland zum Begriff Dekadenz](#))

J. M. Hackbarth

Sehr geehrter Herr Mausfeld,

Hamburg, den 18.12.2020

nach ihrem Beitrag im Juni-Heft unserer Zeitschrift „Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht“, hat sich bei unseren Lesern und den Teilnehmern unseres „Philosophenclub’s der Lohnabhängigen“ eine wichtige Frage ergeben und wir hoffen, dass sie die Zeit finden, um diese beantworten zu können.

Falls Sie auch andere Themen haben, die Sie in unserer Zeitschrift ansprechen möchten, räumen wir Ihnen natürlich gerne den gewünschten Platz ein.

Unsere Frage lautet:

Welche Definitionen verwenden sie für „Eigentum“ und welche für „Besitz“ bei Ihren gesellschaftlichen Betrachtungen, damit wir Ihre hermeneutische Anwendung dieser Begriffe in Ihren Vorträgen, Artikeln und Büchern eindeutig verstehen können?

Dazu eine paar kurze Erläuterungen zu unserer Verwendung der Begriffe:

Wenn wir von „**Besitzrecht**“ schreiben, beziehen wir uns nicht vorwiegend auf ein individuelles Recht, das aus dem Naturrecht der Menschen her rührt, sondern ein in Gesellschaftsverträgen und Gesetzen geregeltes Rechtssystem, auf dem viele weitere gesetzliche Regelungen und Verträge aufbauen können, genau so wie es beim System des „**Eigentumsrechts**“ der Fall ist. Solche Rechtssysteme gliedern wir bisher in folgende Wirkungsbereiche:

A:	individuelles Eigentum	oder	Besitz (individuelle Verfügungsgewalt / Nutzungsrecht)
B:	familiäres Eigentum	oder	Besitz (erbliche Verfügungsgewalt / Nutzungsrecht)
C:	kollektives Eigentum	oder	Besitz (gemeinsame Verfügungsgewalt / Nutzungsrecht)
D:	staatliches Eigentum	oder	Besitz (staatliche Verfügungsgewalt / Nutzungsrecht)
E:	Volks-Eigentum (existiert nicht)	oder	Besitz (staatsvölkische Verfügungsgewalt / Nutzungsrecht)
F:	Menschheits Eigentum (existiert nicht)	oder	Besitz (Die Menschheit hat den Planeten und seine Ressourcen faktisch als solchen in Besitz, doch ein wesentlicher Teil davon befindet sich gegenwärtig durch national und international geregeltes Eigentumsrechts in der Verfügungsgewalt von einzelnen Personen, oder relativ kleinen

Personengruppen. Damit sind gegenwärtig wesentliche Teile der Ressourcen dieses Planeten der Nutzung durch die Menschheit als ein Rechtssubjekt, dass sich durchaus radikaldemokratisch konstituieren könnte, entzogen.)

Wir gehen davon aus, dass beide Rechtssysteme, sowohl das **Eigentumsrecht**, das aus dem Recht des Stärkeren resultiert, als auch das **Besitzrecht**, welches aus der faktischen Nutzung resultiert, im ersten Wortteil eine haptische Wahrnehmung ermöglichen und im zweiten Wortteil einer kognitiven Fähigkeit bedürfen, weil es sich bei beiden um ein menschliches Rechtssystem handelt, von dem das Erstere bereits über alle Maßen bürokratisiert ist, um Verfügungsgewalt durchzusetzen, aber auch einzuhegen, aber das Besitzrecht erst noch in einer humanistischen Form kollektiv erarbeitet werden muss, um die Gewalt der Stärkeren, gegenüber den faktischen Besitzern zu beenden.

Wir haben natürlich dafür Verständnis, wenn wir auf Ihre Antwort warten müssen und wollen Sie auch nicht drängen. Wir würden in den nächsten Ausgaben gerne die angekündigte Serie mit ihnen fortsetzen, um unser Versprechen gegenüber unseren Lesern erfüllen zu können.

Mit herzlichen Grüßen,
Jürgen Michael Hackbarth

Anmerkungen zum Thema **Eigentum und Besitz als Machtverhältnisse und ihre Bedeutung für Fragen einer egalitären Demokratie**

Das Thema ‚Eigentum‘ spielt in meinen Beiträgen nur eine sehr indirekte Rolle, nämlich nur insofern, als es mit zivilisatorischen Bemühungen im Zusammenhang steht, Machtexzesse gesellschaftlich einzuhegen und politische Macht radikal zu vergesellschaften. Daher ist es für meine Belange für eine Verständigung ausreichend, den üblichen Gebrauch dieser Begriffe in Rechtswissenschaften und politischen Wissenschaften zugrunde zu legen, ohne tiefer auf die dort gewonnenen Differenzierungen zu diesen Begriffen einzugehen. Mein Kernthema sind die Möglichkeiten einer Einhegung von Macht und einer radikalen Vergesellschaftung von Herrschaft, wie sie der in der Aufklärung gewonnenen egalitären Konzeption von Demokratie zugrunde liegen. Im ersten Teil werde ich kurz und unsystematisch die von mir zugrunde gelegten allgemeinen Aspekte zum Thema ‚Eigentum‘ ansprechen, im zweiten Teil ein paar Hinweise zu meinem thematischen Kontext und meinem roten Faden geben.

Eigentum ist bekanntlich in kapitalistischen Gesellschaft der Kern der Machtverhältnisse. Demokratie und Kapitalismus sind, wie vielfach aufgezeigt wurde, miteinander grundsätzlich unvereinbar. Bei Demokratie geht es wesentlich – auf der Basis der Anerkennung aller als Freier und Gleicher, ungeachtet ihrer faktischen Differenzen - um eine

zivilisatorische Einhegung der Macht des Stärkeren und um Prozeduren einer Selbstgesetzgebung, also einer radikalen Vergesellschaftung von Herrschaft. Kapitalismus basiert aber gerade auf dem Prinzip der Macht des Stärkeren (Kapitalmacht bestimmt die Chancen auf einen Zugang zum öffentlichen Debattenraum, den Erfolg bei Wahlen, das Stimmgewicht bei politischen Entscheidungen, ja sogar den Einfluss auf den Prozess der Rechtserzeugung selbst).

Kapitalismus erzeugt zwangsläufig extrem asymmetrische Machtverhältnisse und damit extreme soziale Ungleichheit sowie gesellschaftliche Spannungen. Diese Ungleichheit soll durch die Eigentumsideologie gerade legitimiert werden. Die Eigentumsideologie und insbesondere Bemühungen um eine natur- oder vernunftrechtliche Legitimation von Eigentum sind jedoch mit der in der Aufklärung gewonnenen egalitären Demokratiekonzeption (anders als mit der an Locke anschließenden amerikanischen Konzeption einer „Repräsentativen Demokratie“) *nicht* verträglich. Die in der westlichen Ideengeschichte dominierende „Sakralisierung des Eigentums“ (Piketty) steht also der zivilisatorischen Leitidee von Demokratie diametral entgegen.

I. Allgemeine Bestimmungen, die auch ich meinen Betrachtungen – zumeist implizit – zugrunde lege:

1. Das Thema ‚Eigentum‘ ist ein ganz zentrales Thema der politischen Philosophie, wenn nicht gar der Kulturgeschichte. In kapitalistischen Gesellschaften ist es konstitutiv für die gesamte Gesellschaftsordnung. Man kann ihm also mit ein paar begrifflichen Definitionen nicht gerecht werden. Der abstrakte Eigentumsbegriff ist eine Entwicklung der politischen Ideengeschichte, insbesondere der Rechtswissenschaft und nur daraus verständlich. Die moderne Auffassung von Eigentum geht wesentlich auf Weiterentwicklungen des Römischen Rechts im Mittelalter zurück.

2. Folglich ist auch die Unterscheidung von Besitz und Eigentum, wie sie sich entwickelt hat, *nicht* mit unseren Alltagsintuitionen deckungsgleich, sondern steht dazu in vielfältigen Spannungsverhältnissen. Grob können wir sagen, dass man ein rechtliches Haben von einem tatsächlichen Haben (Besitz) unterscheidet, so dass Besitz als ein äußeres Machtverhältnis gilt, Eigentum als ein Rechtsverhältnis. Diese Unterscheidung ist historisch und systematisch zentral, weil sie ermöglicht, vorrechtliche Gemeineigentumsformen und rechtlich kodifizierte Formen unterschiedlicher Verfügung und Aneignung begrifflich zu fassen und zu differenzieren.

3. Eigentum ist ein Recht innerhalb eines Systems von Rechten, sein Verständnis verändert sich also in der Gesellschaftsgeschichte mit der Rechtsentwicklung. Eigentum lässt sich als das bestimmen, was ein Mensch als das Seinige beansprucht, so dass nur er frei darüber verfügen kann. Solche Vorstellungen finden sich bereits in frühen Gesellschaften, die über keinen Begriff des Eigentums verfügten.

4. Die Bestimmung „als das Meinige beansprucht“ kann nun mit unterschiedlicher Betonung kontextualisiert werden im Sinne von „alles andere gehört mir nicht“ (wie bei Rousseau) oder (wie bei Locke) als „es gehört keinem anderen“. Bei Rousseau wie bei Locke bedeutet Eigentum ein exklusives

Gebrauchsrecht und den Schutz vor den Ansprüchen anderer. Doch bei Rousseau wird dies in eine gänzlich andere Perspektive eingebettet: Der Rechtsanspruch, durch den ein Besitz zu Eigentum wird, soll den Eigentümer vor seinen eigenen Begehrliehkeiten schützen („alles andere gehört mir *nicht*“) und schließt daher weitere Ansprüche an die Gemeinschaft aus. (Auch Besitz bedeutet zugleich den Ausschluss anderer und kann als Machtverhältnis gewaltige gesellschaftliche Konsequenzen haben. Dies zeigt noch einmal, dass man diese Begriffe nicht isoliert von ihrer ideengeschichtlichen Einbettung betrachten kann.)

5. Wir dürfen also kapitalistisches Eigentum nicht mit Eigentum schlechthin gleichsetzen: Eigentum in kapitalistischen Demokratie bedeutet etwas anders als Eigentum in vorkapitalistischen historischen Phasen.

6. Marx und Engels haben herausgearbeitet, dass es bei der Bestimmung von Eigentum *nicht* einfach um das Verhältnis einer Person zu einer Sache geht, sondern in erster Linie um das Verhältnis einer Person zu anderen Personen *im Hinblick auf eine Sache* (findet sich schon bei Kant), und dass es sich zudem überwiegend um Sachen handelt, die im Wirtschaftsprozess die entscheidende Rolle spielen, also um Produktionsmittel und Produkte – also um Fragen der Produktion und Verteilung. (Wenn ich in meinen Beiträgen auf das Thema ‘Eigentum’ zu sprechen komme, meine ich in der Regel ‚Eigentum an Produktionsmitteln‘ u.ä.)

7. Selbst der Begriff ‚Besitz‘, der vordergründig noch am ehesten mit Alltagsintuitionen konform geht, ist nicht einfach die Beziehung einer Person zu einer Sache, sondern de facto ebenfalls die Beziehung einer Person zu anderen Personen *in Bezug* zu einer Sache, wie ein Blick ins BGB leicht erkennen lässt (viele Regelungen zum Besitz im BGB sind pragmatischer Natur und dienen der Sicherung des Rechtsfriedens – daher ist die Rechtsdogmatik zu diesem Thema so verwickelt und Alltagsintuitionen oft nur schwer zugänglich).

8. *Privateigentum – Gemeineigentum – Staatseigentum:*

a) Gemeineigentum ist dadurch bestimmt, dass es allen Mitgliedern einer Gemeinschaft gehört. Bezieht man sich etwa auf den Staat als Gemeinschaft, so gehört es also allen Staatsbürgern. Dabei ist natürlich die konkrete Verfügungsgewalt gesetzlich zu regeln. Anders beim Privateigentum, das einer natürlichen oder juristischen Person gehört, so dass diese über die Verfügung selbst bestimmen kann. Persönliches Eigentum ist Eigentum, das durch Gebrauch und Verbrauch unmittelbar dem Konsum dient und nicht als Arbeitsmittel im Produktionsprozess fungiert.

b) Was ist dann Staatseigentum? Staatseigentum ist nichts anders als Privateigentum des Staates. Die Vergesellschaftung der Produktion führt in kapitalistischen Ländern zum staatlichen Eigentum, also zu kapitalistischem Privateigentum in staatlicher Hand (an Stelle eines gesellschaftlichen Eigentums). Der Kapitalismus kennt also nur Privateigentum in diversen Formen. Auch das Eigentum von Bund, Ländern und Kommunen gilt laut Artikel 903 des Bürgerlichen Gesetzbuches als Privateigentum. Diese können also, ohne das Volk zu fragen, „mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen“.

c) Das Gegenteil von Privateigentum ist nicht Staatseigentum,

sondern Gemeineigentum. (Dies wird von Daniela Dahn in ihrem Buch „*Wir sind der Staat! Warum Volk sein nicht genügt*“ in besonders prägnanter und anschaulicher Weise aufgezeigt.)

d) Der Konzeption des Privateigentums kommt im Kapitalismus eine große ideologische Bedeutung zu, weil sie dazu benutzt wird, etwas, das in der individuellen Sphäre sinnvoll ist, als ideologische Verteidigung von Privateigentum schlechthin zu missbrauchen und damit die von Rousseau betonte Begrenzungsfunktion aufzuheben.

II. Welche Rolle spielt das Thema ‚Eigentum‘ im Kontext von Betrachtungen zur Demokratie

9. Das große anthropologische Thema, in den das Thema ‚Eigentum‘ eingebettet ist, ist die Frage, wie sich eine „gerechte“ Gesellschaft organisieren lässt. Diese Frage findet sich bereits in wohl allen frühen Hochkulturen – beispielsweise in Indien, China, Mesopotamien, Ägypten und Griechenland -, also lange vor den Anfängen der politischen Philosophie, wie sie mit Namen wie Platon, Hobbes, Rousseau, Locke oder Kant verbunden ist. Diese frühen Betrachtungen waren in der Regel in die mythologischen Kontexte der jeweiligen Kultur eingebunden. Was sie jedoch einte, war die Einsicht, dass exzessiver Reichtum und die mit ihm verbundene Macht den sozialen Frieden – man sprach oft von „Harmonie“ – zerstört und die Stabilität einer Gesellschaft gefährdet. Ein idealer, also „gerechter“ Staat solle den gesellschaftlichen Frieden sichern, nicht zuletzt durch eine „gerechte“ Verteilung des gemeinschaftlich hervorgebrachten gesellschaftlichen Reichtums. Insbesondere solle er die Bedingungen zerstören, unter denen die exzessive Akkumulation von Reichtum möglich wird.

Daher wurden – oftmals gerade auch von den jeweils herrschenden Eliten - überall Überlegungen zu (moderaten) Gegenmechanismen und gesellschaftlichen Schutzballen angestellt, wie sich eine solche Selbstzerstörung einer Gesellschaft verhindern lasse. Beispielsweise wurden, nur scheinbar paradox, die ersten demokratischen Elemente im Athen der Antike im Auftrag der herrschenden Adelsgeschlechter durch Solon, einen brillanten Technokraten, eingeführt, um durch moderate Umverteilungen und erhöhte Partizipationsmöglichkeiten der Bürger einen Bürgerkrieg zu vermeiden und Interelitenkonflikte zu schlichten.

10. Derartige egalisierende Mechanismen lassen sich bereits bis in archaische Gesellschaften zurückverfolgen und gewannen mit dem Übergang zu Viehzucht und Landwirtschaft im Rahmen der sog. *Neolithischen Revolution* an Bedeutung. In den vorhergehenden Jäger- und Sammler-Gesellschaften waren diese Probleme weniger wirksam, da diese kaum in stabiler Weise hierarchisch organisiert waren, sondern überwiegend egalitär. (Der Klassiker hierzu ist Boehm, C. (2009). *Hierarchy in the forest: The evolution of egalitarian behavior*. Harvard University Press.)

Da der Mensch als Gattungswesen mehr als 90 % seiner gesamten Geschichte auf dieser Stufe des Jägers und Sammlers lebte, an deren soziale Organisationsformen er evolutionär angepasst war, ist es nicht überraschend, dass er mental für die dann erfolgte und sich sehr rasch beschleunigende soziale Ausdifferenzierung in hochkomplexe

hierarchisch aufgebaute Gesellschaften ungenügend ausgestattet ist. Dieses ‚Defizit‘ muss also auf dem Weg der Zivilisationsentwicklung durch eine gesellschaftliche Konstruktion angemessener ‚Schutzbalken‘ ausgeglichen werden.

11. Zu diesen Schutzbalken gehören zivilisatorische Leitideen von „Gerechtigkeit“, wie sie etwa in der frühen chinesischen, indischen, ägyptischen und griechischen Ideengeschichte (in sehr unterschiedlicher Weise) entwickelt wurde. Mit diesen waren oft Leitideen von „Gleichheit“ verbunden sowie Warnungen vor der gesellschaftszerstörenden Wirkung von großem Reichtum. Diese Warnungen durchziehen die gesamte Zivilisationsgeschichte (zur Ideengeschichte der Eigentumsfeindschaft gibt Adolf Künzli in seinem Buch „*Mein und Dein*“ von 1986 – leider nur noch antiquarisch erhältlich – eine umfassende und sehr gut lesbare Darstellung).

12. Das menschliche Streben nach Macht (und damit verbunden nach Reichtum) ist, wie schon in frühesten Hochkulturen bemerkt und beklagt wurde, unersättlich. Da bei allen anderen Lebewesen Begierden selbstlimitierend sind und durch eine rigide Instinktbindung in ein angemessenes Verhaltensrepertoire eingebunden sind, scheint es im Verlauf der Evolution des Menschen eine Entkopplung des Strebens nach Macht von einer solchen rigiden Instinktbindung gegeben zu haben, die nun in hochkomplexen hierarchischen Gesellschaftsformen gewaltige destruktive Effekte zeitigen kann. (Die jüngere Kognitionsforschung hat, insbesondere auf der Basis von Chomskys Arbeiten, wichtige Einsichten in die mentalen Prinzipien gewonnen, die zu einer solchen Entkopplung von einer Instinktbindung geführt haben; diese Prinzipien hängen eng mit unserer Befähigung zu einer unbegrenzten Kreativität zusammen. Wie Wilhelm von Humboldt es ausdrückte: Der Mensch ist das einzige Lebewesen, das mental in der Lage ist, „aus endlichen Mitteln unendlichen Gebrauch zu machen“.

13. Viele Autoren der Antike erkannten bereits, dass das Streben nach Geld und Reichtum deswegen so gefährlich sei, weil es in diesem Bereich keine offensichtlichen oder natürlichen Grenzen gibt. Platon war der erste, der eine *psychologische* Erklärung für die Unersättlichkeit nach Macht und Reichtum auf der Basis seiner Architekturkonzeption der Psyche versucht hat. Er nahm an – Freud hat daran angeschlossen und die moderne Kognitionsforschung hat dies ausdifferenziert –, dass die Psyche aus drei sehr unterschiedlichen Seelenteilen besteht, die oftmals miteinander im Konflikt liegen: dem *Logos* oder vernunfthaften Seelenteil, dem *Thymos* oder tatkräftigen Seelenteil, und dem *Epithymetikon* oder begehrenden Seelenteil. Dieser dritte Seelenteil stelle für das psychische Gleichgewicht eine permanente Gefahr dar und bedarf daher besonderer Methoden einer psychischen und zivilisatorischen Einhegung. Hier siedelt Platon auch das Begehren nach Geld und Macht an. Dieser Seelenteil sei „am größten in der Seele bei jedem einzelnen und nach Geld von Natur aus überaus unersättlich“.

Platon erkannte zudem, *warum* die Gier nach Reichtum und Besitz – im Gegensatz zu anderen Begierden – unersättlich ist. Denn diese sind gleichsam Meta-Begierden, die als *Mittel* dazu dienen können, andere Begierden zu erfüllen. Insbesondere Geld verstärkt und vergrößert also den Einfluss

der Begierden, so dass man immer mehr Geld braucht, um immer mehr Begierden zu stillen. Ein Kreislauf, der seiner Natur nach grenzenlos ist und zunehmend gesellschaftlich destruktiv werden kann. Daraus resultierte Platons vehemente Ablehnung von Geld und Reichtum.

Da Platon diese Begierden als Teil der natürlichen Beschaffenheit des Menschen ansah und somit als nicht zu beseitigen, hielt er zivilisatorische Schutzbalken in Form von Besitzregeln für notwendig.

Auch Rousseau betonte die Haltlosigkeit des Besitzstrebens als eines Strebens nach den *bloßen Mitteln* der Bedürfnisbefriedigung. Er stellte fest, dass man, wenn man schon den Menschen in seiner Beschaffenheit nicht ändern kann, man zumindest die Gesetze so ändern könne, dass der Mensch gegen seine destruktivsten Eigenschaften geschützt wird.

14. *Volksouveränität und Menschenrechte:*

Der Witz der radikalen Demokratiekonzeption der Aufklärung, die auf der Idee der Volkssouveränität beruht, besteht gerade darin, dass die Rechte von Bürgern jetzt vollständig aus dem Verfahren der demokratischen Gesetzgebung abgeleitet werden müssen. Die einzige Voraussetzung ist, dass die gleiche Freiheit soweit gewährleistet sein muss, dass gleichheitssichernde Verfahrensnormen und auf dieser Grundlage einfache Gesetze gemeinsam erzeugt werden können. Das ist die Rousseausche Idee einer Prozeduralisierung von Volkssouveränität. Es hängt also *allein* vom demokratischen Prozess der Rechtssetzung ab, welchen *Inhalt* diese Gesetze haben. Die dabei erzeugten Gesetze sind, das ist der Kern der Volkssouveränität, jederzeit änderbar, so dass Demokratie ein permanenter geschichtlicher Lernprozess ist.

Im Gegensatz zu klassischen Konzeptionen, etwa von Aristoteles und Cicero, geht es bei der radikaldemokratischen Organisation des Gemeinwesens *nicht* darum, den Menschen zu verbessern und zu erziehen (zumeist nach den Zielvorstellungen der Eliten), sondern vielmehr darum, die Gesetze demokratisch so zu schaffen und zu gestalten, dass sie dem Menschen, so wie er faktisch *ist*, also mit allen seinen Schwachstellen, Rechnung tragen – also, wie Kant es ausdrückte, auch „für ein Volk von Teufeln“ funktionieren würden.

Um die Gesetze mit der Freiheit der Menschen vereinbar zu machen, müssen die Gesetzesunterworfen selbst die Gesetze ändern können. Es kommt also bei der demokratischen Gesetzgebung *nicht* auf den Inhalt der Gesetze an, sondern darauf, dass sie in demokratischer Weise hervorgebracht wurden. Dazu müssen alle die Möglichkeit haben, sich gleichberechtigt und unabhängig vom Willen anderer an der Erstellung von Gesetzen zu beteiligen, denen sie sich dann aus freiem Willen unterwerfen.

Die demokratische Legitimation der erzeugten Gesetze liegt also gerade in der demokratischen Prozedur ihrer Erzeugung. Als lernender Souverän sichert das Volk die Legitimation der Gesetze, die es sich selber gibt (was zwangsläufig Scheitern und Rückschritte miteinschließt). Auch Grundrechte sind daher lediglich demokratisch gesetztes Recht, *ohne* eine höhere, etwas naturrechtliche, Legitimation. *Was* also Grundrecht ist und *wie* es genau zu bestimmen ist, geht also dem Prozess der demokratischen Rechtssetzung nicht voraus,

sondern wird selbst erst im Prozess der demokratischen Rechtssetzung bestimmt. Angesichts der inhaltlichen Unbestimmtheit von Freiheit und Gleichheit kann deren Konkretisierung erst im demokratischen Gesetzgebungsprozess durch die gesellschaftliche Basis bestimmt werden.

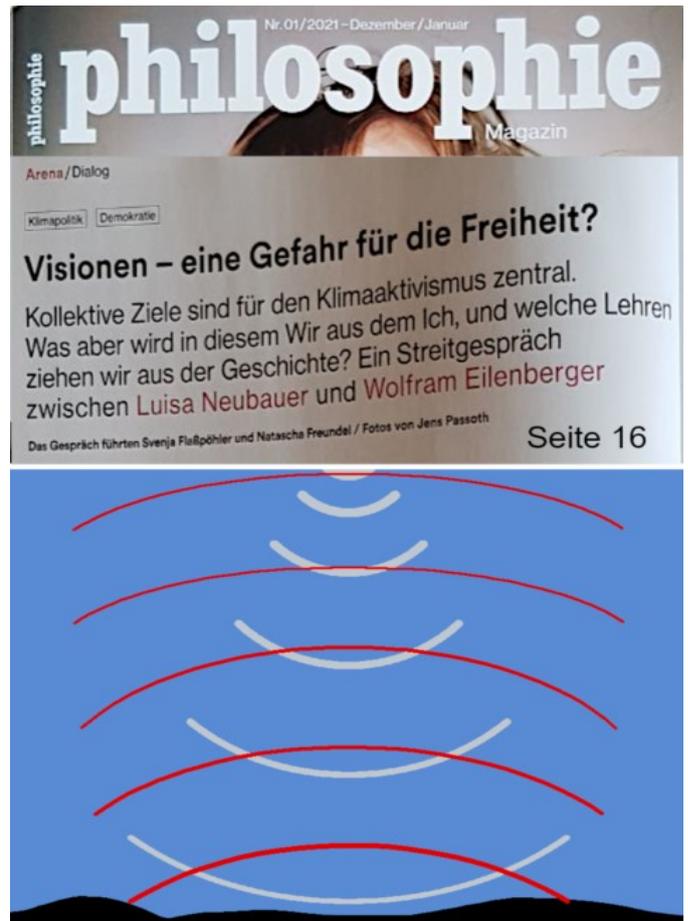
Das gilt auch für das Recht auf Eigentum, das sich – entgegen großer Bemühungen in der Ideengeschichte - *nicht* auf der Basis eines Natur- oder Menschenrechts (wie bei Locke) oder vernunftrechtlich (wie bei Kant) *demokratisch* legitimieren lässt, sondern das sich nur im Prozess einer demokratischen Rechtsschöpfung bestimmen lässt.

Für die strikte Trennung von Recht und Moral gibt es historisch wie systematisch sehr gewichtige Gründe. Historisch zeigt sich, dass der moralische Diskurs in der Regel von den jeweiligen Eliten usurpiert und expertokratisch funktionalisiert wird. Durch eine vorrechtliche Begründung von Recht würde der mit den demokratischen Rechtssetzungsverfahren streng institutionalisierte Wege einer rechtlichen Begründung umgangen und damit die demokratische Kontrolle ausgeschaltet werden. Das moralische Argument kann dann leicht als Demokratieersatz missbraucht werden. In den Worten von Ingeborg Maus: „Unantastbar werden die Freiheitsrechte erst dadurch, dass nicht die Mächtigen, sondern die Machtlosen über die Art ihres Freiheitsgebrauchs befinden.“ Moralische Prinzipien müssen also erst durch demokratische Gesetzgebung und demokratischen Austausch konkretisiert und in positive Rechtsnormen umgewandelt werden. Kurz: Was als Moral rechtlich kodifiziert wird, kann nur durch die gesellschaftliche Basis selbst bestimmt werden. (Natürlich stellen unsere natürlichen moralischen Sensitivitäten eine wichtige psychologische Ressource im demokratischen Prozess der Rechtssetzung dar.)

Diese strikte Trennung von Recht und Moral bei der Rechtssetzung und Legitimierung von Recht hat verfassungsrechtlich gewaltige Konsequenzen. Ihre Begründung ist sehr komplex und bereitet oftmals erhebliche Schwierigkeiten des Verstehens, weil sie zum einen natürlichen Alltagsintuitionen widerspricht und zum anderen mit herrschenden Ideologien im Konflikt steht. Beispielsweise sieht auch das Bundesverfassungsgericht Eigentum als ein vor- bzw. überstaatliches Recht an, womit dann das Eigentumsrecht in seinem Fundament demokratischer Rechtssetzung völlig entzogen wäre. Dies führt in recht schwierige Bereiche, so dass ich hier nur auf die Arbeiten von Ingeborg Maus verweisen kann (beispielsweise „Zur Aufklärung der Demokratietheorie“, Kap. 8 oder „Justiz als gesellschaftliches Überich“, Kap. VIII). (Ingeborg Maus entwickelt auf der Basis der von Rousseau und Kant bereitgestellten radikaldemokratischen Bausteine eine solche Konzeption der Volkssouveränität in großer Tiefe und Kohärenz, wobei sie besonders denjenigen Problemen für eine solche Demokratiekonzeption Aufmerksamkeit widmet, die aus gegenwärtigen Organisationsformen einer extrem heterogenen und global vernetzten Gesellschaft resultieren.)

Die Eigentumsfrage ist also grundsätzlich nicht von der Frage einer demokratischen Legitimation von Rechtsnormen und damit von der Demokratiefrage abtrennbar.

Rainer Mausfeld



Diktaturvisionen – eine Gefahr für die Freiheit!

Vorwort

In den bisherigen Ausgaben unserer Zeitschrift



Titelseite des Magazins

„Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht“ hatte ich angefangen, das Magazin „philosophie“ kritisch zu begleiten und möchte dies nun zu einem Thema fortsetzen, das uns eigentlich tagtäglich in irgend einer Weise, manchmal schmerzhaft-, aber doch immer spürbar, an unsere Position in der **Machtpyramide** der Eigentumsgesellschaft erinnert: Die Freiheit. Genauer gesagt, an die Abwesenheit von Freiheit. Rousseau hat sinngemäß dazu

gedacht: „Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern dass er nicht tun muss, was er nicht will.“, in „Les rêveries du promeneur solitaire“ („Gedanken eines einsamen Wanderers“) von 1776. Er ist nicht an der Oberfläche geblieben. Sein Werk „Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts“ hat sogar die Verfasser des Grundgesetzes inspiriert, wenigstens in den Ziffern 1 der Freiheitsrechte. In den folgenden Ziffern werden sie dann wieder weg genommen („eingeschränkt“). „Worauf vertrauen?“, fragt die Chefredakteurin des Magazins

im Editorial auf Seite 3 des Magazins und zieht das Fazit: „Freiheit und Vertrauen bedingen sich gegenseitig. Keine Freiheit ohne Vertrauen. Und kein Vertrauen ohne Freiheit.“ Aha! Dann kennen wir ja nun den Grund für die Wiederwegnahme der Freiheiten im Grundgesetz und den Einsatz der Staatsgewalt gegen das Volk. Misstrauen! Und zwar ein tiefes Misstrauen des Bürgertums gegen die Masse der Lohnabhängigen.

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ [Artikel 20, Ziffer 2 GG]

Wie hört sich das an, angesichts der jüngsten Ereignisse? Welches Wort passt dafür? Lüge?, Hohn?, Betrug? Zu wenig! Die deutsche Sprache hat für so freche Lügen keine Wörter. Aber eins ist klar: erst Mangel an Freiheit erzeugt den Bedarf, für einen neuen Gesellschaftsvertrag, über Prinzipien des Staatsrechts nachzudenken. Dabei stolpert jeder irgendwann automatisch über die Frage: **Verfügungsmacht: wer hat sie?** Eigentümer haben sie in der Eigentumsgesellschaft und Freiheit bedeutet in ihr natürlich Freiheit der Eigentümer (Neoliberalismus). Für sie gilt, dass sie nicht tun müssen, was sie nicht tun wollen. Nämlich arbeiten. Soweit das Eigentum dafür ausreicht, um Andere für sich arbeiten zu lassen. Je mehr Eigentum, um so mehr Freiheit. Ein Blick auf den Kontostand gibt Auskunft darüber. Freiheit lässt sich beziffern. „Visionen – eine Gefahr für die Freiheit?“ - so lautet die Überschrift. Aber ich frage anders:



„**Vision der Freiheit – eine Gefahr für die Freiheit?**“ Alles mögliche ist erlaubt in der Eigentumsgesellschaft. Nur nicht Freiheit. Sie ist sehr wohl eine Gefahr für die Freiheit, nämlich für die Freiheit der Ausbeutung. Ausbeutung beruht auf Eigentum, beruht auf Arbeitszwang, Arbeitszwang auf Bedrohung von Leben und Gesundheit, wie auch immer er durchgesetzt wird, ob mit Gewehren, Peitschen oder Entzug der Versorgung. Eigentumsrecht ist Gewaltrecht und das genaue Gegenteil von Freiheit. Wollen wir denn nicht mal aufhören, mit diesen Hütchenspielertricks und sie alle einmal umdrehen?

Das Magazin stellt als Gesprächspartnerin **Luisa Neubauer** als Klimaaktivistin und wichtigste Vertreterin der Fridays-for-Future-Bewegung in Deutschland vor und erwähnt ihr Buch „Vom Ende der Klimakrise. Eine Geschichte unserer Zukunft“, das sie gemeinsam mit Alexander Repenning verfasst hat. Der zweite Gesprächspartner ist **Wolfram Eilenberger** (Philosoph und ehemaliger Chefredakteur des

Philosophiemagazins und Moderator der Sendung „Sternstunde Philosophie“ im Schweizer Fernsehen). Ich zitiere (grau markiert) Auszüge aus dem Streitgespräch (organisiert von Philosophie Magazin/rbbKultur Radio in Koproduktion) und beziehe selbst dazu Stellung.

ENDE

Freiheit oder Individualismus?



„Herr Eilenberger, was ist das – eine Vision?“

Wolfram Eilenberger:

Für viele Jahrhunderte war eine Vision die Gewährwerdung einer göttlichen Sphäre oder Botschaft. Das würden **wir** heute kaum noch so verwenden. Wenn **wir** im politischen Sprachspiel über Visionen reden, dann sind diese weiter gefasst als ein Handlungsziel und enger gefasst als eine Utopie. Visionen sind also Veranschaulichungen wünschbarer Weltzustände – und damit zunächst der schönste Ausdruck menschlicher Freiheit überhaupt.

Ihr Buch trägt den Titel „Feuer der Freiheit“. Wodurch wird denn dieses Feuer entfacht, wenn nicht durch Visionen?

Eilenberger: Der Titel spielt an auf den Mythos des Prometheus, der das Feuer von den Göttern stiehlt. Das Feuer wird zu den Menschen gebracht und damit zum Ursprung der Kultur – und ist gleichzeitig Ausdruck menschlicher Autonomie. Freiheit verstehen **wir** heute, und darum geht es in meinem Buch, insbesondere als individuelle Handlungsfreiheit, die gegen kollektive Zumutungen verteidigt werden will.“

[Seite 16, Hervorhebung von mir]

Die Verwendung des Wörtchens „**wir**“ ist eine Vereinnahmung, wenn nicht erläutert wird, wer damit gemeint ist. Die Meinung, dass der Begriff „Freiheit“, sich in individueller Handlungsfreiheit erschöpft, ist eine sehr verkürzte Auffassung. Ein Mensch muss erst essen, trinken, sich kleiden und wohnen, bevor er Politik und Philosophie betreiben kann und daher, bevor er frei sein kann. Das „Feuer der Freiheit“, so der Titel des Buches von W. Eilenberger (sehr empfehlenswert), entbrannte bei Hannah Arendt, die er darin als eine der 4 Philosophinnen zu Wort kommen lässt, unter dem Eindruck „totalitärer Herrschaft“ der Diktatur des Naziregimes. Für sie bedeutet Freiheit neben Freiheit von Herrschaft und vom Zwang der Daseinsvorsorge, **öffentliche** Freiheit. Frei ist, wer zu diesem öffentlichen Raum (der Polis) zugelassen wird, und unfrei, wer davon ausgeschlossen wird. Freiheit bedeutet, den öffentlichen Raum (mit) zu gestalten und an allen Entscheidungen, die eigene Lebenssituation betreffend, gleichberechtigt teilhaben zu können. Freiheit ist politische Freiheit. Denn Freiheit ist die Möglichkeit, **ohne Not** das Entscheidende mit zu entscheiden. Individuelle Freiheit gibt es nur für sich allein. Das bedeutet, allein zu leben, von den Früchten der Natur zu leben und von der eigenen Hände Arbeit. Wer nicht glauben mag, dass dies von allen „Visionen“ das unffreiste Leben ist, kann es gern einmal selbst ausprobieren. Was Menschen erst befreit, ist

Arbeitsteilung. Ein Kollektiv bezeichnet eine gemeinsam tätige Gruppe zur Erledigung einer bestimmten Arbeit oder Aufgabe. Der Begriff wurde zwar ideologisiert, aber Philosophen können doch rational bleiben, oder? Das Verständnis für das Problem von W. Eilenberger erleuchtet erst ein anderer Begriff, nämlich: **Macht**. „Macht...“ so Hannah Arendt, „...entspringt der menschlichen Fähigkeit, sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln.“ Aber: dieses Einvernehmen ist in der Eigentums-gesellschaft käuflich. Wahlen in den USA lassen uns das fast schon haptisch erleben. In Deutschland wird Korruption (Lobbyismus) nicht so öffentlich vorgeführt. Nun gibt es, je nach dem welche Klasse die Macht erringt, 3 verschiedene Arten von Herrschaft, nämlich durch:

- a** ein Individuum in einer Diktatur (die Herrschaftsform des rechten oder linken Kleinbürgertums), oder
- b** eine Gruppe von Individuen, die sogenannten Repräsentanten („repräsentative „Demokratie“), die vom Großbürgertum gekauft werden (die Herrschaftsform des Großbürgertums), oder
- c** alle arbeitenden Mitglieder gleichberechtigt in einer Gesellschaft der Gleichen (der politisch Gleichen), also Volksherrschaft oder griechisch: Demokratie – in einer klassenlosen Gesellschaft.

Hitler und Stalin standen an der Spitze einer Machtpyramide der Kategorie **a** und waren Parteiführer. Aber auch alle Parteien der Kategorie **b** bilden diese pyramidale Machtstruktur mit einer zentralen Führungsperson, dem Vorsitzenden, und gehen mit der Diktatur schwanger, die dann geboren wird, wenn die Zeit dafür reif ist. **Zentralismus** ist ein organisatorisches Prinzip, und zwar das Führerprinzip, das aus dem Eigentumsrecht resultiert, weil Herrschaft über Lohnsklaven (früher Sklaven) eine militärische Organisationsstruktur erfordert, nämlich den Staat der Eigentümer, um diese Herrschaft mit Gewalt, zu halten. In dem Zusammenhang ist die Einleitung des Magazins interessant, Zitat:

„Die Vision einer nachhaltigen Welt ist ein unverzichtbarer Antriebsmotor für den Kampf gegen die Klimakrise: Das meint Aktivistin und **Führungsfigur** der Fridays-for-Future-Bewegung Luise Neubauer. Der Philosoph Wolfram Eilenberger ist skeptisch: In seinem Buch „Feuer der Freiheit“ beschäftigt er sich mit den „Wir-Kollektiven“ der dunklen 1930er-Jahre. Es gelte, so Eilenberger, Lehren aus dieser Zeit zu ziehen und die individuelle Freiheit gegen visionäre Vereinnahmungen zu verteidigen. Die Aktivistin widerspricht: Gerade die Vision sei es, die Freiheit ermöglicht.“ [Seite 16, Hervorhebung von mir]

W. Eilenberger hat seine vereinnahmende Ausdrucksweise mit dem Wörtchen „wir“, also seine eigene „individuelle Zumutung“ nicht bemerkt und die Redakteurin der Einleitung erliegt dem Reflex, Luise Neubauer als Führungsfigur zu vereinnahmen. Das sind nur die üblichen Reflexe des Bildungsbürgertums, aus dem Mangel heraus, nicht über die Schranken der Eigentums-gesellschaft hinaus denken zu können. Ist das Philosophie? W. Eilenberger hat vielleicht nicht gelesen was Hannah Arendt 1963 schrieb, in „Über die Revolution“. Er hat zwar junge Frauen in seinem Buch sprechen lassen, nämlich Simone de Beauvoir, Simone Weil, Ayn Rand und Hannah Arendt, in der Zeit von 1933-1943.

Aber: Philosophinnen wurden sie erst später. Kein Mensch wird als Philosoph geboren und bleibt in seiner Entwicklung stehen.

Die Überhöhung des Individualismus ist ein Privileg der kleinbürgerlichen Jugend. Aber: wer da stehen bleibt, kommt nicht zur Freiheit.

Wenn ich den Satz von W. Eilenberger etwas umbauere, wird es richtig:

„Freiheit ist kollektive Freiheit, die gegen individuelle Zumutungen verteidigt werden will.“

Die Krise aller Krisen ist eine politische Krise



„Frau Neubauer, in Ihrem Buch „Vom Ende der Klimakrise“ heißt es:

„Die Welt von morgen, die Welt, die wir uns erträumen, sollte ein Sehnsuchtsort sein.“ Was genau meinen Sie damit?

Luise Neubauer:

Die Klimakrise ist eine gesellschaftliche Herausforderung, die wir in dieser Komplexität nicht kennen.

Und ganz zentral dabei ist eine zeit-räumliche Verschiebung. Was wir heute tun, hat Auswirkungen in Jahrzehnten, Jahrhunderten, aber auch an ganz anderen Orten der Welt. Die große Frage ist, wie wir diese zeit-räumliche Verschiebung überwinden. Wie organisieren wir unser Handeln im Hier und Jetzt, sodass es morgen und überall auf der Welt gemeinschaftlich zu etwas großem Ganzen werden kann. Hier kommt die Vision ins Spiel. Sie soll uns ermutigen, die Überwindung der Klimakrise anzustreben. Und im Zuge der komplexen Prozesse das Ziel nicht aus dem Blick zu verlieren.

Eilenberger:

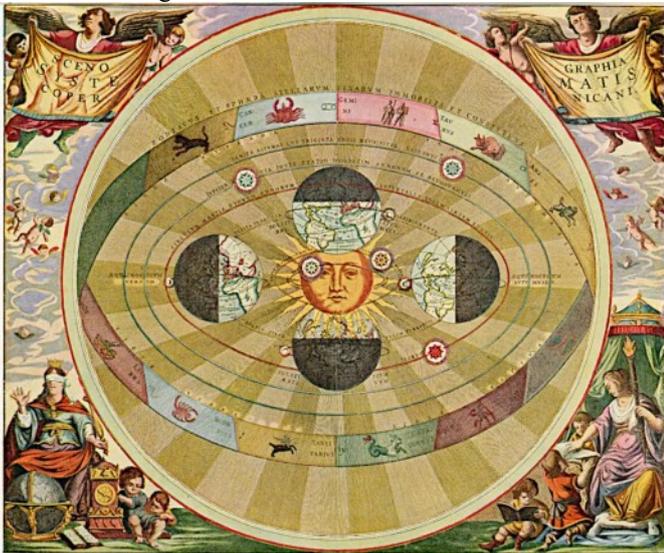
Wobei es interessant ist, dass Ihre Protestbewegung ja eigentlich extrem visionslos in dem Sinne ist, als sie nur einfordert, was Regierungen bereits beschlossen haben. Das ist ein sehr defensiv formuliertes Ziel. Ich kann mich nur an eine größere Bewegung erinnern, die einforderte, was bereits beschlossen war, nämlich die amerikanische Bürgerrechtsbewegung, die auf die Verfassung pochte. Und da öffnet sich ein ungelöstes Problem für die Fridays-for-Future-Bewegung, weil sie zum einen von diesem Einklagen vitalisiert wird, zweitens aber von Visionen spricht und drittens auch vor Begriffen wie „Revolution“ nicht haltmacht.

Neubauer:

Stimmt. Wir sind genau besehen eine bescheidene Bewegung und alles andere als radikal. Wir pochen auf Faktizität und haben die Macht der wissenschaftlichen Erkenntnis, die Macht der Aufklärung auf unserer Seite.

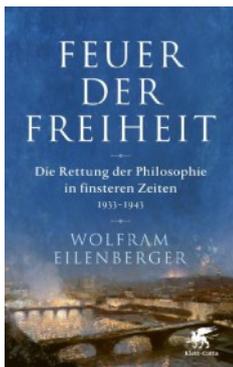
[Seite 16/17/18]

In der Sprache der Handwerker sagt W. Eilenberger: „Ihr eiert rum, passt euch an, tut aber revolutionär.“ Die Propagandisten der gegenwärtigen Machthaber setzen das Wort „Revolution“ mit Gewalt gleich, um einer Revolution den Anschein von etwas Schrecklichem zu verleihen. Seine Antwort wirkt auch dem gemäß erschrocken, weil Aktivisten in der Bewegung „auch vor Begriffen wie „Revolution“ nicht halt machen.“ Auweia. Das klingt ein wenig wie ein erschreckter petit bourgeois aus dem Bildungsbürgertum. Revolution ist ein Begriff mit einer interessanten Geschichte. Dieses Wort erhielt im Kern seiner Bedeutung eine Umkehrung, von rückwärts gewandt, nach vorwärts gewandt, als 1543 in Nürnberg ein Buch erschien, mit dem Namen „De revolutionibus orbium coelestium“ (lateinisch: „Über die Revolutionen der Kugeln am Himmel“), von Nikolaus Kopernikus, gemäß dem sich die Planeten (auch die Erde) um die Sonne bewegen und die Erde sich um ihre eigene Achse dreht.



Das heliozentrische Weltbild von Kopernikus, Kupferstich 1660

Es war das Schlüsselwerk der kopernikanischen Wende und kein normal denkender Mensch glaubt heute noch, dass sich die Sonne um die Erde dreht. Dieser Glaube war aber damals völlig normal. Die Kopernikanische Wende löste eine Revolution der Naturwissenschaften aus. Das war vor 477 Jahren und hat Auswirkungen bis heute. Auch Idee der Demokratie (Volksherrschaft) wurde in der Großen Französischen Revolution geboren und hat Auswirkungen bis heute. Seit dem wird unter „Revolution“ eine gesellschaftliche Umwälzung begriffen, in deren Ergebnis etwas völlig Neues entsteht. Und zwar, im Feuer der Freiheit. Das ist der Titel des Buches von W. Eilenberger.



Aber das Feuer der Freiheit, das die Nazi-Diktatur ausgelöst hat, hat **nicht** zu einer Revolution geführt. Die politischen Mechanismen, die zu dieser Diktatur geführt haben, wirken weiter. Das Eigentumsrecht blieb bestehen. Wir erleben heute wieder eine Phase der Machtübernahme der Exekutiven und Entmachtung der Legislativen. Das ist zwar immer noch keine totale Diktatur. Aber wir sind auf dem Weg dahin.



L. Neubauer schreibt mit Alexander Repenning zusammen in ihrem Buch auf Seite 12, Zitat:

„Die Krise aller Krisen aber – und damit der Schlüssel zu vielen anderen – ist die Klimakrise: Wie kann es sein, dass wir wissenschaftliche Gewissheit darüber haben, dass wir seit Jahrzehnten auf die größte Katastrophe der Menschheitsgeschichte zusteuern, aber statt einzulenken das Tempo sogar noch erhöhen?“

Wer erhöht das Tempo? Wir? Wie ist das jetzt mit dem Pochen auf Faktizität und wissenschaftlicher Erkenntnis? Wer hat die Verfügungsmacht über Fabriken, Kraftwerke und Bergwerke? „Wir“, ist einfach falsch und eine fundamentale Ignoranz des Schlüssels für die Lösung aller Krisen. Wir haben noch eine militärische Krise mit der Gefahr eines Atomkrieges und die ökonomische Krise mit Inaussichtstellung von mehr als einer Milliarde hungernden Menschen. Die künstliche Corona-Krise hat laut den Vereinten Nationen mehr als 250 Millionen Menschen an den Rand des Hungertodes gebracht (siehe [hier](#)). Unicef schreibt: „Alle 10 Sekunden stirbt ein Kind an Hunger“ (siehe [hier](#)). Was soll denn nun schlimmer sein als der schnelle Massentod? Der langsame Massentod durch das Klima? Wissenschaft ist nicht verträglich mit der Leugnung von kausalen Zusammenhängen. Und der Zusammenhang ist der, dass alle drei Exponentialfunktionen einen einzigen Ausgangspunkt haben: Das Eigentumsrecht. Unzählige industrielle Dreckschleudern überschütten den ganzen Planeten mit Müllbergen, auf Grund geplanter Obsoleszenz und einer Verpackungsindustrie, die von niemand anders verursacht wird, als von einzelnen Privateigentümern. Die Verbrennung fossiler Rohstoffe bringt den höchsten Profit, für einzelne Privateigentümer. Die Regierungen fast aller Nationen sind Regierungen reicher Privateigentümer, weil sie sich ihre Regierungen kaufen können, in einer „Repräsentativen „Demokratie“, die nichts mit einer Volksherrschaft zu tun hat. Der Weltmarkt wird beherrscht, von Privateigentümern. Eigentumsrecht ist **Verfügungsmacht Einzelner**. Es gilt global und ist in allen Verfassungen verankert. Wir haben also ein Rechtssystem zu verändern, auf dem ganzen Planeten, wenn wir (auch) die Klimakrise lösen wollen. Die Frage ist doch: Worum dreht sich alles? Die Krise aller Krisen ist also eine **politische Krise**.

Der Schlüssel zur Lösung aller Krisen ist die globale Wende, Verfügungsmacht Einzelner (Eigentumsrecht) in Nutzungsmacht Aller (Besitzrecht), zu wenden. Einen Namen dafür gibt es schon: Volksherrschaft (griechisch: Demokratie).

Eilenberger:

Der zum Stalinismus mutierte Sozialismus gab sich ebenfalls als streng „wissenschaftlich“ fundiert. Selbst der wahnhaftige Rassismus der Nazis gab sich evolutionstheoretisch legitimiert. Im reinen Pochen auf „die Wissenschaft“ wird der gewiss fundamentale Unterschied zwischen Fridays for Future und älteren

Massenbewegungen also nicht liegen können. Ein großes Moment in der Aktivierung politischer Energie ist der Faktor Zeit. Und revolutionäre Bewegungen argumentieren immer damit: „Wir haben nur noch ganz wenig Zeit.“ Die Enge der Zeit ist ein politisches Mobilisierungsmittel. Das sehen wir natürlich heute auch an dieser Fünf-vor-Zwölf-Rhetorik..

Neubauer:

„(...) Wir leben in einem Zeitaspekt, der erstmals nicht politisch-ideologisch ist, sondern physikalisch. Es ist eine molekulare Beschleunigung, keine politische. Wer heute von der Ökodiktatur redet, will sich aus der Verantwortung ziehen. Wer argumentiert, wir könnten nicht genug Klimaschutz umsetzen, weil die Demokratie das nicht leisten könne, beendet eine Diskussion, bevor sie angefangen hat...“ [Seite 18/19]

W. Eilenberger warnt noch einmal eindringlich vor der „Gefahr“ einer Revolution und verweist auf „ältere Massenbewegungen“. L. Neubauer versichert dann auch ganz devot: „Ne ne, keine Sorge, wir wollen keine Revolution, sondern alle verantwortlich machen.“ Einen derartigen Kniefall vor dem herrschenden System, das W. Eilenberger hier verteidigt, war nicht nötig, zumal die Behauptung, dass der gegenwärtige „Zeitaspekt“ unpolitisch sei, weil er physikalisch sei, völlig absurd ist. Auch eine Hungersnot hat einen physikalischen Aspekt, nämlich Energiemangel. Der **gesellschaftliche Aspekt** ist aber, dass es darauf ankommt, die Welt zu verändern, und nicht physikalisch zu interpretieren. Darüber stolpert sogar W. Eilenberger, trotz seiner Angst vor einer Revolution. L. Neubauer wählt aus der gleichen Angst heraus lieber die Masse der (in der absoluten Mehrheit lohnabhängigen) Bevölkerung als Ziel ihrer Veränderung. Das ist aber eine sehr unkluge Wahl. Ein Blick auf das Proletariat der abhängigen Länder, auf deren Ausbeutung der Konsum in den Schuldnerländern lastet, offenbart, dass es dort gefährlich werden könnte, grüne Reden von „Verantwortung“ zu halten. Die Lohnsklaven dort verstehen derartige Späße überhaupt nicht. Die lohnabhängige Bevölkerung in den Schuldnerländern, die selbst verschuldet ist und für die der Lohn vorn und hinten nicht reicht, ist von Appellen genervt, dass sie ihren „Konsum“ einschränken sollen. Denn sie leben im Mangel, und nicht im Überfluss. Und wenn sie sich doch mal etwas zusammensparen können (was selten ist), sich das von Gesetzen der „Grünen“ Kleinbürger wegnehmen zu lassen – dürfte wohl eine Rebellion heraufbeschwören. Aber nicht gegen die Klimakrise, sondern gegen eine Partei, deren einzige „Lösung“ es ist, alles immer teurer zu machen. Der Vorwurf der Ökodiktatur ist also begründet. Und zwar ist er politisch begründet durch die soziale Basis der „Grünen“, im Kleinbürgertum. Und er ist strukturell begründet durch die zentralistische Verfasstheit von Parteien überhaupt in Form kleiner Machtpyramiden, die, wenn sie gewählt werden, exponentiell anwachsen. Ich möchte Luise Neubauer empfehlen, neben den 3 erwähnten Exponentialfunktionen der allgemeinen Systemkrise der Eigentumsgesellschaft - der militärischen, ökonomischen und ökologischen - auch die vierte und außerdem wichtigste Exponentialkurve, die politische, nicht zu vergessen.

Freiheit oder Diktatur?

W. Eilenberger führt zwei Beispiele an, mit den Worten:

„Der zum Stalinismus mutierte Sozialismus gab sich ebenfalls als streng „wissenschaftlich“ fundiert. Selbst der wahnhaftige Rassismus der Nazis gab sich evolutionstheoretisch legitimiert.“ [Seite 19]

Der zum Stalinismus mutierte Sozialismus ist eine zur Diktatur der Parteiführer **mit dem Etikett** „Diktatur des Proletariats“, weil das Vertreterprinzip + soziale Abhängigkeit (Berufsrevolutionäre) + soziale Privilegien, also das gleiche Prinzip der Eigentumsgesellschaft, einfach übernommen wurde, um damit Sozialismus zu versuchen? Das hatte überhaupt nichts mit dem Proletariat zu tun. Die Lohnsklaverei wurde im Stalinismus/Sozialismus beibehalten und sogar zurück geführt zur reinen Sklaverei in monumentalem Ausmaß, in den Gulags. Der Name „Sozialismus“ ist so beschmutzt, dass das wirkliche Proletariat niemals wieder auf so einen Etikettenschwindel hereinfallen wird.

Nein, das war nicht wissenschaftlich und muss zwangsläufig irgendwann scheitern und zum Privateigentum zurückführen. Karl Marx proklamierte das Ziel von der „Aufhebung des Privateigentums“. Aber er proklamierte nicht das Ziel von der Aufhebung des Eigentums. Die Enteignung des Großbürgertums zugunsten einer bürokratischen Staats-Kaste erfordert einen übergroßen Kontroll-Apparat von Beamten und die Übernahme der alten bürgerlichen Parteienhierarchie durch Stalin und seine Nachfolger, vollendete die Diktatur der Parteiführer a la praxa mit dem bekannten Ergebnis. Karl Marx machte sich lustig über den Ausruf von Pierre-Joseph Proudhon: „Eigentum ist Diebstahl!“ Aber das hätte er lieber nicht tun sollen. Er entdeckte den dialektischen Materialismus, das war sein Verdienst. Aber er blieb beim Eigentum. Die fehlerhafte Theorie vom Eigentum stellte die Weichen für die Ereignisse des 20. Jahrhunderts. Vor kurzem lief gerade der Historienfilm „Der junge Karl Marx“, des Regisseurs Raoul Peck aus dem Jahr 2017. Raoul Peck sein Verdienst ist es, zu zeigen, dass Karl Marx nur ein Mensch war. Aber seine Apologeten machten ihn zu einem unfehlbaren Heiligen. Marx anzulasten, er war daran Schuld, dass seine Apologeten politisch falsch abgelenkt sind, wäre nicht korrekt. Das Problem ist immer die Übernahme der Undemokratie vom Bürgertum in die eigenen politischen Organisationen gewesen und ist es noch. Dadurch werden Korrekturen theoretischer Fehler unmöglich, wodurch jegliche Wissenschaftlichkeit schließlich ersticken musste und immer noch ersticken muss. Denn Wissenschaft lebt vom freien Diskurs.



FDJ-Versammlung am Abend des 9. Oktober 1971, dem Tag der Einweihung des Karl-Marx-Denkmal

Die „Diktatur des Proletariats“ ist in Wahrheit eine Diktatur des Kleinbürgertums. Eine Diktatur kann niemals ein linkes Projekt sein. Deshalb wäre es sogar falsch, von einer Diktatur des linken Kleinbürgertums zu sprechen. Aber diese Herrschaftsform ist zumindest noch links von der Herrschaftsform des rechten Kleinbürgertums, dem Faschismus, zu verorten. Der Unterschied liegt in den Eigentumsformen begründet. Stalinismus beruht auf Staatseigentum, Faschismus auf Privateigentum.

Neben den beiden verschiedenen Diktaturen des Kleinbürgertums (die linke und die rechte), wollen wir doch nicht die dritte Form einer Diktatur vergessen: die Diktatur der Oligarchen des Großbürgertums, die wir unter dem Namen „Repräsentative „Demokratie“ kennen und die W. Eilenberger selbst verteidigt. Wir können heute also 3 Arten von Diktaturen unterscheiden.



Falls ich noch eine Form der Machtausübung in Eigentums-gesellschaften vergessen habe, oder etwas falsch oder unwissenschaftlich dargestellt habe, bitte ich ausdrücklich um einen Hinweis, damit ich das „Reihenhaus“ ergänzen kann. Eine wissenschaftliche Methode für den Beweis von Kausalitäten ist die jederzeitige Überprüfbarkeit, bzw. die Tatsache, dass unter gleichen Ausgangsbedingungen immer das gleiche Ergebnis heraus kommt. Ergebnis der 3 genannten Formen der Machtausübung sind Krieg. Sind der 1. und 2. Weltkrieg, Ströme von Blut in unzähligen Gewaltexzessen zur Machterhaltung, unzählige Rebellionen, Militärinterventionen und Raubzüge. Wie oft sollen denn diese „Experimente“ fortgeführt werden, um die Kausalität anzuerkennen, die vom Eigentumsrecht ausgeht?

Marx und Engels sprachen von Enteignung, aber nicht von Abschaffung des Eigentumsrechts. Sie sprachen von einer klassenlosen Gesellschaft (Kommunismus). Aber nicht von Besitzrecht anstatt Eigentumsrecht, welches überhaupt erst die ökonomische Basis einer klassenlosen Gesellschaft bilden kann. Sie haben die Worte von Pierre-Joseph Proudhon

„Eigentum ist Diebstahl!“ einfach verworfen und sprachen lieber von einer „ursprünglichen Akkumulation des Kapitals“. Kapital ist Eigentum und was das Ursprüngliche anbelangt, hat Rousseau folgendes gesagt:

„Der erste, der ein Stück Land mit einem Zaun umgab und auf den Gedanken kam zu sagen »Dies gehört mir« und der Leute fand, die einfältig genug waren, ihm zu glauben, war der eigentliche Begründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viele Verbrechen, Kriege, Morde, wie viel Elend und Schrecken wäre dem Menschengeschlecht erspart geblieben, wenn jemand die Pfähle ausgerissen und seinen Mitmenschen zugerufen hätte: »Hütet euch, dem Betrüger Glauben zu schenken; ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass zwar die Früchte allen, aber die Erde niemandem gehört.« [Jean-Jacques Rousseau: Akademieschrift. 2. Teil: Discours]



Machtpyramide von Parteien

Eine Orientierung auf die politische Krise würde Luise N. aus ihrer ideologischen Sackgasse herausführen. Sie ist noch jung, genau wie die jungen Frauen, die W. Eilenberger in seinem Buch sprechen lässt, die die Wirkungen der Machtpyramide der NSDAP erlebten und einen nachhaltigen Lerneffekt hatten. Die Frage ist doch, ob die Wiederholung einer derartigen Erfahrung nötig ist, oder ob Intelligenz ausreicht, um den Schlüssel der Lösung der Klimakrise sehen zu können.. In der FfF-Bewegung gibt es unter den Jugendlichen einen politischen Gärprozess aus einem angeboren Instinkt heraus, sich der Bildung von Hierarchien zu widersetzen. Jugendliche machen die Erfahrung, dass es sich richtig anfühlt, diesem Instinkt zu folgen. Darin möchte ich sie bestärken. Die Wissenschaft ist tatsächlich auf der Seite der Forderungen der FfF-Bewegung. Massenbewegungen haben es so an sich, immer „Fünf-vor-Zwölf“ zu entstehen, weil eben die Ursachen ihrer Entstehung „Fünf-vor-Zwölf“ erst eine Zuspitzung erfahren, die sie entstehen lassen. Aber was das Revolutionäre einer Bewegung ausmacht, darüber lassen weder W. Eilenberger noch L. Neubauer eine Ahnung erkennen, worin das wohl bestehen könnte. Die Jugendlichen, die die FfF-Bewegung ausmachen, haben eine instinktive Abneigung gegen Hierarchien (Rangordnungen). Deshalb ist ihre Eingliederung in zentralistische Konzepte viel schwieriger, als die „Grünen“ sich das vielleicht gedacht haben, in ihrem Kalkül, daraus eine Wahlhilfeorganisation zu machen. Ihr Instinkt ist intelligenter als die

Intelligenz des Bildungsbürgertums, weil es dem Instinkt folgt, die eigenen Privilegien zu verteidigen.

Die Krisen der Eigentums-gesellschaft sind das Ergebnis politischer Entscheidungen



Magazin:
„Interessant sind in dieser Hinsicht Parallelen zwischen der Klimakrise und der Coronakrise: Beide berufen sich auf die Wissenschaft. Beide haben das Überleben als Ziel. Beide argumentieren mit der Enge der Zeit. Und zeigt sich die Bevölkerung in der Coronakrise nicht extrem kooperativ, trotz der harten Einschnitte?“

Eilenberger:

„Die Coronakrise hat vieles gezeigt, was extrem positiv war. Zum Beispiel, dass es sehr viel mehr handelnde Vernunft in der Bevölkerung gab und sich über Monate erhielt, als ich erwartet hätte. Die Krise hat aber auch gezeigt, und das ist die dunkle Zweigesichtigkeit der Situation, wie hart von staatlicher Seite angegriffen werden muss, wenn das reine Überleben zum Handlungsziel gemacht wird. Das ist dann eine Notstands- oder Ausnahmesituation, und das führt uns direkt wieder in die Klimakrise, wo gefordert wird, man müsse den Klimanotstand ausrufen. Wenn die Klimawissenschaft aber recht hat, dann haben wir diesen politischen Notstand mindestens für die kommenden 150 Jahre, weil die Prozesse bereits jetzt noch so lange wirken und verheeren werden. Mindestens.“

Neubauer:

„Die Freiheiten wurden in der Coronakrise eingeschränkt, weil nicht ausreichend präventiv gehandelt wurde. Das ist für mich die entscheidende Parallele, die man ziehen muss zur Klimakrise: Was passiert denn eigentlich, wenn *nicht* gehandelt wird? Das ist, siehe Corona, der Moment, wo dann kurzfristig und wenig transparent sehr, sehr strenge, gar autoritär anmutende Maßnahmen umgesetzt werden. Anders gesagt: Die große Bedrohung für die Freiheit geht in der Klimakrise ganz klar vom Nichthandeln aus. Die Frage lautet also: Wie können wir so viele Freiheiten wie möglich für die Menschen heute und morgen gewährleisten – und zwar durch eine Politik, die wir heute umsetzen?“

[Seite /19]

Was sich hier offensichtlich alle drei Gesprächspartner selbst verbieten, ist das eigene freie Denken, bevor sie an die Freiheit Anderer denken. **Der Begriff „Krise“ kommt aus dem lateinischen „crisis“, und bedeutet Entscheidung.**

Wer trifft die Entscheidungen in Eigentums-gesellschaften? Die Bevölkerung? Natürlich nicht!

Zur „Coronakrise“:

Wenn wir die Behauptung zu Grunde legen, dass das Coronavirus aus Zoonosen durch den exzessiven Wildtierhandel entstanden ist: Wo liegt denn die Ursache für diese Ausgeburt des Elends, dass Menschen wilde Tiere jagen

und verkaufen müssen, um ihre Familien ernähren zu können, in einem „sozialistischen“ Land wie China? Ist das nicht vielleicht die Pflege der sozialen Ungleichheit durch Kultivierung des Eigentumsrechts? Wenn wir die Behauptung zu Grunde legen, dass das Coronavirus in einem Biolabor gezüchtet wurde, wo liegt dann die Ursache des Verbrechens? Ist das nicht die Kultivierung verbrecherischer Einzelinteressen für Extraprofite reicher Eigentümer?

Zur „Klimakrise“:

Wer hat die Verfügungsgewalt über die wesentlichsten Produktionsmittel auf diesem Planeten? Die Bevölkerung? Oder ist es nicht vielmehr eine Gruppe superreicher Oligarchen, die die wesentlichsten Entscheidungen treffen und dafür ihre Politiker in die Parlamente schicken um ihr Eigentum zu vergrößern?

Vielleicht steht L. Neubauer einfach zu dicht an ihrem kleinbürgerlichen Weltbild und dann kann sie die Zusammenhänge natürlich nicht erkennen. Dafür müsste sie mal einen Schritt zurück gehen und das Gesamtbild betrachten. Sie wünscht sich, dass mehr gehandelt wird. **Wer soll handeln? Die Politiker? Mit diktatorischen Vollmachten, endlich mal hart durchgreifen? Wünscht sich L. Neubauer einen starken Mann oder eine starke Frau? Oder wünscht sie sich, dass die Bevölkerung endlich handeln soll? Aber welche andere Möglichkeiten zu handeln haben denn Lohnabhängige, die fast ihre ganze Lebenszeit dafür aufwenden müssen, um zu überleben und ihre Familien ernähren zu können? Vielleicht kann Frau Neubauer das einmal beantworten, wenn „die große Bedrohung für die Freiheit“, nach ihren Worten, „ganz klar vom Nichthandeln aus geht“? Das klingt ja wie eine Aufforderung zur Revolution. Und dann fragt sie, Zitat:**

„Wie können wir so viele Freiheiten wie möglich für die Menschen heute und morgen gewährleisten – und zwar durch eine Politik, die wir heute umsetzen?“

Eine sehr gute Frage. An der Antwort hat zum Beispiel der Autor Jürgen Michael Hackbarth schon fleißig gearbeitet und schrieb in der Ausgabe 02 der Zeitschrift „Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht“ folgendes, Zitat:



„Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht Nr. 02/2020

„Die repräsentative Demokratie wird von immer mehr Menschen nicht mehr als letztes zu erreichendes Ziel verstanden, sondern als ein Zwischenschritt auf dem Weg zu echter Selbstbestimmung und Selbstorganisation.

Dies bedeutet jedoch nicht, die im Rahmen dieses Systems über 200 Jahre erkämpften

Rechte, so löchrig und unvollständig sie auch sein mögen, preis zu geben.

Die bisher errungenen politischen Freiheiten, gilt es gegen den Staatsstreich der Konzerne und allen autoritären Angriffen zu verteidigen und gleichzeitig neue Strukturen an der Basis aufzubauen, um die Limitierung durch Repräsentation nach und nach überwinden zu können.

Diese Doppelstrategie ist wichtig, weil die Basis-Demokratisierung gerade einsetzt und noch einige Zeit für ihre Entfaltung benötigt.

Es gab und gibt zahlreiche radikaldemokratische Denker und

Publizisten, aber viele Fragen können letztendlich nur in der Praxis erprobt und entschieden werden.

Aus den Schriften vieler Autoren zum Thema Demokratie, haben wir ein demokratisches Modul destilliert, dass für alle demokratischen Strukturen praktikabel und von uns als empfehlenswert eingestuft wird.

1. Die Macht der Gesetzgebung Legislative und die Entscheidung über strategisch wichtige Personalien, liegt immer beim jeweils zuständigen Staatsvolk.

2. Die Macht des jeweils zuständigen Staatsvolkes kontrolliert alle Gewalten durch direkte imperativ/gebundene Mandate und in letzter Instanz durch militärische Selbstorganisation (gesichert durch Einheiten einer wirklichen Volksarmee).

3. Die vom jeweiligen Staatsvolk gewählten Judikativen überwachen die von diesem Staatsvolk legitimierten Gesetze, unabhängig von anderen Gewalten!

4. Die Exekutiven aller Ebenen, setzen die Beschlüsse der zuständigen Staatsbürger um!

5. Die Mediative präsentiert dem zuständigen Staatsvolk alle relevanten Vorgänge in der Judikative, der Exekutive und steht dem jeweiligen Staatsvolk zur freien Debatte und Information zur Verfügung.

...“

Wie gefällt Luise Neubauer diese Antwort?

Zukunftsziel ist politische Freiheit!



Magazin:

„Herr Eilenberger. Sie beleuchten die dunkle Seite kollektiver Visionen. Aber zeigt uns die Geschichte nicht auch eine helle Seite? Sind Visionen nicht der Motor des Fortschritts?“

Eilenberger:

„Zunächst mal ist festzustellen, dass wir seit 30 Jahren, seit dem Fall der

Mauer, gerade in Europa an einem Zukunftsdefizit leiden. Die Imagination, wie eine bessere Welt aussehen könnte, ist in gewisser Weise blockiert. Die gute Nachricht ist, dass das hauptsächlich daran liegt, dass viele der Zukunftsziele, die vor 100 Jahren politisch formuliert wurden, eingetroffen sind. In den 1930ern hat sich die französische Philosophin Simone Weil zum Beispiel für den Acht-Stunden-Tag eingesetzt, für bezahlten Urlaub, für Gesundheitsversorgung, für Dinge, die damals utopisch waren für die Breite der arbeitenden Bevölkerung. Inzwischen sind sie Wirklichkeit geworden. Oder nehmen Sie das, was Immanuel Kant sich vor 250 Jahren als eine Utopie für Europa vorstellte: föderaler Staat, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, das ist alles eingetroffen, das ist unsere politische Alltagsrealität.

Magazin:

Also alles gut, wie es ist?

Eilenberger:

Lassen Sie es mich so sagen: Wir stehen auf der Spitze einer

Visions-Pyramide. Das Leben, das wir gerade jetzt leben, hier, an diesem Ort – nicht in Bombay, nicht in Bogota, sondern hier –, das ist das Leben, von dem Philosophinnen und Philosophen 250 Jahre lang mit Beginn der Aufklärung geträumt haben. Die Einfallslosigkeit, was die Zukunft angeht, hat auch was mit dem Erfolg der Geschichte zu tun.“

Neubauer:

Ich würde das, was Sie als „Spitze der Visions-Pyramide“ bezeichnen, eher moralische Verwahrlosung nennen. Schauen Sie doch auf die unvorstellbaren Missstände, die wir rund um uns herum produziert haben. Schauen Sie auf den Preis, den andere für ein Leben zahlen, das in sehr, sehr wenigen Orten der Welt geführt werden kann. Ja, der Kapitalismus hat gegen den Sozialismus gewonnen. Aber jetzt brauchen wir eine lebbare Alternative für ein Modell, das sich seinerseits überlebt hat, weil es dem Wohl von wenigen dient.“

[Seite 19/20]

Genau!

Die richtige Antwort auf die selektive Wahrnehmung des Herrn Eilenberger, der glaubt, das sein eigener materieller Wohlstand gleichzusetzen wäre mit den Lebensbedingungen der Lohnsklaven, ob „hier an diesem Ort, oder in Bombay oder in Bogota“ usw. Vermutlich kommen Lohnsklaven in seiner „Imagination“ überhaupt nicht vor und deswegen hat er eine nationale Denkblockade, die er verallgemeinert. Das ist anmaßend.

Allerdings war Luise Neubauers Kapitulation mit der Aussage „der Kapitalismus hat gegen den Sozialismus gewonnen“ völlig unnötig. Vielleicht verführt die Aussicht darauf, im Mainstream glänzend dazustehen, so etwas zu sagen. Aber mit Überlegung müsste jedem Menschen auf der Suche nach Visionen doch die Frage triggern, was nach dem Kapitalismus kommt und wie es genannt werden sollte. Oder glaubt Luise N. ernsthaft daran, dass Eigentumsgesellschaften der Natur des Menschen entsprechen? „Sozial“ kommt aus dem Lateinischen „socialis“ und heißt:

„allgemein... dem Gemeinwohl, der Allgemeinheit dienend.“ [Brockhaus]

Wenn das Soziale verloren hat, hat die Menschheit verloren. Was genau hat denn wirklich verloren? Das Soziale oder die Konsequenz aus einer Theorie der „Diktatur des Proletariats“, die in Wahrheit eine Diktatur von Parteiführern war, und immer noch ist? Das europäische Proletariat hat seine Lektion gelernt und die verlogenen Führer davon gejagt. Offenbar erlaubt die Knechtschaft unter dem Eigentumsrecht des Kapitalismus eine Zeit lang mehr Freiheit als der Staatsapparat eines paternalistischen Einparteien-Regimes. Aber das ändert sich ja nun mit der faktischen Machtübernahme der Exekutiven, zum Schutz der Volksgesundheit im paternalistischen Mehrparteien-Konzept unter Führungsparteien unter Führung der Führer dieser Parteien, die sich auf eine/n Führer/in einigen.

Wie wäre es denn mit Verklammerung von Sozialismus und politischer Freiheit? Oder anders gefragt: Wie wäre es mit Verklammerung von Sozialismus und Radikaldemokratie? Freiheit bedeutet die Freiheit gleichberechtigter Teilnahme Aller an der Polis oder einfacher ausgedrückt: Gleichberechtigte Teilnahme Aller an allen öffentlichen Entscheidungen (Verfassung und Gesetze), die das eigenen Leben betreffen. Wie weit ist diese Vision denn vom kleinbürgerlichem Denken entfernt? Marx schloss als

Soziologe: „Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein“. Der Volksmund würde sagen: „Wess Brot ich ess, des Lied ich sing.“ Das stimmt nicht in jedem Falle, aber in diesem Fall verrät sich Korruption schon durch Verdunklung mit dem Wort „Rechtsstaatlichkeit“ für einen gesellschaftlichen Zustand, in dem mit Eigentumsrecht faktisch das „Recht“ des Stärkeren herrscht – eine Vision aus dem Reich der Tiere. Aber wir sind Menschen. Dies zu vergessen, darin besteht die moralische Verwahrlosung!

Magazin:

„Frau Neubauer, in Frankreich gibt es eine Bewegung namens Kollapsologie, deren Vertreter auf der Grundlage von Statistiken behaupten, es sei jetzt schon zu spät, den Klimawandel zu stoppen. Wenn es in Wahrheit schon fünf nach zwölf ist, wären viele Ihrer Bemühungen umsonst. Oder?“

Neubauer:

„Ich finde es absolut nicht neu zu sagen, wir müssen uns auf die Folgen der Klimakrise einstellen. Das machen wir doch längst. Auch in Deutschland werden Deiche erhöht, man überlegt sich, wo werden Menschen noch wie lange leben können.“

Eilenberger:

Es bleibt grundsätzlich problematisch, von „der Wissenschaft“ so zu reden, als könnte sie uns sagen, was passiert, wenn wir dieses tun oder jenes unterlassen. Zumal es nicht nur die Naturwissenschaft gibt, sondern auch eine Politikwissenschaft, eine Geisteswissenschaft, eine Sozialwissenschaft, die ganz andere gesellschaftliche Prozesse analysieren. Wir leben in einer extrem komplexen Welt, in der jede Handlung vielfältige Auswirkungen hat, und zwar keineswegs nur solche, die sich einfach berechnen ließen. Man kann nicht wissen, welche destabilisierenden Faktoren es für das politische System bedeuten würde, wenn Frau Merkel beispielsweise vieles von dem, was jetzt gefordert wird, wirklich sofort umsetzen würde. Und das macht das ganz praktische Geschäft der Politik auch so schwierig.

[Seite 20]

Ja, das macht die Geschäfte in der kapitalistischen Eigentumsgesellschaft schwierig, für Kapitalisten. Und folglich schwierig für ihre Politiker, weil sie in ihrer „Einfallslosigkeit, was die Zukunft angeht“ und innerhalb ihrer an das Eigentumsrecht gekoppelten „Imagination in einer Weise blockiert“ sind, die es ihnen sehr schwer macht, Lösungen anzudenken, die menschlich sind, und daher sozial sind. Durch diese Denkblockaden biegen sie fast immer nach rechts ab, in Richtung Diktatur. Oder sie biegen nach links ab, in Richtung Diktatur. Natürlich hat „eine Politikwissenschaft, eine Geisteswissenschaft, eine Sozialwissenschaft“, haben ihre „Wissenschaftler“ Schwierigkeiten, dabei noch mit ihren Theorien Schritt zu halten, um den entmündigten „Bürgern“ Barbarei als Zivilisation zu verkaufen. Weil sie „ganz andere gesellschaftliche Prozesse analysieren“, als die gesellschaftliche Realität. Sonst würde Lohnsklaverei und die Ursache dafür, das Eigentumsrecht als „Recht“ des Stärkeren, in ihren Theorien eine fundamentale Rolle spielen. Sonst würde in ihren Theorien eine Rolle spielen, dass alle Entscheidungen, die unsere natürlichen Lebensbedingungen auf unserem Planeten bedrohen, primär Entscheidungen reicher Eigentümer sind, die eine endlose Kausalkette auslösen. Wer hat die Verfügungsgewalt (Eigentum) auf

unserem Planeten? Da sagt Herr Eilenberger, Zitat:

„Wir leben in einer extrem komplexen Welt, in der jede Handlung vielfältige Auswirkungen hat, und zwar keineswegs nur solche, die sich einfach berechnen ließen.“

Ja, und deshalb ist eine wissenschaftliche Herangehensweise in der Politikwissenschaft, Geisteswissenschaft, Sozialwissenschaft, unter Bezugnahme der gesellschaftlichen Realität, unmöglich ohne fundamentale Gesellschaftskritik an diesem moralisch völlig verwahrlosten Herrschaftssystem. Das hätte Auswirkungen, „und zwar keineswegs nur solche, die sich einfach berechnen ließen.“ Wer hat denn Angst vor diesen Auswirkungen?

Luise Neubauer, bzw. Alexander Repenning fragen in ihrem Buch „Vom Ende der Klimakrise – eine Geschichte unserer Zukunft“ in der Einleitung, Zitat:



„Wie erklärt man politischen Entscheidungsträger*innen, dass sie sich um ein Problem kümmern sollen, das in keine Legislaturperiode passt und größer ist als jeder Wahlkreis? Wie mobilisiert man für ein Problem, das in den Augen vieler gar keins ist?“

Entscheidungsträger im Kapitalismus sind Kapitalisten. Ihr Problem ist der Profit, nicht das Klima. Folglich verhält es sich mit ihren Politikern ganz genau so. Denn dafür werden sie schließlich von ihnen bezahlt. Wenn in der Einleitung ganz am Anfang schon die Orientierung auf das Wesentliche fehlt, was wäre dann noch in den Kapiteln weiter hinten zu lesen, was Wissen schafft? Die „Entscheidungsträger*innen“ sind durch Lobbyismus korrumpiert und nur eine ganz kleine Gruppe von Menschen. Wenn das Problem viel größer ist, als deren Wahlkreise jemals sein könnten, wie wäre es denn mit der „Vision“, den Kreis der „Entscheidungsträger*innen“ zu vergrößern? Wie wäre es denn mit Volksherrschaft? Da gibt es eine Denkblockade, die gleich im zweiten Satz folgt, Zitat:

„Wie mobilisiert man für ein Problem, das in den Augen vieler gar keins ist?“

Das ist falsch! Und nichts weiter als typisch kleinbürgerliches Misstrauen gegen die Masse der lohnabhängigen Klasse, die beide Autoren in der Vorarbeit zu diesem Buch offenbar gar nicht gefragt haben. Dieses Misstrauen ist der Stoff, aus dem Diktaturen entstehen, denn sie entstehen erst mal in den Köpfen, bevor sie Realität werden. Und zwar vornehmlich in den Köpfen des Kleinbürgertums.

Die Denk-Tendenz von Luise Neubauer in dem Interview geht in die gleiche Richtung und ihre Argumente sind deshalb schwach, gegenüber W. Eilenberger, der hier offensichtlich die konservative Rolle einnimmt. Sie sagt, Zitat:

„Ich finde es absolut nicht neu zu sagen, wir müssen uns auf die Folgen der Klimakrise einstellen. Das machen wir doch längst.“

Nein, machen „wir“ eben nicht, weil „wir“ es nicht politisch machen. Politisch bedeutet, Verfügungsgewalt Einzelner (Eigentumsrecht) durch Nutzungsmacht Aller (Besitzrecht) , zu ersetzen. Durch radikaldemokratische Politik!

Wir können nie frei sein

in einer grünen Diktatur!

Zitat: „Wir können nie frei sein auf einem Planeten, der für die Menschen immer gefährlicher wird. Der Klimakampf ist ein Kampf für die Freiheit“

- Luisa Neubauer

Neubauer:

„Als Naturwissenschaftlerin weiß ich, was es heißt, sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen zu orientieren. Ich würde zum Beispiel keinen Satz sagen wie: „Wir haben nur noch 10 Jahre Zeit.“ Oder: „Wenn wir es dieses Jahr nicht schaffen, haben wir alles verloren.“ Es gibt vom Weltklimarat aber über 200 Szenarien, die unter verschiedenen Bedingungen aufzeigen, wie wir globale Durchschnittserwärmung minimieren können und was passieren könnte, wenn wir es nicht tun. Dabei muss man sich bewusst machen, dass diese 1,5- bis 2-Grad-Grenzen, die gezogen werden, praktisch der Kompromiss mit uns selbst sind.“

Eilenberger:

Ich gebe Ihnen im Kern ja recht: Wenn wir der Dynamik etwas entgegenzusetzen wollen, bedarf es umfangreicher struktureller Veränderungen. Die Idee, dass wir uns als Individuum aus der Krise radeln oder gärtnern werden, ist abwegig. Die entsprechenden Maßnahmen aber werden die individuelle Freiheit, die wir als den Kern unserer Existenz zu begreifen gelernt haben, stark, sehr stark, vielleicht sogar ultimativ einschränken.

Neubauer:

Wir können niemals frei sein auf einem Planeten, der immer gefährlicher für die Menschen wird. Denn das ist unweigerlich eine Tendenz, die unsere Freiheiten als Menschheit immer weiter einschränken wird. Insofern ist der Kampf gegen die Klimazerstörung ein Kampf für die Freiheit. Und zwar nicht nur für die kollektive. Sondern die eines jeden Einzelnen.“

Eine Koproduktion von Philosophie Magazin und rbbKultur Radio. Der Dialog wird in der Sendung „Der zweite Gedanke“ am 19.11. um 19 Uhr ausgestrahlt. Im Podcast und Online abrufbar unter: [rbbkultur.de/derzweitgedanke](https://www.rbbkultur.de/derzweitgedanke)“

[Seite 20/21]

Wer schränkt „unsere Freiheit als Menschheit“ ein? Das Klima oder die Regierungen? Wer verfügt über die Mittel, die das Klima beeinflussen?

Es ist nicht besonders naturwissenschaftlich, das Klima als Rivalen zu erklären, als wären diese physikalischen Prozesse jemand, gegen den man kämpfen kann. Das sagt sie selbst ein paar Wortmeldungen früher, Zitat:

„Haben Sie sich mal die Emissionsmodelle angeguckt? Das sind keine Modellierungen politischer Ereignisse, sondern physikalischer Prozesse.“(Seite 20/21).

Luisa Neubauer richtet ihre Anklage nicht gegen das Ziel der Produktion, für einzelne Eigentümer Profit zu erwirtschaften. Deshalb ist Herr Eilenberger auch völlig zufrieden, dass Frau Neubauer nicht gegen die herrschenden Machtverhältnisse rebelliert, sondern gegen physikalische Prozesse, gegen die es nach ihrer Meinung zu kämpfen gilt.

W. Eilenberger sieht eilig ein, dass „**die entsprechenden Maßnahmen** die individuelle Freiheit sehr stark, vielleicht sogar ultimativ einschränken“. Um welche Maßnahmen es

geht, verrät er nicht im Interview. Was Luisa Neubauer am Herzen liegt finden wir in einem Offenen Brief mit Forderungen, der am 16. Juli 2020 an alle Staats- und Regierungschefs der EU versandt wurde, siehe: <https://climateemergencyeu.org/> die Forderungen darin lauten, Zitat:

- „Stoppen Sie ab sofort alle Investitionen in die Erkundung und Gewinnung fossiler Brennstoffe, beenden Sie sofort alle Subventionen für fossile Brennstoffe und trennen Sie sich sofort und vollständig von fossilen Brennstoffen.“
- Die EU-Mitgliedstaaten müssen sich dafür einsetzen, dass der Ökozid vor dem Internationalen Strafgerichtshof zu einem internationalen Verbrechen wird.
- Beziehen Sie die Gesamtemissionen in alle Zahlen und Ziele ein, einschließlich Verbrauchsindex, internationale Luftfahrt und Schifffahrt.
- Erstellen Sie ab heute jährliche, verbindliche Kohlenstoffbudgets auf der Grundlage der derzeit besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und des IPCC-Budgets, sodass wir eine 66% ige Chance haben, den globalen Temperaturanstieg auf unter 1,5 ° C zu begrenzen. Sie müssen den globalen Aspekt von Gerechtigkeit, Wendepunkten und Rückkopplungsschleifen berücksichtigen und sollten nicht von Annahmen möglicher zukünftiger Technologien für negative Emissionen abhängen.
- **Demokratie schützen und schützen.**
- Entwerfen Sie eine Klimapolitik, die die Arbeitnehmer und die am stärksten gefährdeten Personen schützt und alle Formen der Ungleichheit verringert: Wirtschaft, Rasse und Geschlecht.
- Behandeln Sie den klimatischen und ökologischen Notfall wie einen Notfall.

Wir verstehen und wissen sehr gut, dass die Welt kompliziert ist und dass das, was wir verlangen, möglicherweise nicht einfach ist. Die Änderungen, die zum Schutz der Menschheit erforderlich sind, mögen sehr unrealistisch erscheinen. Es ist jedoch viel unrealistischer zu glauben, dass unsere Gesellschaft die globale Erwärmung, auf die wir zusteuern, sowie andere katastrophale ökologische Folgen des heutigen Geschäftsbetriebs überleben kann.“ [Fett von mir]

Weiter heißt es in dem Brief, Zitat:

„Natürlich begrüßen wir nachhaltige Investitionen und Maßnahmen, aber Sie dürfen nicht eine Sekunde lang glauben, dass das, was Sie bisher besprochen haben, auch nur annähernd genug sein wird. Wir müssen uns dem Gesamtbild stellen. Wir stehen vor einer existenziellen Krise, und diese Krise können wir nicht kaufen, bauen oder investieren. Das Ziel, ein Wirtschaftssystem wiederherzustellen, das die Klimakrise von Natur aus befeuert, um Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren, ist ebenso absurd, wie es sich anhört. Unser derzeitiges System ist nicht "kaputt" - das System macht genau das, was es soll und soll. Es kann nicht mehr "repariert" werden. **Wir brauchen ein neues System.**“ [Fett von mir]

Das Wort „Demokratie“ ist ein vielseitig missbrauchtes Wort und wird von allen „westlichen“ Staats- und Regierungschefs benutzt, um die Realität zu verdunkeln, dass wir in einer Diktatur leben, die nur verschiedene Facetten hat, aber im großen und ganzen eine Diktatur der reichsten Eigentümer ist,

die in den USA sitzen und von dort aus ein globales Imperium errichtet haben. Diese Form der Diktatur nennt man Oligarchie. Deutschland ist wie viele andere ein Vasallenstaat dieses Imperiums, hat die Interessen dieser Oligarchen zu bewahren und sein Territorium für die Armee des Imperiums zur Verfügung zu stellen. Das ist die politische Realität. Die physikalischen Prozesse in der Erdatmosphäre interessiert sie nur so lange, wie sie damit Geld verdienen können und darüber hinaus nicht die Bohne. Alle prominenten Unterzeichner, die „ein neues System brauchen“ werden ihren Platz in den Karteien der CIA und ihrer Vasallen-Geheimdienste als potentielle Gefährder einnehmen und dort auf sachkundige Bearbeitung warten. Der offene Brief selbst wird ebenfalls dorthin zur Bearbeitung gereicht, um zu prüfen, in wie weit sich die massenhafte Freisetzung der Energie jugendlichen Elans für die Umsetzung imperialer Politik nutzen lässt oder sich zumindest als Machtstütze nutzen lässt, im Verlauf der gleichzeitig verlaufenden politischen, militärischen, ökonomischen und ökologischen Krisen, die sich exponentiell zuspitzen und nach einer Lösung schreien. Dafür suchen die Machthaber immer die besten Schreihälse, die sich vor ihren krisengebeutelten Karren spannen- und ausbrennen lassen wie fossile Brennstoffe, als neue Stabilisierungsidee, um das ökonomische Problem der Überproduktionskrise des Kapitalismus systemkonform lösen zu können. Die Überproduktionskrise besteht darin, dass die Kaufkraft proportional zur Steigerung der Profite abnimmt und diese Steigerung der Profite, oder mit anderen Worten, dieses „Wachstum“, das Lebenselixier des auf Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft basierenden alten Feudalsystems ist, das wir „Kapitalismus“ nennen. Die „Überproduktion“ ist also in Wahrheit keine Überproduktion, sondern nur ein Wort dafür, dass ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung seine nötigsten Lebensbedürfnisse nicht mehr befriedigen kann, weil er es nicht bezahlen kann und deshalb vernichtet werden muss, was nicht bezahlt werden kann, damit die Preise hoch- und die Privilegien der herrschenden Klasse unangetastet bleiben. Ebenso ist auch das Wort „Überbevölkerung“ zu verstehen, das aus dem Vokabular von potentiellen Verbrechern stammt. Sie werden noch von sich Reden machen.

Diesem Faktum steht die Politik der Partei „Die Grünen“ seit Jahren völlig hilflos gegenüber, denn die Parteiführungen und sogar die meisten ihrer kleinbürgerlichen Mitglieder verharren in der Idee, durch so genannte Ökosteuern, die Verelendung der absoluten Mehrheit der lohnabhängigen Bevölkerung zu beschleunigen. Die Politik dieser „grünen“ Partei, die ihre sozialen Wurzeln im Kleinbürgertum hat, ist eine den Interessen der lohnabhängigen Klasse feindlich gegenüberstehende Politik, die letztlich auf eine Diktatur hinaus laufen muss, denn künstliche Schaffung massenhafter Not wird natürlich Rebellionen hervorrufen und gemäß dem physikalischen Gesetz „Actio = Reactio“, um in einer für Luisa Neubauer verständlichen Sprache zu bleiben, wird die Staatsgewalt keine moralischen Hemmungen kennen, Rebellionen zu ersticken und wenn es sein muss, blutig. Wenn also die FfF-Bewegung auf der Suche nach einer politischen Heimat nicht den gleichen Weg gehen wollen, wie Hänsel und Gretel, empfehle ich allen Jugendlichen dieser Bewegung eine klare Absage an alle autokratischen Parteiensysteme und sich nicht von der grünen Farbe täuschen zu lassen.

Die meisten Jugendlichen sind noch von ihren Eltern abhängig, haben kein Eigentum und besitzen wenig. Sollten sie sich von Parteifunktionären der „Grünen“

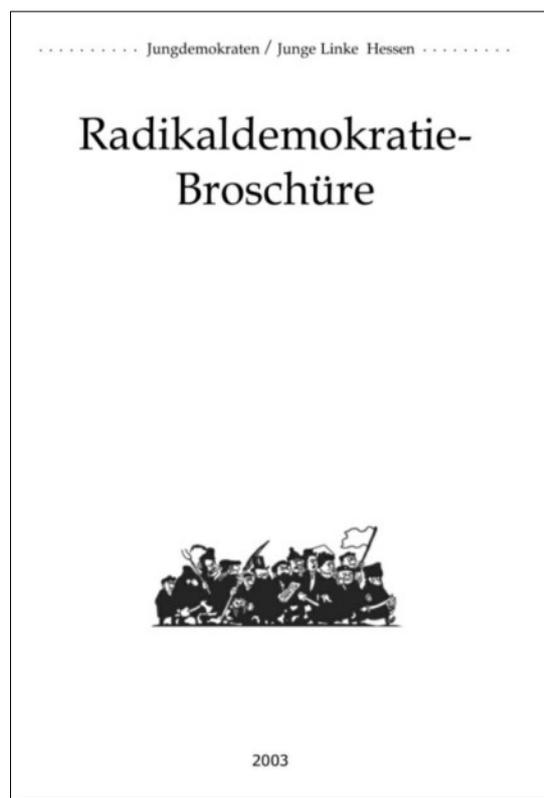
missbrauchen lassen, um für ihre Politkarrieren Wahlwerbung zu machen, so werden sie selbst die Quittung dafür bekommen, sobald sie endlich auskosten dürfen, wie sich Ökosteuern anfühlen, wenn sie einen Eigentümer gefunden haben, der ihnen gnädig erlaubt, ihn zu bereichern und vom kärglichen Lohn nichts übrig bleibt.

Natürlich drängt sich nun die Frage auf, was denn die politische Alternative sein soll, wenn Parteiensysteme es nicht sein können? Gerade die Jugendlichen als fast ausnahmslos Eigentumslose, dürften die allerwenigsten Probleme damit haben, sich der Organisation einer Gesellschaft zuzuwenden, in der das Recht auf Ausbeutung abgeschafft ist durch die Abschaffung von Verfügungsgewalt Einzelner (Eigentumsrecht) und Ersetzung durch Nutzungsmacht Aller (Besitzrecht). Das dafür erforderliche Besitz-Rechtssystem muss erst noch gemeinsam erarbeitet werden und dafür sind alle Jugendlichen der FfF-Bewegung eingeladen, sich zu engagieren und ihre berechtigten Forderungen in innovative Ideen für nachhaltige Industrie und Landwirtschaft gleichberechtigt einzubringen. Das! Ist die Lösung der Klimakrise:

Politische Freiheit in einer Gesellschaft der politisch Gleichen: Radikaldemokratie und Besitzrecht, anstatt Diktatur und Eigentumsrecht.

Holger Thurow-N.

Was ist aus der radikal-demokratischen Jugend der FDP geworden?



Jungdemokraten / Junge Linke Hessen

Schloßstraße 46

60486 Frankfurt am Main

info@jungdemokratenhessen.de

www.jungdemokratenhessen.de

Redaktion: Markus Büchting, Gesa Heinbach,
Stefanie Janczyk, Carmen Ludwig, Oliver Schulz

Satz: Gesa Heinbach

November 2003

Als Redaktion dieser Zeitschrift versuchen wir mit allen Radikaldemokraten Kontakt auf zu nehmen, um uns mit ihnen über ihre radikaldemokratischen Positionen zu verständigen. Mit dieser Serie wenden wir uns an eventuell noch existierende Autoren der oben im Bild zitierten Broschüre.

Gleichzeitig möchten wir uns mit den Texten der Broschüre auseinandersetzen und laden natürlich auch unsere Leser dazu ein, sich mit Beiträgen an der Debatte über die Positionen die in dieser Broschüre vertreten werden, zu beteiligen. Um die Debatte beginnen und dann systematisch fortsetzen zu können, werden wir den Inhalt der Broschüre immer abschnittsweise veröffentlichen und diese in der folgenden Ausgabe kommentieren.

(Fortsetzung aus Nr. 5/20)

2. Grundlagen und Demokratietheorie

Der Text von Jürgen („Der demokratische Formalismus“) entstand zur sogenannten „1. Demokratietagung“ im Herbst 1997. Diese Tagung leitete die Selbstvergewisserung über die theoretischen Grundlagen der Vorstellungen von Radikaldemokratie bei Jungdemokraten / Junge Linke ein. In diesem Text argumentiert Jürgen teils geschichtlich, teils leitet er her, warum radikale Demokratie heute als legitime Herrschaftsform alternativlos ist und warum sie im Wesentlichen ein Verfahren, oder wie er es ausdrückt, etwas Formales ist.

Der Text „Kleines Argument gegen Wahrheitsfundis“ von Markus setzt sich mit einer scheinbaren Alternative zu jedem demokratischen Verfahren auseinander. In bestimmten linken Zusammenhängen werden Jungdemokraten gelegentlich mit der Forderung konfrontiert, man solle zur Entscheidungsfindung nicht abstimmen, sondern man solle vielmehr einfach das tun, was wahr ist. Wenn dies eine ernsthafte Alternative zu demokratischen Entscheidungsverfahren wäre, so hätte

das vermutlich auch Folgen für Radikaldemokraten.

Die beiden Texte berühren sich inhaltlich, da auch Jürgens Text die Wahrheitsproblematik streift, allerdings konzentriert sich Markus ganz darauf.

Der Text von Olaf „Grundrechte und Sozialismus“ war ein Beitrag in einer Broschüre. Er erläutert, dass Handlungsfreiheit materielle Voraussetzungen hat, die im Kapitalismus für die übergroße Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder systematisch nicht gegeben sind. Olaf argumentiert für ein Grundrecht auf Eigentum für alle - und nicht nur für einige wenige wie in den heutigen Gesellschaften. Nur durch ein so verstandenes Grundrecht auf Eigentum werden die gesellschaftlichen Voraussetzungen für Handlungsfreiheit in Bereichen erfüllt, in denen die Menschen heute unfrei sind.

Die heimliche Klammer dieses Abschnitts ist der Freiheitsbegriff. Jürgen erläutert, warum politische Freiheit nur mittels Radikaldemokratie möglich ist, Markus verteidigt das Konzept gegen einen Angriff der Wahrheitspolitik und Olafs liefert gewissermaßen den Unterbau: Politische Freiheit funktioniert nur, wenn Handlungsfreiheit gegeben ist, und die wiederum hat materielle Voraussetzungen.

Die Texte unterscheiden sich sprachlich sehr und das hängt u.a. mit ihrer Entstehung zusammen. Jürgens Text ist gedanklich ziemlich dicht geschrieben: Er war ein Papier für eine ganztägige Arbeitsgruppe, in der Jürgen Nachfragen erläutern konnte. Olaf konnte bei seinen ursprünglichen Lesern eine gewisse Bereitschaft voraussetzen, sich in marxistische Argumente zu vertiefen und zu folgen. Markus' Text baut sprachlich gesehen vermutlich die geringsten Hürden auf und nimmt den Leser eher bei der Hand und führt ihn durch die Argumentation

2.1. Der demokratische Formalismus von Jürgen Bast

Zum Verhältnis von Demokratie zu Fragen der Wahrheit und des „richtigen“ Lebens Die Notwendigkeit von Demokratie als gesellschaftlichem Selbststeuerungs-Mechanismus setzt logisch und historisch dort ein, wo keine „Gewissheiten“ im Sinne traditionell gefestigter Überzeugungen mehr darüber bestehen, wie öffentliche Angelegenheiten geordnet sein sollen. Die kritische Philosophie der Aufklärung (allen voran Rousseau und Kant) reflektierte als Erste diesen Zusammenbruch aller Traditionsbestände, den die kapitalistische Modernisierung ausgelöst hatte, und zog daraus die Konsequenz, mit der Idee der postulierten Freiheit und Gleichheit aller Bürger die Legitimation von Herrschaft an einem neuen Konzept auszurichten, dem der Volkssouveränität.

Damit war in mehrfacher Hinsicht ein radikaler Bruch auch mit älteren Aufklärungskonzeptionen verbunden. Weder aus dem Wesen der göttlichen Ordnung noch aus der Natur des Menschen noch aus der objektiven Vernunft soll nunmehr abgeleitet werden können, nach welchen Prinzipien die öffentlichen Angelegenheiten vom Herrscher für die Untertanen geregelt werden sollen, sondern die als potenziell vernünftig erdachten Menschen selbst, d.h. ihr konkreter, „empirischer“ Wille soll nunmehr maßgeblich sein für die Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten - als miteinander

Vereinigte sind die Menschen Selbst?Herrscher. Dieser revolutionäre Gedanken der Zurückführung der Verhältnisse auf die Menschen(?gattung) selbst ist im Marxschen Materialismus lediglich radikalisiert worden, indem die Begrenzung dieses Konzepts auf die „politischen“ Verhältnisse umfassend zugunsten der Erkenntnis der „Menschlichkeit“, d.h. Veränderbarkeit auch der sozialen und ökonomischen Verhältnisse fallen gelassen wurde.

Indem so die Idee der per se „richtigen“ Ordnung fallen gelassen wird, verlieren zwei ältere Konzepte in politischer Hinsicht den Status zwingender Allgemeinheit: das Konzept der Wahrheit und das der Ethik. Beide werden nicht etwa für obsolet erklärt, sondern vielmehr in gewissem Sinne privatisiert und partikularisiert. Privatisiert in dem Sinne, dass als „Sitz“ der Wahrheit und des Guten nicht mehr die öffentliche Ordnung selbst, sondern deren Träger gedacht werden, die Individuen: diese sind jetzt als erkennende und moralische Subjekte gesetzt. Partikularisiert in dem Sinne, dass damit nicht mehr nur eine absolute, sondern konkurrierende Wahrheiten und Vorstellungen des Guten möglich werden. Das Konzept der Aufklärung reflektiert hier die real? existierende Vielheit der Vorstellungen über Wahrheit und Ethik, und damit den typischen gesellschaftlichen Zustand der Moderne, in dem sich die Definitionsmonopole über deren inhaltliche Füllung aufgelöst haben. Die Inhalte von Wahrheit und richtigem Leben können notwendiger Weise nicht mehr selbst zum Gegenstand allgemeiner öffentlicher Regelung erhoben werden: Damit würde die Pluralität der Wahrheiten und Ethiken entweder (im günstigsten Fall) ignoriert, oder der Versuch unternommen, die gesellschaftliche Heterogenität terroristisch zurückzuschrauben. Wahrheit und Ethik sind nur noch in so weit Gegenstände öffentlicher Regelung, als dass Mechanismen gefunden werden müssen, wie die real?existierenden Wahrheiten und Ethiken miteinander kompatibelisiert werden können, d.h. ohne Bürgerkrieg nebeneinander existieren können. Aus dieser Grundüberlegung entstand das Konzept der Meinungsfreiheit und der (religiösen) Toleranz: Die einzelnen Bürger müssen ihre Wahrheiten und Lebensweisen nicht aufgeben, sie werden jedoch genötigt, die Existenzberechtigung anderer Wahrheiten und Lebensweisen prinzipiell anzuerkennen. Das Konzept der Demokratie verlangt insofern nicht den Verzicht auf Wahrheitsansprüche und ethische Maximen, erzwingt jedoch die Veränderung ihres Status: Es handelt sich jetzt um private „Meinungen“ und „Ansichten“ die ihren öffentlichen Monopolstatus verloren haben, wobei jedem Einzelnen unbenommen ist, zur Begründung seines Einsatzes für eine bestimmte öffentliche Regelung die Übereinstimmung mit den je eigenen Prinzipien für maßgeblich zu erklären.

Um es auf eine knappe Formel zu bringen: Säkularisierte Demokratie setzt die Privatisierung von Wahrheits-Ansprüchen und Ethiken voraus, sie erzwingt die Trennung von öffentlicher Politik und privater Moral - radikaldemokratische Politik ist das genaue Gegenteil von Wahrheits? Politik.

Zum Verhältnis von Demokratie und Gerechtigkeit

Werden so die jeweiligen privaten Wahrheits? und

Gerechtigkeitsansprüche zunächst im Hinblick auf die öffentliche Sphäre neutralisiert, stellt sich das Problem der Gerechtigkeit der Resultate des politischen Prozesses auf neue Art und Weise. Darüber, was als „gerechte“ Entscheidung eines regelungsbedürftigen sozialen Konflikts gelten kann, scheint streng genommen keine inhaltlich bestimmte Aussage mehr gemacht werden zu können.

Der ältere Prüfungsmechanismus, nach dem im konkreten Fall als gerecht gelten kann, was mit abstrakten Prinzipien (z.B. der allgemeinen Wohlfahrt, des Glücks der größten Zahl, der Menschenwürde, des sozialen Fortschritt o.Ä.) übereinstimmt, scheidet nicht nur am mutmaßlichen Dissens über die zu Grunde zu legenden Prinzipien, sondern insbesondere daran, dass eine Instanz benannt werden müsste die diese Übereinstimmung für alle verbindlich feststellt. Ist diese Instanz vom demokratischen Souverän verschieden (etwa ein oberstes Gericht), hat das Volk aufgehört, souverän zu sein. Solche Gerechtigkeitsexpertokratie entspricht exakt der spätabolutistischen Legitimation des nicht mehr durch Gottesgnadentum legitimierten, sondern auf das „gemeine Wohl“ verpflichteten Monarchen, gegen die die kritische Aufklärung angetreten ist.

Gegen solche Konzeptionen des Volksbeglückungsstaates setzt die Idee der radikalen Demokratie das Prinzip der Freiheit. Scheint damit zunächst nur das eine Prinzip durch ein anderes ersetzt worden zu sein, verbirgt sich dahinter ein radikaler Perspektivenwechsel. Wird Freiheit als gleiche Freiheit aller gedacht, müssen alle inhaltlichen Konkretisierungen von Freiheit als gleichrangig angesehen werden. Freiheit als regulatives Prinzip kann hier also nur die Freiheit der Individuen bedeuten, die je eigenen privaten Zwecke gleichermaßen in den politischen Prozess einzubringen, ohne diese an einem externen Maßstab als „gerechte“ Zwecke ausweisen zu müssen. Die Demokratie verzichtet darauf, ihre Teilnehmer mit (unrealistischen) Tugendzumutungen zu beladen. Nicht die Bürger sollen zugunsten des Gemeinwohls im politischen Prozess auf die Verfolgung ihrer Interessen verzichten, sondern als Konkretisierung des Gemeinwohls sollen jeweils die Resultate genau dieses politischen Prozesses gelten. Als regulatives Prinzip der Demokratie ist Freiheit inhaltlich radikal unbestimmt. Die Form des politischen Prozesses trägt also nach der Idee radikaler Demokratie die alleinige Begründungslast, die Gerechtigkeit seiner Resultate wenn nicht zu garantieren, so doch zumindest wahrscheinlich zu machen.

Hier bringt die Theorie radikaler Demokratie einen Grundgedanken der Individual?Ethik zur Anwendung auf die als Kollektivsubjekt gedachte vereinigte Menge der Freien: „Wir sind die Einzigen, die uns selbst nicht unrecht tun können.“ Mit der Verwirklichung der Volkssouveränität (wenn der „Staat“ die Vereinigung der Bürger unter Rechtsgesetzen, und die „Gesellschaft“ als Summe der diesen Gesetzen unterworfenen identische Personenkreise umfassen) ist ein Zustand theoretisch umschrieben, von dem Rousseau zurecht sagen kann: Der Souverän irrt nie, er kann sich selbst nicht unrecht tun. Genau das mein auch Kant, wenn er voraussetzt, dass ein Gesetz, dem alle, für die es gilt, zugestimmt

haben, notwendig gerecht ist.

Damit ist jedoch nur der (praktisch ausgeschlossene) Grenzfall bestimmt, dass ein tatsächlicher (nicht: unterstellter) und vollständiger (nicht: mehrheitlicher) Konsens erzielt werden kann. Der reale politische Prozess kann allenfalls ein unvollständiges Abbild dessen, eine Annäherung an diesen Zustand sein. Mehrheitsprinzip, die Wahl von Repräsentanten (seien es nun Parlamentarier, Räte, Kommissare o.Ä.), erzwungenes „Ende der Debatte“ usw. sind (häufig notwendige) Kompromisse mit einer durch Raum und Zeit begrenzten Realität mit dem Zweck, einen am oben genannten Idealzustand orientierten politischen Prozess zu organisieren.

Diese Konzession kann jedoch auch theoretisch nicht folgenlos bleiben. Zum einen ist offensichtlich, dass es nicht eine bestimmte „richtige“ Verwirklichungsform radikaler Demokratie gibt, sondern die Institutionalisierung bestimmter Verfahren dem jeweiligen konkreten, zu demokratisierenden sozialen Feld angemessen sein muss und selbst dann immer nur vorläufig bleibt. Dem demokratischen Experiment mit demokratischen Verfahren sind nur die theoretischen Grenzen gesetzt, am Prüfungsmaßstab eines demokratischen Idealzustand orientiert zu bleiben, was die systematische Exklusion bestimmter Gruppen aus dem politischen Prozess verbietet. Zum Zweiten geht die dem demokratischen Selbstgesetzgeber unterstellte Gerechtigkeitsgarantie wieder verloren. Der reale politische Prozess der Demokratie hat immer nur die Vermutung gerechter Ergebnisse auf seiner Seite: Radikale Demokratie kann immer nur die Institutionalisierung unvollkommener Verfahrensgerechtigkeit sein.

Demokratie ist also wesentlich durch die Verfahren bestimmt, in denen sie stattfindet. Ihre am Konzept gleicher Freiheit, systematischer Inklusion aller Betroffenen durch Selbstgesetzgebung und an empirischer ex?post?Bestimmung des Gemeinwohls orientierten Verwirklichungsformen haben immer experimentellen Charakter: Radikale Demokratie ist insofern reflexiv, als sie sich immer auch zum eigenen Gegenstand hat. Sie „verflüssigt“ potenziell alle sozialen und politischen Verhältnisse, indem sie sie zum Gegenstandsbereich des ihr eigenen Formalismus erklärt. Gerade in ihrer inhaltlichen Unbestimmtheit, in ihren formalen Charakter liegt ihr emanzipatorischer Gehalt

2.2. Kleines Argument gegen Wahrheitsfundis

von Markus Büchting

Mir ist es schon ein paar mal z.B. bei einer studentischen Vollversammlung passiert, dass jemand sagte, darüber kann man nicht abstimmen, dass sei keine Frage der Mehrheit, sondern der Wahrheit. Insbesondere in linken, intellektuellen Kreisen wird manchmal bis heute diese Idee vertreten. Statt des demokratischen Verfahrens der Entscheidungsfindung, dass man also nur solchen Beschlüssen folgen sollte, die eine Stimmenmehrheit auf sich vereinigen können, wird die Alternative stark gemacht, nur solche kollektiven

Verabredungen als verbindlich anzuerkennen, die wahr sind. Kurz: Wahrheit statt Mehrheit.

Es ist sicher ein mögliches Lebensprojekt für Menschen, der Wahrheit in ihrem Leben einen wichtigen Stellenwert zu geben und z.B. nur solche Dinge in ihrem Leben zu akzeptieren, die sie für wahr halten. Aber taugt das auch für kollektives Handeln, z.B. für Institutionen?

Nun könnte man gegen einen solchen Vorschlag allerlei einwenden. Man könnte versuchen den Wahrheitsbegriff auf allerlei Weise aufzuweichen, man könnte Zweifel an der impliziten Priorität der Theorie vor der Praxis vorbringen und so die Gewissheit erschüttern, auf der der Vorschlag zu stehen scheint, einfach nur der Wahrheit zu folgen. Oder man könnte darauf verweisen, dass diese Verwendungsweise von Wahrheit sprachverwirrt ist. Doch diese Strategien will ich nicht verfolgen. Die folgenden Argumente gelten selbst dann, wenn wir den starken Begriff einer objektiven Wahrheit in diesem Zusammenhang annehmen.

Ich schlage vor es als unproblematisch anzunehmen, dass eine Aussage wahr ist. Problematisch scheint mir allerdings zu sein, zu wissen, ob sie wahr ist. Denn wir kennen die folgende grundlegende Erfahrung: Wir hielten etwas für wahr, aber es stellt sich heraus, dass es tatsächlich nicht wahr war. Diese Problematik verschärft sich insbesondere, wenn die Wahrheit kollektive Entscheidungen regeln soll, wenn wir also der Wahrheit folgen wollen (und nicht der Mehrheit): Es könnte mehrere Personen geben die glauben zu wissen was wahr ist, nur leider ist es nie dasselbe.

Wann wissen wir ob etwas wahr ist? Der Standardwahrheitsbegriff erläutert Wissen als wahre, begründete Meinung. Damit haben wir ein fettes Zirkelproblem. Denn wenn wir sagen, dass wir etwas wissen setzten wir bereits Wahrheit im Begriff des Wissens voraus. Wir wissen dann, dass unsere Überzeugung wahr ist, wenn es wahr ist. Das löst unser Problem nicht. Ich befürchte man wird zugestehen müssen, dass wir nie mit völliger Gewissheit wissen, ob etwas wahr ist. Wir können nur das ein oder andere anstellen, um die Wahrheit einer Aussage anzunehmen und zu prüfen.

Die Ungewissheit wird sogar verschärft. Die Wahrheitsspiele, also die institutionellen Arrangements die Wahrheit produzieren, sind selbst gesellschaftlich und geschichtlich. Das heißt z.B., Wissen und Wahrheitsproduktion sind auch noch von der kapitalistischen Gesellschaft, dem Patriarchat, dem Christentum usw. durchdrungen. Besonders schwierig ist dies, weil es kein Außen gibt. Mit jeder Wahrheitssuche, mit allem was wir tun, bleiben wir auf diese realexistierenden Wahrheitsspiele verwiesen.

Aber nehmen wir mal für einen Moment an, man bekäme das in den Griff. Da es sich hoch vernünftig anhört zu tun, was wahr ist, wie kriegen wir das jetzt raus?

Die populärste Idee ist es, eine Elite von Wahrheitswissern entscheiden zu lassen. Bei Platon entstand diese Elite durch strenge 30jährige Ausbildung und so kam man zu den Philosophenkönigen. Bei der SED gewann man den privilegierten Zugang zur Wahrheit als Mitglied der Partei der Arbeiterklasse qua Klassenstandpunkt, also durch seine soziale Rolle. - Es sei dahingestellt, ob die Expertenkreise gut gewählt waren. Manches spricht jedenfalls dafür, dass Eliten

oder Experten Dinge besser verstehen als Laien. Ich würde dem Urteil eines Astrophysikers jedenfalls mehr vertrauen, was die Berechnung von Planetenbahnen angeht, als dem eines Laien.

Aber wie ist das bei so genannten Wertentscheidungen? Weiß ein Oberarzt wirklich besser als eine Patientenvertretung, woran es auf der Station wirklich mangelt? Und wie sieht es erst bei der Frage aus, woran es dem einzelnen Patienten mangelt? - Sollten wir uns eine Gesellschaft wünschen, in der es große Unterschiede gibt, zwischen den materiellen Möglichkeiten die die Menschen haben, um ihre Ziele umzusetzen oder wünschen wir uns eher kleine Unterschiede? Kann diese Frage ein Wirtschaftswissenschaftler besser beantworten als ein Schüler oder Hilfsarbeiter? - Welche Risikotechnologie sollten wir in der Gesellschaft einsetzen? Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass weder die technischen Vorbehalte gegen Atomkraft wirklich stichhaltig sind noch die Befürwortung. Dahinter stehen Wertentscheidungen, z.B. ‚lieber auf Nummer sicher gehen‘ oder ‚das investierte Kapital soll sich rentieren‘. Diese Wertentscheidungen sind begründbar, sie sind wahrheitsfähig, aber letztlich nicht von einem neutralen Standpunkt entscheidbar. Man kann eben nicht durch das Auge Gottes sehen! Von einer objektiven Wahrheit bei Wertentscheidungen lässt sich also nur dann sprechen, wenn man den Bezugspunkt nennt. Hierfür kommen im Grunde nur Einsetzungen infrage wie ‚objektive Wahrheit heißt hier wahr im Bezug auf die objektiven Interessen der Menschen‘. Wir haben das Wahrheitsproblem nun in den Interessenbegriff verschoben.

Den Begriff der objektiven oder wirklichen Interessen hat man in der linken Theorie eingeführt, um das Problem zu lösen, dass die Menschen tatsächlich politische Dinge tun und für wahr halten, die ihren eigenen und /oder den Interessen ihrer Klasse (oder sozialen Gruppe) widersprechen. Doch wie ermittelt man die wirklichen Interessen? Dafür gibt es zwei Lösungen. Die eine Idee ist, die Menschen haben nicht alle Informationen, um ihre Interessen unverzerrt auszubilden. Hätten sie ein vollständiges Wissen, würden sie nicht weiter falsche Interessen ausbilden, sondern ihre objektiven. Die andere Idee lautet, die Bedingungen, unter denen die Menschen ihre Interessen ausbilden, sind so verformt (z.B. aufgrund der kapitalistischen Ausbeutung, der Konkurrenz usw.), dass bei der Ausbildung der Interessen nichts Vernünftiges raus kommen kann. Wären die Bedingungen optimal, wären die ausgebildeten Interessen objektiv. Beide Varianten - vollständiges Wissen und optimale Bedingungen - sind nur Umformungen für die Beschreibung wahrer Interessen. Und tatsächlich wurde der normative Bezugspunkt unverzerrter Interessen auch so genannt. Da wir aber im Moment weder optimale Bedingungen noch vollständiges Wissen voraussetzen können, bleibt unser Wahrheitsproblem bestehen. Wir schieben es gewissermaßen vor uns her. Wir mussten Wahrheit für den Wissensbegriff und den objektiven Interessensbegriff bereits voraussetzen und es gelingt uns daher nicht, mithilfe dieser beiden den Wahrheitsbegriff zu erläutern.

Und spätestens jetzt kann man entweder den Zirkel

schließen oder durchbrechen. Ihn schließen heißt, die objektiven Interessen von Wahrheitsentscheidern festlegen zu lassen. Und zwar weitgehend unbegründet, denn sie haben keinen privilegierten Zugang zur Wahrheit in Wertentscheidungen. Sie können das entscheiden, weil sie die Macht haben, weil sie z.B. erfolgreich die Ideologie verbreiten konnten, so funktioniere es am Besten. Viele politische Bewegungen woll(t)en nur die Experten auf den Posten der Wahrheitsentscheider durch ihre besseren Wahrheitsentscheiderexperten austauschen.

Den Zirkel durchbrechen, heißt anzuerkennen, dass viele politische Fragen so gebaut sind, dass wir zwar gute Gründe haben, uns häufig auch darauf einigen können, aber das nur Wahrheitsfundamentalisten glauben, bei jeder politischen Entscheidung ließe sich Konsens über die Wahrheit produzieren.

D.h. Wahrheit als Kriterium für kollektive Entscheidungen nutzt einem überhaupt nichts, wenn man nicht zugleich angibt, wer über die Wahrheit entscheidet. Das liegt daran, dass die Wahrheit eben häufig umstritten ist und es kein Verfahren gibt, das sicherstellt, dass am Ende einer Debatte, nur noch eine wahre begründete Meinung übrig bleibt. Da also die Frage, wer Recht hat, einen ab einem bestimmten Punkt oft nicht weiter führt, wechselt man in politischen Entscheidungsprozessen dann den Modus. Man befindet sich dann in einem Verfahren, das gerade davon absieht, wer Recht hat, denn es ist nicht entscheidbar. In dem Entscheidungsmodus zählt nicht mehr das Argument sondern die Mehrheit.

Nun hätte ich dieses pragmatische Argument auch schon zu einem früheren Zeitpunkt anführen können. Ich wollte aber erläutern, dass einem auch der Wissens- und der Interessenbegriff hier nicht weiterhelfen, denn überall stellt sich die gleiche Frage: Was ist denn nun eigentlich wahr?

Es spricht also alles dafür, solche Entscheidungen von den betroffenen Menschen entscheiden zu lassen. Es entscheidet die Mehrheit und basta. Aber einer Position sollten wir entgegenreten. Auch wenn die Mehrheit entscheidet, so können wir doch kein Interesse daran haben, dass es egal wäre, wie sie zur Mehrheit wird. Dass die Mehrheit ohne Gründe und zufällig entscheidet, ist kein faszinierendes Modell. Womöglich davon geleitet, wer am besten manipuliert und getrickst hat. Das ist zu sehr an dem tatsächlichen politischen Geschehen, das mehr mit Werbung und Propaganda als mit dem Austausch von Argumenten zu tun hat. Wir wollen letztlich, dass der Wahrheitsdiskurs in einer Kultur des Streits in den demokratischen Prozess eingeht und diesen trägt. Aber wir sind und bleiben antiexpertokratisch. Was jemanden überzeugt, entscheidet diese Person - sonst niemand.

Nachbemerkung: Diese Variante des Expertenkreises von Wahrheitsentscheidern klingt absurd, doch sie hat in Bundesrepublik einen institutionellen Platz. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet nicht nur über Verfahrensfragen (z.B. ‚das war keine Mehrheit im Bundesrat‘) sondern vor allem über die Wahrheit von Wertentscheidungen. Fragen der Sorte: ‚Entspricht es dem Grundsatz der Gleichheit im Grundgesetz, wenn Vermögen mehrfach besteuert werden?‘ Statt zu

thematisieren, welche Gleichheitsbegriffe im Spiel sind und wie man auf welche Entscheidung kommt. Auch die Frage, welchen Interessen welcher Gleichheitsbegriff in diesem Zusammenhang mehr nutzt, könnte thematisiert werden. Daher sollte das Parlament so etwas entscheiden, und nicht unsere Wahrheitsentscheider in roten Roben. Witziger Weise, als Trost für uns Demokraten entscheiden die mit Mehrheit! Ich möchte hier erwähnen, dass davon auszugehen, dass es vielleicht gar objektive Interessen aller Menschen gibt, eine ziemlich idealistische Meinung ist.

2.3. Grundrechte und Sozialismus

(Einleitungstext von der Redaktion der Broschüre)

Tritt man für Sozialismus ein, wird einem oftmals entgegengehalten, man würde die lang erkämpften individuellen Grund- und Freiheitsrechte einem (autoritären) System opfern, in dem die Freiheit des Einzelnen nichts mehr oder zumindest wenig zählt. Olaf vertritt im folgenden Text dagegen die Auffassung, dass jemand, der sich für eine sozialistische Gesellschaft einsetzt, nicht etwa individuelle Grundrechte über Bord wirft. Vielmehr seien Sozialismus und Grundrechte unmittelbar miteinander verknüpft. Dies verdeutlicht er am Recht auf Eigentum.

Leserinnen und Leser, die speziell mit marxischer Theorie nicht vertraut sind, dürfte der Text schwer zugänglich sein. Man braucht aber kein Marx-Seminar und muss auch nicht wissen, was die im Text erwähnten Philosophen Albrecht Wellmer, Jürgen Habermas und Axel Honneth gedacht haben und denken, oder gar wissen was Kritische Theorie ist. So bezieht Olaf sich im Text zwar mehrfach auf Albrecht Wellmer, doch dient dies nur dem Zweck seine eigenen Überlegungen zu entwickeln. Gleichwohl ist die sehr dichte und voraussetzungsvolle Argumentation des Textes leider nicht eben leicht zu durchdringen. Vielleicht können die folgenden kurzen Hinweise hierbei behilflich sein:

1. Negative Freiheit, ist für Olaf derjenige Spielraum, in dem menschlichem Handeln keine Hindernisse im Weg stehen (bspw. welchen Beruf man ergreifen oder welchen Urlaub man machen möchte).

2. Um diese Handlungsfreiheiten und existierenden Handlungsmöglichkeiten aber tatsächlich ausleben und ausschöpfen zu können, muss man über Eigentum, also über materielle Güter verfügen können.

3. Olaf unterscheidet zwischen Eigentum und kapitalistischem Eigentum (=Privateigentum):

a) Eigentum meint ganz allgemein die Verfügungsgewalt über materielle Güter.

b) Im Kapitalismus gibt es dagegen nur Privateigentum. Die Art und Weise wie der Kapitalismus funktioniert setzt voraus, dass das Privateigentum ungleich verteilt ist, also dass das Privateigentum (z.B. an Produktionsmitteln) auf eine Gruppe Privilegierter beschränkt ist. Diejenigen, die kein relevantes Maß an Privateigentum außer ihrer eigenen Arbeitskraft haben, müssen ihre Arbeitskraft verkaufen, um sich zumindest soviel Privateigentum an Geld anzueignen, dass sie sich Lebensmittel etc. anschaffen können. Das bedeutet nun:

- Die Menschen müssen ihre Arbeitskraft verkaufen und damit ihre Handlungsfreiheit genommen, da ein Anderer bestimmt, was sie während dieser Zeit tun. ist ihnen während dieser Zeit.

- Wenn es stimmt, dass der Kapitalismus nur funktioniert, weil eine große Ungleichverteilung an Eigentum besteht, und wenn weiterhin Eigentum eine Voraussetzung für tatsächliche Handlungsfreiheit ist, bedeutet das, dass der Kapitalismus nur funktioniert, weil es Menschen gibt, denen ihre Handlungsfreiheiten genommen oder zumindest deutlich eingeschränkt wurden.

4. In einer sozialistischen Gesellschaft wird an die Stelle des kapitalistischen Privateigentums die individuelle Verfügungsgewalt über materielle Güter - also Eigentum - gesetzt. In einer derartigen sozialistischen Gesellschaft wird das Grundrecht auf Eigentum also nicht abgeschafft, vielmehr wird es dort verwirklicht. Da Eigentum eine Voraussetzung für tatsächliche Handlungsfreiheit ist, ist das Eintreten für den Sozialismus damit gleichzeitig ein Eintreten für Freiheit.

Beispiel: Das Recht auf Eigentum

von Olaf Miemiec

Ich möchte in diesem Text Gründe sammeln für eine These, die offensichtlich umstritten ist: dass der Kampf um eine sozialistische Gesellschaft und der Kampf um die Verteidigung und den Ausbau von Grundrechten nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten, sondern einander bedingen.

Im Kapital findet sich eine Passage, die mir lange Zeit Kopfzerbrechen bereitete:

„Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist eine erste Negation des individuellen, auf eigne Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt ... ihre eigene Negation. Es ist die Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaften der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktmittel.“ (Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW Bd. 23, S. 791)

Sieht man einmal von der etwas antiquierten geschichtsphilosophischen These ab, die kapitalistische Produktion erzeuge ihre eigene Negation, wird eine bemerkenswerte Behauptung bezüglich individuellen Eigentums in der sozialistischen Gesellschaft formuliert: Der Sozialismus stellt das individuelle Eigentum erst (wieder) her, wenngleich nicht als Privateigentum (den Terminus „sozialistische Gesellschaft“ gebrauche ich natürlich im Sinne der „Assoziation freier Produzenten“). Diese These möchte ich in diesem Text erläutern; denn es sollte geklärt werden, ob diese These ein Fehltritt des Meisters oder mit den Begriffsbildungen im Kapital verträglich ist. Bei dieser Gelegenheit lässt sich am Beispiel des Eigentumsrechts demonstrieren, inwiefern Grundrechte einen Gehalt aufweisen, der über den Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsformation

hinausweist. Als weitere Folie einiger Überlegungen dient mir Albrecht Wellmer, neben Habermas und Honneth einer der letzten Restbestände der Kritischen Theorie. Diejenigen Leser, die über Kapital-Kenntnisse verfügen, werden manche Stelle dieses Textes als überflüssige Belehrung empfinden. Das liegt natürlich nicht in meiner Absicht. Diese Passagen habe ich lediglich aufgenommen, um den systematischen Ort meiner Darlegungen transparent zu halten.

In seiner Auseinandersetzung mit dem sogenannten Marxschen Humanismus hat sich Albrecht Wellmer (siehe dazu: A. Wellmer: Bedeutet das Ende des „realen Sozialismus“ auch das Ende des Marxschen Humanismus? Zwölf Thesen; in: Endspiele: Die unversöhnliche Moderne, Frankfurt am Main 1993) zu einer Neuaufnahme einer überhaupt nicht neuen These entschlossen: dass der Mensch zu seiner negativen Freiheit auch Privateigentum benötige. Und der negativen Freiheit bedürfe der Mensch, da es ohne sie überhaupt keine Freiheit gäbe. Nachdem Wellmer uns mit diesen Dogmen vertraut gemacht hat, unterlässt er auch jede weitere Erläuterung und geht gleich zur Sache: Wollte man an den Intentionen des (Marxschen) Sozialismus festhalten, so müsse man sich mit dem Privateigentum anfreunden. Sozialdemokratisch wird sogleich hinzugefügt, dass freilich jeder ein Mindestmaß davon braucht, sonst wird bzw. bleibt die Welt so unschön, wie sie sich uns zeigt.

Ich werde in diesem Text allerdings keine grundsätzliche Kritik an reformerischen Strategien vortragen. Das werde ich schon deshalb nicht tun, da mir der Gegenstand dieser Kritik, der Linksreformismus, in dem Sinn unexistent scheint, als dass diesem Begriff gegenwärtig keine praktisch-politische Hegemonie zukommt. Ich werde lediglich versuchen, den theoretischen Ort der Wellmerschen These genauer zu lokalisieren, um dann den Zusammenhang von Eigentum und (negativer) Freiheit genauer zu bestimmen. Ich meine, deutlich machen zu können, dass Marx in seiner Kritik der politischen Ökonomie sich von einer allerdings kritischen Version des Zusammenhanges von Eigentum und Freiheit leiten lässt. Deshalb werde ich schließlich die nur scheinbar paradoxe These erläutern, dass der Kampf um das Recht auf Eigentum die Forderung nach Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln impliziert. Unter „negativer Freiheit“ will ich hier einen subjektzentrierten Freiheitsbegriff verstehen. Die negative Freiheit heißt deshalb „negativ“, weil sie keine „positiven“ inhaltlichen Bestimmungen aufweist, sondern nur negativ bestimmt, d.h. auch: negativ benutzt wird. Ein Subjekt darf gewissermaßen alles veranstalten, solange es dabei die Freiheitsrechte der anderen Subjekte nicht einschränkt. Wesentliche Bedingungen für negative Freiheit wären das Vorhandensein von Handlungssubjekten, Handlungsalternativen und Bewertungsmöglichkeiten bezüglich der Handlungsmöglichkeiten. Wie ein einzelnes Subjekt Alternativen bewertet, ist absolut seine Sache: ob es nun einem ökonomischen Nutzenkalkül folgt oder dadaistisch-subversiv agiert.

Die Marxsche Analyse der Warenzirkulation im Kapital stellt das logische Bindeglied dar zwischen der Kategorie der Ware und der Kategorie des Kapitals.

Zunächst wird die Kategorie Geld als Verträglichkeitsbedingung von widersprüchlichen Momenten des Warentauschs interpretiert, der seinerseits Existenzbedingung für Warenproduktion ist. Die durch Geld vermittelte Warenzirkulation soll die Form sein, die den Tausch der Waren im größeren Maßstab möglich macht. Allerdings zeigt die weitere Analyse der Warenzirkulation, dass dem Geld Funktionen zukommen, die ebenso notwendig sind wie die Funktion, Zahlungsmittel zu sein, ihr jedoch widerstreiten. Insbesondere die Funktion, Zahlungsmittel zu sein, erzwingt die Anlage von Geldreservfonds, womit der Zirkulation Geld entzogen wird. Was eben erst Verträglichkeitsbedingung des Warentauschs (und damit der Warenproduktion) war, verwandelt sich plötzlich in ein zerstörerisches Moment. Freilich, wenn der Geldbesitzer sein Geld vermehren könnte, ohne auf Konsumtion zu verzichten, also das Geld der Zirkulation nicht zu entziehen bräuchte, dann könnten die Geldfunktionen miteinander versöhnt werden. Geld, welches, wenn es in die Zirkulation geworfen wird, in vergrößerter Menge an seinen Ausgangspunkt zurückkehrt, heißt Kapital. So gesehen, erscheint das Kapital als Verträglichkeitsbedingung widersprüchlicher Momente der Warenzirkulation; die Warenzirkulation (sowie der Warentausch und die Warenproduktion selbst) werden erst aufgrund des Kapitals wirklich.

Interessant ist die Kapitalkategorie nun deshalb, weil sie als besondere Zirkulationsform erscheint, jedoch allen logisch vorangehenden Bestimmungen (den Bestimmungen des Warenwertes, des Warentauschs und der einfachen Warenzirkulation) zu widersprechen scheint. Aber die logischen Probleme der Kapitalkategorie würden verschwinden, könnte der Kapitalist in spe auf dem Warenmarkt eine Ware kaufen, die Wert produziert - und zwar einen größeren als den eigenen. Diese Ware ist die Ware Arbeitskraft.

Es ist wichtig, an dieser Stelle auf besondere gesellschaftliche Bedingungen einzugehen, die vorausgesetzt werden müssen, damit Warenproduktion, Warentausch und Warenzirkulation einerseits, Kapital andererseits zu für Beschreibungsabsichten sinnvollen Bestimmungen werden. Diese gesellschaftlichen Bedingungen spielen in der Theorie daher die Rolle von Präsuppositionen [stillschweigende Voraussetzungen]. Die erste Voraussetzung der Warenproduktion lautet: Es muss einerseits eine Arbeitsteilung vorausgesetzt werden, die aus Tätigkeiten längst Professionen gemacht hat. Dies ist ein besonderer Umstand. Marx weist darauf hin, dass Jahrtausende lang geschneidert wurde, solange das Bedürfnis die Menschen dazu zwang, bevor aus dem Menschen ein Schneider wurde. Die zweite Voraussetzung der Warenproduktion lautet: Die Warenhüter müssen einander als Privateigentümer anerkennen, sich zueinander als Personen verhalten. Deswegen entspringt der Warentausch auch nicht im Inneren, sondern an den Grenzen der traditionellen Gemeinwesen, an den Kontaktstellen zu anderen Gemeinwesen. Dort ist die „Person“ noch nicht das menschliche Individuum, sondern die traditionelle Gemeinschaft.

Beide Voraussetzungen zusammen bedeuten folgendes: Als Privateigentümer ihrer Produkte können sich die

Privatproduzenten nur als Glieder einer arbeitsteiligen Gesellschaft betätigen, wenn ihr Produkt die Form der Ware annimmt, indem sie also für den Tausch produzieren, um so Zugang zu Gebrauchswerten zu erhalten, die Privateigentümer anderer sind. Unterstellen wir Verhältnisse, in denen die Produktion von Waren den Charakter des Zufälligen abgelegt hat, in denen der Eigentümer einer besonderen Warensorte nur über den Austausch andere Bedürfnisse befriedigen kann, bedarf es der allgemeinen Äquivalentware, die sich zum Geldkristall befestigt. Sie vermittelt die Bedürfnisbefriedigung im Rahmen der Warenzirkulation und schafft daher ein System der gegenseitigen Abhängigkeit einander anonymer Akteure.

Einmal angenommen, es gäbe eine Gesellschaft, die auf einfacher Warenproduktion beruhte, dann wäre jedes Gesellschaftsmitglied genötigt, sein Eigentum an Produktionsmitteln so zu nutzen, dass ein optimales Resultat bei der Befriedigung der eigenen Bedürfnisse erzielt werden könnte. Innerhalb der gesellschaftlichen Bedingungen, die bei der einfachen Warenzirkulation vorausgesetzt werden müssen, existiert in der Tat ein begrifflicher Zusammenhang zwischen Privateigentum an Produktionsmitteln und der optimalen Verfolgung der eigenen Interessen. Freilich, ein bestimmtes Maß an Entfremdung wäre mit dieser freigesetzten Subjektivität verbunden: Die Produktion anderer erscheint nur als Mittel der eigenen Bedürfnisbefriedigung. Schließlich kann auch niemand ausschließen, dass in dieser Form der Verfolgung eigener Interessen die Möglichkeit des Scheiterns liegt: Es kann Konkurrenten geben, die eine gleichartige Ware billiger produzieren, es kann eine Inkongruenz geben zwischen den Absatzmöglichkeiten eines Produkts und den Absatznotwendigkeiten für den Produzenten etc. In der Bewertung dieser Defizite negativer Freiheit, denn negative Freiheit liegt hier vor, scheiden sich die liberalen und die sozialdemokratischen Geister: Die Sozialdemokrat A. Wellmer etwa zeigt gelegentliches Mitgefühl mit den Scheiternden. Was ihm nicht deutlich wird, ist der Umstand, dass wirklich kapitalistische Gesellschaft sich nur oberflächlich in den Kategorien der einfachen Warenproduktion beschreiben lassen. Wellmer rechtfertigt den Markt denn auch mit dem Argument, dass der Markt „eine materielle Grundlage schafft für die Institutionalisierung einer ‚negativen Freiheit‘, d.h. jener Freiheit, die es Individuen ... erlaubt, ihrem jeweils eigenen pursuit of happiness [Streben nach Glück] nachzugehen“; bzw.: „ohne Geld und Markt, so könnte man vergrößernd sagen (und sollte sogleich hinzufügen: ohne ein menschenwürdiges Minimum an Eigentum) keine Wahl und Handlungsfreiheit bei Verfolgen des eigenen Glücks.“ (a.a.O., S. 89) Man beachte den Utopismus des Eingeklammerten. Wellmer scheint überhaupt keine Vorstellung davon zu haben, dass die Handlungsfreiheit der Marktagenten in der kapitalistischen Gesellschaft nur zu haben ist unter der Voraussetzung, dass ein bestimmte Klasse von Menschen kein Eigentum an Produktionsmitteln hat, also bestimmte Handlungsfreiheiten beim Produzieren von vornherein nicht gegeben sind. Dass er dies im Rahmen einer Marxkritik vorträgt, gerät dann aber in die Richtung einer Peinlichkeit.

Marx hat die Kapitalkategorie als Verträglichkeitsbedingung widersprüchlicher Geldfunktionen, die sich auf der Ebene einfacher Warenzirkulation entwickeln lassen, eingeführt. Andererseits zeigt Marx, dass die Kapitalkategorie nur dann mit den Bestimmungen des Wertes, des Tauschs und der einfachen Zirkulation nicht konfligiert, wenn es die Ware Arbeitskraft gibt. Man muss sich also fragen, wie das Arbeitsvermögen selbst Ware werden kann. Das ist offenbar dann der Fall, wenn es Menschen gibt, die einmal Personen sind, also frei von außerökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen, und die frei von Eigentum an Produktionsmitteln sind. Das einzige Eigentum, über welches diese Menschen frei verfügen können, ist ihre Arbeitskraft. Dennoch, falls diese Menschen Bedürfnisse haben sollten, können sie sich die Mittel zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse nur verschaffen, indem sie Ware, über die sie verfügen, veräußern. Da sie solche nicht selbst produzieren können, müssen sie ihre Arbeitskraft zur Ware machen. Tritt ein Geldbesitzer als Käufer der Arbeitskraft auf, kann er als ihr neuer Eigentümer mit dieser Ware (in einem bestimmten Zeitraum) veranstanden, was er will. Sollte er so intelligent sein, auch Produktionsmittel zu kaufen, kann er zum Beispiel die Arbeitskraft den Produktionsmitteln als „Gärungsstoff“ beifügen, so dass Produkte geschaffen werden, die Eigentum des ehemaligen Geldbesitzers sind.

Die Umformung der Produktionsmittel zum Arbeitsprodukt erhält deren Wert im Produkt. Neuwert wird nur durch die im Produkt vergegenständlichte Arbeit zugesetzt. Wird mehr Wert im Arbeitsprozess zugesetzt, als die Arbeitskraft selbst wert ist, hat sich der Wertbildungsprozess in einen Verwertungsprozess verwandelt, hat sich die Warenproduktion als die kapitalistische Form der Warenproduktion entpuppt. Wenn der Mehrwert realisiert werden kann, die Arbeitsprodukte also (zu ihrem Wert) verkauft werden können, ist das Kunststück vollbracht: Aus Geld ist Kapital geworden. Die Kapitalkategorie ist jetzt mit der Werttheorie verträglich geworden. Diese Bereinigung der Widersprüche bedeutet interessanterweise eine Verlagerung derselben auf eine andere Ebene. Zeigt sich die Ebene der ökonomischen Kategorien als widerspruchsfrei aufpoliert, so sammeln sich die verdrängten Widersprüche in der Ebene der Präsuppositionen, der vorausgesetzten gesellschaftlichen Verhältnisse. Das ist kein Fehler der Marxschen Theorie, sondern das ist ihr besonderer Charme: mittels einer Analyse ökonomischer Kategorien gehaltvolle Aussagen über diejenigen Gesellschaften formulieren zu können, in denen diese Kategorien Geltung haben.

Erweckte die Analyse der Ware und des Warentauschs sowie die Analyse der einfachen Warenzirkulation bis zu dem Punkt, wo diese als Verträglichkeitsbedingung des Warentauschs erscheint, den Anschein, Individuen als Privateigentümer von Produktionsmitteln könnten in einer Sphäre negativer Freiheit ihre Interessen verfolgen, so zeigt die weitere Analyse, dass erst unter Bedingungen des Kapitalismus die Ware, der Warentausch und die einfache Warenzirkulation ein ihrem Begriff adäquates Dasein erhalten. Die Analyse zeigt dann aber auch, dass es eine Klasse von Menschen geben muss, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihr Dasein reproduzieren zu können. Die Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, die dem Tausch begrifflich vorausgesetzt sind, erzwingen eine Sphäre der Unfreiheit (Kommando des Kapitalisten über die Arbeitskraft), der Ungleichheit (es muss

Eigentümer und Nichteigentümer von Produktionsmitteln geben) und der Ungerechtigkeit (es findet eine unentgeltliche Aneignung von Mehrarbeit des unmittelbaren Produzenten durch den Eigentümer der Produktionsmittel statt). Der Kapitalismus funktioniert genau deshalb, weil es Menschen gibt, denen Handlungsmöglichkeiten, und damit auch negative Freiheit, entzogen sind. Verdeckt wird dieses den Tauschvoraussetzungen Negative nur dadurch, dass es nicht in der Zirkulation seine Existenz hat, sondern in der Produktionssphäre. Daher konkurrieren Proletarier und empirische Kapitale auch nur scheinbar auf gleiche Weise: dies ist nur der Schein der Zirkulationssphäre.

Wenn man, wie Wellmer das tut, Markt und Geld legitimieren möchte, weil beide Bedingungen negativer Freiheit seien, dann legitimiert man den Entzug negativer Freiheit der einen als Bedingung negativer Freiheit anderer. Der Utopismus, jeder könne ein „menschwürdiges Minimum“ an Privateigentum haben, dürfte sich jetzt als Widerspruch zu erkennen geben. Soll „menschwürdig“ heißen, jeder bräuchte mindestens soviel Eigentum, um optimalerweise sich reproduzieren zu können, dann gibt es am Kapitalismus nichts zu kritisieren: Jeder hat entweder Privateigentum an Produktionsmitteln oder ist Eigentümer von Arbeitskraft, und in beiden Fällen kann man Glück oder Pech bei der Verfolgung seiner Absichten haben. Soll „menschwürdig“ heißen, jeder könne in der Lage sein, mit einem gewissen Maß an Handlungsfreiheit seinen Interessen nachzugehen bzw. Interessen auszubilden, dann würde man den doppelt freien Lohnarbeiter negieren, also das Kapital negieren; dann kann man aber doch gleich sagen, dass man das will (Wellmer will das aber nicht).

Das zweite Problem Wellmers ist, dass er Eigentum mit Privateigentum identifiziert. Eigentum ist in der Tat Bedingung negativer Freiheit: Ohne Verfügung über materielle Güter ist ein Subjekt jeder Handlungsfreiheit beraubt. Das kapitalistische Privateigentum erzwingt aber genau den Eigentumslosen (sieht man vom Eigentum an der Arbeitskraft ab, die für ihren Besitzer nicht als materielles Gut erscheinen kann, sondern nur für ihren Käufer). Angenommen, man bewertet die negative Freiheit (verstanden als Handlungsfreiheit der Individuen) als notwendiges Moment auch einer sozialistischen Lebensweise, dann muss man Verfügungsrechte aller über materielle Güter, also individuelles Eigentum für alle Gesellschaftsmitglieder, als Freiheitsbedingung anerkennen. Dass dies kein Privateigentum sein kann, dürfte aus dem bisher Gesagten klar sein; Staatseigentum kann auch nicht Pluspunkte bringen, es würde den Status des Lohnarbeiters nur verallgemeinern. Beide Formen von Eigentum sind Eigentum, das seine wesentliche Funktion in der materiellen Reproduktion der Gesellschaft hat. Die Idee eines sozialistischen Eigentums zielt auf ein Jenseits der notwendigen Reproduktion, sie zielt auf das „Reich der Freiheit“.

Aus den bisherigen Darlegungen hätte ersichtlich werden müssen, dass das kapitalistische Privateigentum als Freiheitshindernis angesehen werden kann. Dem entspricht der Kampf um eine sozialistische Gesellschaft, in der das individuelle Eigentum hergestellt werden kann. Im Sinne dieses Verfügungsrechtes über materielle Güter als Bedingung der freien Verfolgung individueller Interessen kann die Idee des Grundrechts auf Eigentum

interpretiert werden. Vor allem sollte für die Hegemonie dieser Interpretation gekämpft werden - als der (keineswegs ausschließlichen) Bedingung ihrer Verwirklichung.

Ich möchte schließlich noch auf ein eher praktisches Problem eingehen: Wie soll man sich gegenüber Forderungen wie „so und so viel DM für jeden Einwohner der BRD als Grundsicherung“ verhalten? Hier spielen zwei Fragen eine Rolle: Erstes: Was ist eine Grundsicherung? Zweitens: Wie verhält man sich zu einer Idee der Grundsicherung?

Die erste Frage hängt mit der Definition des Existenzminimums zusammen. Ich meine, es gibt zwei Extrempositionen: Die eine ist am Begriff der physischen Reproduktion orientiert, während die andere danach fragt, welche materiellen Bedingungen über die physische Reproduktion hinaus erfüllt sein müssen, damit die Individuen als Personen ihre Grundrechte wahrnehmen können und in der Tat Interessen verfolgen können. Zweifellos erscheint die letztere Position für uns interessanter.

Die zweite Frage hängt mit der Theorie des Kapitalismus zusammen. Man sollte sich fragen, ob die Sicherung von Grundbedürfnissen und die Verfolgbarkeit von Interessen ohne ökonomischen Zwang zur Lohnarbeit eine entscheidende Funktionsbedingung des Kapitalismus bedroht. Meine Meinung dazu habe ich bereits dargelegt: Nicht aus Bosheit ist in der Bundesrepublik die Gewährung von Sozialleistungen an permanenten Arbeitszwang gekoppelt. Von Interesse sind daher Grundsicherungskonzepte, die jenseits des autoritären Sozialstaates liegen. Wir müssen uns daher fragen, wie realistisch Grundsicherungskonzepte unter kapitalistischen Rahmenbedingungen sind. Zweifellos halte ich derartige Konzepte für illusionär, solange sie den kapitalistischen Rahmen voraussetzen. Gleichwohl sollte man sie kritisch unterstützen. Was sich dort ausspricht, ist der Wunsch nach Möglichkeiten der freien Verfolgung von individuellen Interessen jenseits des Zwangs des Ökonomischen. Wo dieser Wunsch existiert - gleichgültig wie er sich ausspricht - ist er zu unterstützen, weil er nur verwirklicht ist in einer sozialistischen Gesellschaft. Die Form, in welcher dieser Wunsch sich ausspricht, kann man trotzdem kritisieren. Falls nämlich die von mir skizzierte Position vernünftig ist, dann ist sie auch in endlich vielen Schritten vermittelbar. Damit ist die ideologische Befangenheit anderer gerade kein Grund, ihnen kritische Unterstützung zu versagen. Schütten wir das Kind mit dem Bade aus, treten wir in die Falle jenes linken Sektierertums, welches nur noch des ironischen Gelächters über die Unwissenden fähig ist.

Kommentar:

Dies war der erste Themenkomplex der Broschüre auf dem wir in der nächsten Ausgabe näher eingehen werden. Wer sich an der Debatte beteiligen möchte, kann seine Beiträge hierzu gern bei der Redaktion einreichen, die natürlich immer in voller Länge und unverändert in die Debatte eingehen werden.

J. M. Hackbarth



Der freie Fall in die Diktatur? Oder gibt es Alternativen?

Diesen Artikel möchte ich gerne dazu nutzen um mit Euch einige Hintergründe unserer aktuellen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation zu betrachten.

Hierzu möchte ich mit Euch zusammen den Versuch unternehmen, der Beantwortung der folgenden Frage nachzugehen:

Warum und wodurch konnte es geschehen, dass unsere rechtsstaatliche, repräsentative wenn auch Scheindemokratie ganz massiv und gezielt durch die systematischen Einschränkungen und den sukzessiven Abbau unserer Grundrechte zerstört wird und nach dem Willen des World Economic Forums scheinbar dauerhaft vernichtet werden soll?

Seit letzter Woche darf jeder Paketauslieferungsfahrer „bei begründetem Verdacht“ Briefe oder Pakete öffnen. Damit wurde ein weiteres Grundrecht, das Brief- und Postgeheimnis, mal eben so im Vorbeigehen ausgehebelt.

Wir befinden uns politisch aktuell in einer Gesundheits-Diktatur, die nur den Zweck eines temporären Übergangsmodells in einer Art Steigbügelfunktion erfüllt. Im Grunde dient der aktuelle Status nur zur Absicherung, Ausweitung und Befriedigung der grenzenlosen Machtgier der globalen Finanzwelt und deren elitären Machthabern für die Errichtung eines stark expansiven totalitären Machtregimes.

Das Finanz- und Weltwirtschaftssystem der sogenannten freien, sozialen, kapitalistischen Marktwirtschaft steht wiederholt nach 2001 und 2008 kurz vor einem totalen Zusammenbruch. Dieser Kollaps zeichnete sich schon vor Jahren ab und wurde nur durch die weitere, ruinöse

Staatsverschuldung innerhalb des letzten Jahres verhindert und so das System künstlich am Leben erhalten.

Nein, ich werde jetzt nicht von der Einflussnahme der jahrzehntelangen Lobbyarbeit durch die Wirtschaftsoligarchen sowie von der damit einhergehenden Unterwanderung und Aushöhlung eines wirklichen parlamentarischen Prozesses und der damit einhergehenden Entartung durch die parteiübergreifende Käuflichkeit der abgeordneten Volksvertreter, dem Tiefen Staat, sprechen.

Über diese Demokratie zersetzenden Vorgehensweisen sind schon genügend Publikationen in bester Qualität erstellt und veröffentlicht worden.

Dann vertiefe und präzisiere ich die zuvor gestellte Frage: Was sind oder könnten die möglichen Ursachen für eine derartige katastrophale Entwicklung gewesen sein? Welche Voraussetzungen waren dafür erforderlich?

Um diesen Fragen nachgehen zu können, müssen wir uns in der deutschen Geschichte etwas zurückbewegen und auf das Jahr 1948 schauen.

Am 23.05.1949 wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland durch die alliierten Westmächte verkündet und trat am 24.05.1949 in Kraft.

Gerade durch den Einfluss der amerikanischen und französischen Besatzungsmacht wurde anlässlich des sehr prägenden Verfassungskonvents auf dem Schloss Herrenchiemsee 1948 die Gewaltenteilung der Staatsmacht entwickelt, aber gleichzeitig auch die Möglichkeit, durch Volksentscheidung einen politischen Einfluss zu nehmen, sehr stark eingeschränkt.

Doch erst durch den Parlamentarischen Rat wurden die vom Verfassungskonvent erarbeitenden Grundlagen in das Grundgesetz aufgenommen und die entwickelte Verfassung in Form des Grundgesetzes sollte nur einen zeitlich und räumlich begrenzten Charakter haben.

Dadurch wurde ein politisches System erschaffen, in deren Mittelpunkt die drei Säulen der Gewaltenteilung eine Sicherheitsfunktion übernahmen, um gegen jeden zukünftigen Angriff von außen als Bollwerk gegen den Faschismus, Sozialismus oder jede andere mögliche Form eines totalitären-diktatorischen Regimes zu dienen.

Gemäß dem Grundgesetz wurde am zuvor genannten Tag die repräsentative Demokratie ins Leben gerufen.

Zusätzlich wurde damit ein politisches Sperrgebiet zur Abgrenzung gegenüber der Siegermacht, der Sowjetunion, von den westlichen Alliierten geschaffen.

Gleichzeitig konnte das scheinbar so demokratische System mit der Entsendung von Volksvertretern in ein Parlament und einem ungebundenen Mandat auf vier Jahre Amtszeit genügend Spielraum und Sicherheit bieten, die für die politische Steuerung des neuen Zöglings der finanziellen Profiteure des Krieges als angebracht angesehen wurden.

Somit wurde den Menschen in der Nachkriegszeit gerade so viel persönliche Freiheit gewährt und wirtschaftlicher Anreiz geschaffen, wie es den westlichen Siegermächten erforderlich erschien, um ein in Schutt und Asche gelegtes Land wiederaufzubauen bei gleichzeitiger, bestmöglicher Absicherung ihrer wirtschaftlichen und geopolitischen Interessenlage.

Und wie sieht es unter den aufgezeigten Umständen mit den

Angriffsmöglichkeiten von Innen heraus aus? Welche Schutzmechanismen sind dafür vorgesehen gewesen und installiert worden?

Gleichzeitig mit dieser Geburtsstunde von Gnade gewährender Form von Scheindemokratie wurde das noch heute mehr oder weniger wirkungsvolle Finanz- und Wirtschaftssystem, die sogenannte soziale Marktwirtschaft, etabliert.

Als Kernstück sollte durch den freien Wettbewerb auf der Grundlage von Angebot und Nachfrage im ungehinderten (und nicht manipulierten!) Spiel der Kräfte ein sich selbstregulierendes und sich stets immer wieder neu ins Gleichgewicht einpendelnde System, entstehen.

Wie sehr dieser verlogene Ansatz, vor dem Hintergrund jahrzehntelanger Lobbyarbeit aus heutiger Sicht und 73 Jahre später fehlgeschlagen ist, zeigen die mündigen, aufgeklärten und gut informierten Menschen, die über etwas mehr Klarheit über die Zusammenhänge und wahren Hintergründe des bevorstehenden Zusammenbruchs der Weltwirtschaft verfügen, durch Ihren aktiven Widerstand.

Das Weltwirtschaftssystem wird aufgrund von zu hoher Machtkonzentration, der massiven Überproduktion, sowie der künstlichen Verknappung von Wirtschaftsgütern mit dem Ziel der Gewinnmaximierung als Ausdruck von unendlicher Profitgier der Globalisten, nach Aussagen von Experten, mit großer Wahrscheinlichkeit noch Mitte des Jahres kollabieren. Selbst die global aktiven Konzerne haben das sich totgelaufene Prinzip von höher, weiter und schneller erkannt und zu spüren bekommen, dass es sich ins Gegenteil verkehrt und dass bei stetig höherem erforderlichem Aufwand der Nutzen und Ertrag immer geringer wird. Kurzum: Es ist schlicht nicht mehr lohnenswert genug, auf der Grundlage der bisher so erfolgreichen Methoden der Ausbeutung, weiter zu machen. In demokratischen Staatsformen sind nach Ansicht der Oligarchen, zu viele ihren Gewinn mindernde Reibungsflächen durch rechtsstaatliche Einschränkungen vorhanden, die sich ihnen nur als weitere Hindernisse in den Weg stellen, welche es mit äußerst fragwürdigen Mitteln und Methoden gilt, aus dem Weg zu räumen. Mit neidvollen und gierigen Blicken wird in diesem Jahrzehnt auf das äußerst effektive Ausbeutungsmodell der chinesischen Machthaber gestarrt.

Aus diesem Grund haben die global agierenden Oligarchen zum Sturm auf den endgültigen Verzehr der Infrastruktur der lokalen Gemeinwesen geblasen. Sie plündern die Staatskassen und wollen jedes Staatseigentum erbeuten, das nicht niet- und nagelfest ist.

Um nur mal die Spitze des Eisberges zu betrachten: Welches der fünf weltgrößten Unternehmen zahlt seine Steuern in dem Land in dem es seine Gewinne erwirtschaftet?

Wie kann ein Wirtschaftssystem, das den Kampf gegeneinander durch Schaffung von Konkurrenz fördert, um dadurch das barbarische Recht des Stärkeren zu unterstützen und damit den Reichtum von Wenigen und die Verarmung von Vielen herbeiführt, als gerecht und human angesehen werden, anstatt einen Rahmen herzustellen, indem ein friedvolles und humanes Wirtschaften für das Gemeinwohl ermöglicht wird.

Ich habe es niemals verstanden, wie es Menschen geben kann, die in der Vorstellung leben können, dass ein in der Form

entartetes, in höchstem Maße unmenschliches, von grenzenlosem Egoismus getriebenes Politik- und Wirtschaftssystem, dauerhaft von Bestand und der Menschheitsfamilie erfolgreich von Nutzen sein könnte.

In dieser vorgetäuschten Fassadendemokratie wird es niemals eine wahre Form der Demokratie, in der der Souverän das Volk ist, geben können.

Eine wahrhafte Demokratie kann nur dadurch verwirklicht werden, dass die Staatsbürger selbst die Gesetzgeber (Legislative) und damit die alles entscheidende Macht innerhalb ihrer Zuständigkeitsbereiche sind.

Damit haben wir doch schon den ersten großen Fehler am derzeitigen politischen System, der sogenannten repräsentativen Demokratie entdeckt und aufgezeigt.

Lenken wir unsere Aufmerksamkeit nun auch noch auf unser Wahlsystem in der vorhandenen Staatsform eines Repräsentativsystems mit dem vom Wähler freien Repräsentanten.

Diese werden auf der Grundlage des bestehenden Wahlsystems alle vier Jahre vom Volk gewählt und nach der Wahl wird das Volk für die nächsten vier Jahre entmündigt. Denn das, was jetzt geschildert wird, entspricht der erlittenen Realität des Volkes der letzten 70 Jahre in diesem Land. Das Engagement der Politiker, die versprochenen Ziele, all politische Statements und Versprechungen verfolgten nach den Wahlen in den allermeisten Fällen wie der sprichwörtliche Sand im Winde und verkehrten sich dabei oft in das absolute Gegenteil. Besonders, wenn es um den politischen Zusammenschluss von regierungsfähigen Mehrheiten und der Bildung von erforderlichen Koalitionsverträgen gegangen ist. Und in diesem Verhalten legen die Parteien eine unglaubliche Einigkeit an den Tag. Man kann sich kaum eine politische Konstellation der sogenannten Regierungsparteien vorstellen, die es nicht schon im Laufe der letzten Jahrzehnte gegeben hat. Hat sich dadurch irgendetwas in diesem Land innerhalb der letzten 50 – 60 Jahre wahrhaft zum Positiven entwickelt? Haben die ganzen Reformen und Gesetzesänderungen wirklich etwas positiv Nachhaltiges für das Wohl Bürger bewirkt? Wie viele Steuer- Bildungs- Finanz- Verwaltungs- und sonstige Reformen haben wir hinter uns? Mit welchen Ergebnissen?

Was wir brauchen um dieser Willkür und Scheinheiligkeit der Politiker ein Ende zu setzen, ist eine wirksame direkte Machtbegrenzung. Der gewählte Volksrepräsentant darf nicht wie es aktuell der Fall ist, mit einem vom Willen des Wählers freien und ungebunden Mandate ausgestattet sein. Dieser übertragene Vertrauensvorschuss muss an die Absichten des Wählers und durch das imperative Mandat an die vorherigen Wahlaussagen gebunden sein. Es muss kontrollierbar und im Falle der Pflichtverletzung durch eine unabhängige Kontrollinstanz jederzeit korrigierbar sein.

Dadurch wäre der zweite grundlegende Systemfehler aufgedeckt.

Aber schauen wir uns doch mal gemeinsam die Nachteile des grenzenlosen Zuwachses an persönlichem Eigentum gegenüber den möglichen Vorteilen des gemeinschaftlichen Besitzes für das Wohlergehen des Volkes an.

Eigentum
Begriff und Definition:

Während Eigentümer derjenige ist, dem eine Sache rechtlich zugeordnet wird, ist Besitzer, wer die tatsächliche Sachherrschaft bzw. die Verfügungsgewalt ausübt.

Das Eigentumsrecht kann nur an Sachen (bewegliche oder unbewegliche Sachen) bestehen. Das Eigentum an Sachen ist im Sachenrecht geregelt.

Das Eigentumsrecht ist ein umfassendes Herrschaftsrecht, da der Eigentümer mit seiner Sache grundsätzlich nach Belieben verfahren kann. Einem Dritten kann der Eigentümer unter Berufung auf sein Recht die Nutzung der Sache verwehren.

Das Eigentum genießt grundrechtlichen Schutz nach Art. 14 des Grundgesetzes. Inhalt und Schranken des Eigentums werden durch die Gesetze bestimmt (Art. 14 GG).

Das Eigentum gilt gegenüber jedermann, es ist ein absolutes Recht. Der Eigentümer einer Sache kann

- mit seiner Sache nach Belieben verfahren und
- andere von jeder Einwirkung ausschließen (§ 903 BGB).

Besitz

Begriff und Definition:

Der Besitz ist die tatsächliche Herrschaft über eine Sache. Dies kann eine bewegliche oder unbewegliche Sache sein.

Die tatsächliche Sachherrschaft hat derjenige, der die tatsächliche Verfügungsgewalt über die Sache hat, unabhängig von der rechtlichen Befugnis.

Beispiel: Der Dieb hat durch den Diebstahl die tatsächliche Herrschaft über die gestohlene Sache. Er ist im Besitz des Diebesguts, unabhängig von der rechtlichen Befugnis zum Besitz.

Der Besitz einer Sache wird grundsätzlich durch die Erlangung der tatsächlichen Gewalt über die Sache erworben. Die Erlangung der tatsächlichen Sachherrschaft muss von einem entsprechenden Willen des (angehenden) Besitzers getragen sein.

Beispiel: Durch Übergabe der Sache vom Vermieter an den Mieter, wird der Mieter zum Besitzer der Mietsache. Durch Übergabe der Sache vom Verleiher an den Entleiher, wird der Entleiher zum Besitzer der Sache. Mieter und Entleiher haben auch den Willen zum Besitz der Sache (Erlangung der Sachherrschaft).

Jeder Mensch, jedes Unternehmen, jeder Konzern hat im gegenwärtigen Rechtssystem, durch das geschützte Eigentumsrecht, die ungehinderte Möglichkeit unbegrenztes Vermögen anzuhäufen.

Dazu einen Überblick über die globale Vermögensverteilung von 2019:

1% der Weltbevölkerung besitzen	50%	des
Gesamtvermögens	86% Wachstumsrate	
10% der Weltbevölkerung besitzen	83%	des
Gesamtvermögens		

Das bedeutet:

89% der Weltbevölkerung besitzen	17%	des
Gesamtvermögens		

Wenn ein Staat diese Entwicklung der exponentiellen Vermögensverteilung durch das Eigentumsrecht zulässt und

sogar durch die Staatsorgane schützt, also die Vermehrung von reich in superreich aktiv fördert, sorgt er dafür, dass ein enormer Mangel erzeugt wird, weil die angehäuften Wirtschaftsgüter bzw. das konzentrierte Vermögen nicht mehr der Mehrheit des Volkes zu Verfügung stehen. Der Reichtum der Wenigen führt zur Armut von Vielen. Das verstärkt die weitere materielle Abhängigkeit der Lohnabhängigen in der Bevölkerung.

Durch das gesetzlich abgesicherte Recht der Verteidigung des Eigentums und der Interessenlage der global aktiven Konzerne und Großeigentümer, ist es für den einzelnen Besitzer einer Sache oder eines Gutes gänzlich unmöglich geworden, seine Menschenrechte in diesem rechtlichen Ungleichgewicht einklagen zu können.

Besitz ermöglicht und verpflichtet sogar zur eigenen oder falls dies nicht möglich ist, dann zur gemeinschaftlichen Nutzung bzw. zum Verbrauch.

Durch die aktive Lobbyarbeit in den Hinterzimmern der Abgeordneten haben die einflussreichen Konzerne und Großeigentümer unseren Staat dazu verpflichtet, ihre materiellen Ansprüche und ihre unersättlichen, egoistischen, profitgierigen Interessen gegen alle Besitzer schonungslos und unerbittlich durchzusetzen. Kein Obdachloser, kein Hausbesitzer und kein Besitzer eines Unternehmers ist vor den Begierden der globalen Herrschaft von Oligarchen sicher.

Damit hätten wir dann den dritten schwerwiegenden Missstand und eine weitere Ursache für die Entwicklung in der repräsentativen Demokratie aufgezeigt.

Damit unsere Zivilisation und die gesamte Menschheitsfamilie nicht an den Folgen dieser sozialen, rechtlichen Ungerechtigkeit und unerträglichen Ungleichheit zugrunde gehen soll, muss dieser Zustand auf demokratischem Wege dringend verändert werden. Der Beginn einer solchen Veränderung könnte schon durch den Informationsaustausch über die Aktivitäten in den örtlichen Gemeinden/Kommunen/Stadteilen von selbstorganisierten Bürgern initiiert werden. Schon durch die Erstellung und selbstorganisierte Verbreitung einer kleinen lokal begrenzten Zeitung, mit Hilfe der neuen technischen Möglichkeiten, wird ein freier und ungehinderter Informationsaustausch in den kommunalen Grundstrukturen unserer Gesellschaft möglich.

Zum Abschluss möchte ich einen Appell an Euch richten, eingeleitet durch das viel bemühte Zitat von Erich Kästner:

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“.

Im besten Sinne dieses Ausspruches wünsche ich mir durch diesen Artikel eine lebhafte, freie und von gegenseitigem Respekt getragene Debatte um die Form unserer Demokratie, verbunden mit der Einsicht mehr Eigenverantwortung zu entwickeln und dadurch den erforderlichen Mut und die Tatkraft aufzubringen um sein persönliches Umfeld politisch zu formen und aktiv, beginnend auf kommunaler Ebene, zu gestalten.

Jeder ist aufgerufen bei den anstehenden Umgestaltungen sich nach seinen Möglichkeiten und Interesse zu beteiligen.

Vielen Dank.

Johannes Schubert

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!

Ausgabe 52/20 27.12.2020

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!

Ausgabe 01/21 03.01.2021

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!

Ausgabe 02/21 10.01.2021

4. Januar 2021
Tag der Entscheidung

Urteilsverkündung über die Auslieferung von **Julian Assange**

Demonstration 11 - 13 Uhr
Alsterufer 33-35 (am US-Konsulat)

für Julianns Menschenrechte für unsere Pressefreiheit

ICH BIN UĞUR SAHİN
Der Entdecker des Corona Impfstoffes

Ich bin doch nicht blind!

UND ICH LASSE MICH NICHT IMPFEN!
Sei wie du bist, und du wirst nicht leiden.

Deutschlandfunk

Menschenexperimente Robert Koch und die Verbrechen von Ärzten in Afrika
Zu Kolonialzeiten war es üblich, dass Forscher skrupellos mit Afrikanern experimentierten, allen voran die Deutschen. Auch Robert Koch zwang kranke Menschen in Konzentrationslager und testete an...

WENN ZU VIEL WAHRHEIT ANS LICHT KOMMT

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datensatz unter:
<http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-abo@wihuman.de Artikel übermitteln.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

FREE JULIAN ASSANGE

JOURNALISM IS NOT A CRIME

DE NEUE ARD-CHEFIN

...ist selbst langjähriges CDU Mitglied.

Ihr Vater heißt Wolfgang Schäuble, ist CDU-Politiker und Präsident des Bundestags.

Ihr Onkel heißt Thomas Ströb, ist auch CDU-Politiker und Innenminister in Baden-Württemberg.

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datensatz unter:
<http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-abo@wihuman.de Artikel übermitteln.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

Happy 2021!!!

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datensatz unter:
<http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-abo@wihuman.de Artikel übermitteln.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

IHR KUSCHT, WEIL IHR ANGST HABT ALLES ZU VERLIEREN, ABER DIE TATSACHE IST, IHR WERDET ALLES VERLIEREN, WEIL IHR KUSCHT!

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datensatz unter:
<http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-abo@wihuman.de Artikel übermitteln.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

THE SHOW TRIAL OF JULIAN ASSANGE: A CRUEL AND PSEUDOLEGAL FARCE

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datensatz unter:
<http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-abo@wihuman.de Artikel übermitteln.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!

Ausgabe 03/21 17.01.2021

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!

Ausgabe 04/21 24.01.2021

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!

Ausgabe 05/21 31.01.2021

World Says NO TO WAR ON YEMEN
Global Day of Action
25 January 2021

DER TAGESSPIEGEL

DAS IST EINE UNREIFE BANANE

WENN DU ETWAS ANDERES SIEHST, LIEGT ES DARAN, DASS DU EIN VERESAMLUNGSGESTREIKER BIST.

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datensatz unter:
<http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-abo@wihuman.de Artikel übermitteln.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

LOCKING DEAD LÄNGER HÄRTER SINNLOSER

The War on Journalism
The case of Julian Assange

Geheimpapier zum Pleitekonzern - Scholz wollte Wirecard mit Corona-Geld retten!

Annie bei Amnesty
Es wird immer offensichtlicher: Amnesty International misst die Menschenrechte mit zweierlei Maß. Mehr anzeigen

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datensatz unter:
<http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-abo@wihuman.de Artikel übermitteln.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

„Inakzeptabler Akt von Zensur“ Nawalny kritisiert Twitter für Sperrung von Trump

30.01.2021, 20:27 Uhr

Kremnkritiker Nawalny hält Twitters Entscheidung zum Bann von Trump für unvorurteilhaft. „Folter der Redefreiheit“ könnten sie als „Präsidentenfall“ nutzen.

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datensatz unter:
<http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-abo@wihuman.de Artikel übermitteln.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

Free Assange - Tatjana Geschwend auf free-radios.net

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datensatz unter:
<http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-abo@wihuman.de Artikel übermitteln.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

Falsch, Spahn! Richtig sparn!

(Statt Immer kaufen: Autos günstig im Abo mit SIXT+)

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datensatz unter:
<http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-abo@wihuman.de Artikel übermitteln.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

AMNESTY

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datensatz unter:
<http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-abo@wihuman.de Artikel übermitteln.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!

Ausgabe 06/21 07.02.2021

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!

Ausgabe 07/21 14.02.2021

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!

Ausgabe 08/21 21.02.2021

Um gigantischen Steuerböden zu streifen

groKo will 38 Milliarden aus Renten-Reserve plündern

Finger weg!

Ministerium: Werbung fürs Infopost kostet 25 Millionen Euro

Covid19 ist wohl die erste „Pandemie“ der Geschichte, die ein „Marketing“ rund um die Uhr erfordert, damit man nicht vergisst, dass diese „Pandemie“ noch existiert

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datensatz unter:
<http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-abo@wihuman.de Artikel übermitteln.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

DAS IMPERIUM SCHLÄGT ZURÜCK 4 WOCHEN BIDEN:

Free Julian Assange

Bund und Länder präsentieren Stufenplan aus dem Lockdown:

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datensatz unter:
<http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-abo@wihuman.de Artikel übermitteln.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

REIHEIT

NO PLACE FOR A JOURNALIST

FREE JULIAN ASSANGE

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datensatz unter:
<http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-abo@wihuman.de Artikel übermitteln.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

Krieg ist, wenn man sich mit Gewalt holt, was anderen gehört!

Endlich sind die neuen FFP4-Masken da!

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datensatz unter:
<http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-abo@wihuman.de Artikel übermitteln.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

Die mächtigste Waffe ist nicht eine Schusswaffe oder Bombe. Es ist die Kontrolle über Informationen. Die Informationen der Welt zu kontrollieren bedeutet, alle Köpfe zu kontrollieren und zu manipulieren, welche die Informationen konsumieren

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datensatz unter:
<http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-abo@wihuman.de Artikel übermitteln.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

Die Freiheit der Menschen hängt nicht daran, wer es dir sagt, was es ist, sondern, dass es nicht nur sagt, was es sein will.

Free Julian Assange

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datensatz unter:
<http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-abo@wihuman.de Artikel übermitteln.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz